



21. Heft | 21. Oktober 1909

CONRAD SCHMIDT · GRUNDRISS ZU EINEM SYSTEM DER THEORETISCHEN NATIONAL- ÖKONOMIE

III



LS Prozess, in dem die Güter als Waren produziert werden, muss der moderne wirtschaftliche Gesamtprozess, in dem und durch den die Mitglieder der modernen Gesellschaften zu den Gegenständen ihrer materiellen Bedürfnisbefriedigung gelangen, funktionell notwendig in unabtrennbarem Zusammenhang mit dieser seiner allgemeinsten Bestimmung Prozess sein, in dem die Warenproduktion sich unter einem System jeweils im Marktverkehr bestimmter Preise als Produktion für den Verkauf vollzieht. Hinsichtlich dieses Systems jeweils im Marktverkehr bestimmter Preise liess sich aber, wie wir sahen, von vornherein die funktionell notwendige Bestimmung aufstellen, dass es auf die Dauer durch das interessierte Verhalten der Veranstalter der Arbeitsprozesse so geregelt sein muss, dass die Veranstalter in Ausübung ihrer Funktion Geld gewinnen, und zwar nach einem solchen Modus Geld gewinnen, dass die Ausübung der Veranstalterfunktion sich in allen Branchen als annähernd gleichmässig lohnend darstellt. Indem wir hinsichtlich der allgemeinsten Art des Geregeltseins des Preissystems, unter dem in dem Gesamtprozess die Warenproduktion als Produktion für den Verkauf sich funktionell notwendig wird vollziehen müssen, diesen Vorbegriff aufstellen konnten, ist damit zugleich für unsere weitere Untersuchung, die sich nunmehr der Entwicklung der spezifischen Bestimmungen des modernen Wirtschaftsprozesses zuwendet, ein Leitfaden gewonnen, der ein methodisch deduktives Verfahren möglich macht.

Als das die Warenproduktion und Hand in Hand damit die Ausübung der Veranstalterfunktion in diesem modernen Prozess spezifisch charakterisierende Moment erscheint zunächst, dass die Veranstalter hier nicht selber Waren produzieren sondern dass sie in arbeitsteilig-kooperativ organisierten Betrieben, für die sie die Produktionsmittel als jeweils preisbestimmte, in anderen derartigen Betrieben produzierte Waren auf dem Markt kaufen, gemietete Arbeitskräfte, deren Arbeit sie nach einem jeweils bestimmten

Lohnsatz zahlen, Waren produzieren lassen. Die Produktion der verschiedenen Warensorten, die in den Arbeitsprozessen der verschiedenen Branchen, dem jeweils gegebenen technischen Entwicklungsstand entsprechend, nach bestimmten Produktionsmethoden, unter Verwendung bestimmter Arten von Produktionsmitteln erfolgt, impliziert, aufs Stück (respektive auf ein massbestimmtes Quantum) bestimmter Warenart verrechnet, immer eine massbestimmte Vernutzung der zum Zweck der Produktion vom Veranstalter gekauften Produktionsmittel und einen massbestimmten Arbeitsaufwand der vom Veranstalter gemieteten und nach dem jeweils bestimmten Lohnsatz gezahlten Arbeiter. Eine Bestimmung, aus der sogleich die Grundregel folgt, nach der sich der **Kostenaufwand** abmisst, den die Produktion von Waren für die Veranstalter — normal mittlere, dem Branchendurchschnitt entsprechende technische Ausrüstung ihrer Betriebe und dementsprechend normal mittlere Produktivkraft der in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter vorausgesetzt — aufs Stück berechnet impliziert.

Die massbestimmte Vernutzung in anderen Betrieben erzeugter und vom Veranstalter als jeweils preisbestimmte Ware für seinen Betrieb gekaufter Produktionsmittel erweist sich, näher zugehoben, als eine doppelartige: einerseits als vollständig restlos verzehrende Vernutzung von massbestimmten Produktionsmittelquanten, von so und so viel Rohmaterial- und Hilfsstoffen pro Stück, andererseits als massbestimmt-graduelle, über eine lange Reihe von Produktionsperioden sich hinziehende Vernutzung von *Arbeitsmitteln* im engeren Sinn, von Maschinerie, Werkzeugen, Anlagen.^{*)} Das in einer Produktionsperiode durch die Arbeiter des Betriebs vernutzte, in fertiges Produkt verwandelte Quantum artbestimmter Roh- und Hilfsstoffe ist restlos vernutztes, nicht noch zum zweiten Mal und öfter im Arbeitsprozess verwendbares Material, an stelle dessen also der Veranstalter zur Fortführung des Prozesses sofort neue Materialien auf dem Markt zu kaufen hat; wohingegen er die in dieser Produktionsperiode benutzten Arbeitsmittel weiter verwenden kann und sie erst nach längerem Zeitraum, wenn sich ihre vorerst unsichtbar bleibende graduelle Vernutzung so weit kumuliert hat, dass sie unbrauchbar geworden sind, durch neugekaufte zu ersetzen braucht. Die Geldsumme, in der sich der dem Veranstalter *à conto* des Produktionsmittelverbrauchs bei Erzeugung einer massbestimmten Produktmenge erwachsende Kostenaufwand darstellt, ist mithin gegeben durch den **Kostpreis** des bei der Produktion dieser Menge im Betrieb restlos verbrauchten Roh- und Hilfsmaterials plus einem Zuschlag, der, nach der rechnungsmässigen Durchschnittsvernutzung der angewandten Arbeitsmittel bemessen, hinreichen muss nach dem in einer so und so langen Durchschnittsfrist erfolgenden Unbrauchbarwerden der angewandten Arbeitsmittel für diese auf dem Markt zu den gegebenen Preisen Ersatz zu kaufen. Der **Gesamtkostenaufwand** aber, den die Produktion einer massbestimmten Warenmenge im Arbeitsprozess für den Veranstalter in seiner Doppelseigenschaft als Käufer der Produktionsmittelwaren und Mieter der Arbeitskräfte impliziert, ist gleich dem so berechneten **Kostpreis** des pro Stück vernutzten *Materials* (wie die Produktionsmittelwaren auch später abkürzend genannt werden sollen) plus einer Geldsumme, die der Veranstalter für die in seinem Arbeitsprozess pro

^{*)} Siehe hierzu die vortrefflichen Ausführungen *Marx'* über den allgemeinen Charakter des Arbeitsprozesses im 14. Kapitel des 1. Bandes *Kapital* sowie den Abschnitt über fixes und zirkulierendes Kapital im 2. Band.

Stück zusätzlich verausgabte Arbeitsmenge in Lohnform zu zahlen hat. Kürzer: Der Kostenaufwand des Veranstalters pro Stück ist gleich dem Kostpreis des in seinem (als technisch normal unterstellten) Arbeitsprozess pro Stück vernutzten Materials plus Kostpreis der in seinem Arbeitsprozess zusätzlich pro Stück verausgabten Arbeit. *Zusätzlich verausgabte* nenne ich diese im Arbeitsprozess des Veranstalters pro Stück verausgabte Arbeit, um so von vornherein den Unterschied zwischen ihr und der insgesamt pro Stück verausgabten Arbeitsmenge zu markieren, welche letztere ja natürlich ausser dem Arbeitsquantum, für das unser Veranstalter unmittelbar selbst Lohn gezahlt hat, die in dem pro Stück vernutzten Materialquantum *vorgetane* (in anderen Arbeitsprozessen *vorgetane* und dort bereits in Lohnform bezahlte) Arbeit umfasst.

Worauf es bei dieser Untersuchung allein ankommen kann, ist, unter Abstraktion von allerhand komplizierenden Momenten, die allereinfachsten für das Bedürfnis begreifenden Erkennens wesentlichsten Grundzusammenhänge des Prozesses klar zu legen; eine Aufgabe, die erst gelöst sein muss, ehe die Frage beantwortet, ja auch nur gestellt werden kann, wie, nach welcher Richtung hin etwa die unter Beihilfe solcher Abstraktion gewonnenen Resultate durch eben diese bei der Untersuchung ausgeschalteten, darum aber nicht weniger realen komplizierenden Momente modifiziert werden. Wir supponieren dementsprechend zunächst durchgängig, dass der in den verschiedenen Branchen des Prozesses übliche Arbeitstag, eben so wie der Lohnsatz, nach dem die Arbeit in den verschiedenen Branchen gezahlt wird (der Stundenlohn) — wie immer ihre absolute Grösse in verschiedenen Epochen des Prozesses differiere — jeweils stets im ganzen Umfang des Prozesses von gleicher Grösse sei. Woraus als erste Folgerung sich ergibt, dass dann der zweite Posten in dem aufs Stück berechneten Kostenaufwand des Veranstalters, also der Kostpreis der pro Stück zusätzlich verausgabten Arbeit, als Multiplum aus der in Erzeugung des Stücks zusätzlich aufgewandten Arbeitsstundenzahl und des für jede Art Lohnarbeit gleichen Stundenlohns, durchgängig und allgemein für Stücke jeder Warenart in direkter Proportion zu der pro Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge stehen muss. Ist diese Arbeitsmenge im Exemplar einer Warenart 100, im Exemplar einer andern 50 Arbeitsstunden, so muss der Kostpreis der im ersten zusätzlichen Arbeit zum Kostpreis der im zweiten zusätzlichen Arbeitsmenge sich wie diese zusätzlichen Arbeitsmengen selbst, also wie 2:1, verhalten. Und das gilt allgemein, ganz unabhängig davon, welches jeweils die absolute Höhe des Lohnsatzes ist.

Dieser moderne wirtschaftliche Gesamtprozess — in dem die Ausübung der Veranstalterfunktion spezifisch dadurch charakterisiert ist, dass die Veranstalter Waren nicht selber produzieren sondern von gemieteten Arbeitskräften produzieren lassen, in dem deshalb die Produktion von Waren die Veranstalter der Arbeitsprozesse unter zwiefachem Gesichtspunkt, als Käufer der Produktionsmittel und Mieter der Arbeitskräfte, nach der hier entwickelten Regel Geld, in massbestimmter Weise Geld kostet — muss nun, soll er überhaupt bestehen können, selbstverständlich Prozess sein, in dem das System der Preise durch das interessierte Verhalten der Veranstalter so geregelt wird, dass die Veranstalter in Ausübung ihrer Funktion Gewinn erzielen. Das ist, bei

diesem spezifischen Charakter der Warenproduktion und damit der Veranstalterfunktion im modernen Prozess aber offenbar nur unter der Bedingung möglich, dass das System der Preise, im Konnex mit diesem spezifischen Charakter der Warenproduktion, durch das interessierte Verhalten der Veranstalter von vornherein derart geregelt ist, dass die Veranstalter im Stückpreis der in ihrem Arbeitsprozess produzierten Warenart eine Geldsumme erhalten, die grösser ist als jener Kostenaufwand pro Stück, der den Veranstaltern in ihrer Doppelseigenschaft als Käufern des Materials und Mietern der Arbeitskräfte erwächst. Denn, wäre die Geldsumme, die die Veranstalter beim Verkauf der produzierten Waren unter den jeweils gegebenen Preisen erhalten, der Regel nach nicht grösser als die jenen Kostenaufwand repräsentierenden Geldsummen, so wäre durch ein solches Preissystem von vornherein die Möglichkeit des Geldgewinns für die Veranstalter ausgeschaltet, die Fortführung des Prozesses, also überhaupt seine Existenz unmöglich gemacht. Aber wenn deshalb in dem System der Preise als allgemeinste Vorbedingung der Gewinnmöglichkeit der Stückpreis immer grösser als jener Kostenaufwand pro Stück sein muss, so folgt daraus noch nicht, dass in dem wirklichen Prozess der ganze Geldbetrag, um den die Geldsumme des Stückpreises den nach jener oben formulierten Regel sich ergebenden Kostenaufwand des Veranstalters etwa übersteigt, ungeschmälert Geldgewinn des Veranstalters sein müsste. Es könnte sein — und es ist so im wirklichen Prozess —, dass zu jenem oben formulierten Kostenaufwand pro Stück, den die Veranstalter in ihrer Doppelseigenschaft als Käufer des zur Produktion erheischten Materials und als Mieter der Arbeitskräfte zu tragen haben, noch andere Kostenelemente (Mietspreis für Bodenbenutzung, Kosten für Warentransport, Kosten aus Inanspruchnahme der Dienste des Zwischenhandels und andere mehr) hinzutreten. Indessen sehen wir aus den schon oben angeführten Gründen methodischer Darstellung hiervon als von komplizierenden Momenten — mit dem Vorbehalt einer nachträglich korrigierenden Wiedereinschaltung des hier Ausgeschalteten im Schlussteil dieser Arbeit — einstweilen völlig ab, unterstellen wir also, dass sich der Kostenaufwand des Veranstalters pro Stück restlos in jene beiden Posten auflöst, und dass demgemäss der Überschuss über diesen Kostenaufwand ebenso restlos Gewinn des Veranstalters darstelle.

Aus dieser funktionell notwendigen Bestimmung der Stückpreise: dass sie, um die Veranstalterfunktion in dem Prozess gewinnbringend zu machen, grösser, um den Gewinnanteil im Stückpreis grösser, sein müssen als der aus Kostpreis des vernutzten Materials und Kostpreis der zusätzlich verausgabten Arbeit sich zusammensetzende Kostenaufwand pro Stück, ergibt sich dann hinsichtlich der Ausübung der Veranstalterfunktion sofort die nähere Bestimmung, dass die Veranstalter, das Warenprodukt einer Produktionsperiode⁴⁾ verkaufend, in dessen Preis den ganzen Kostpreis der in dieser Produktionsperiode des Betriebs erzeugten Warenmenge mit einem so und so grossen Gewinnzuschlag pro Stück ersetzt erhalten, also immer wieder in die Lage kommen mit dem Erlös der in einer Produktionsperiode produzierten Warenmenge die Produktionskosten der folgenden zu bestreiten. Nur so ist eine kontinuierlich sich fortsetzende Ausübung der Funktion überhaupt möglich.

⁴⁾ Eine genauere Darstellung dieses Begriffs findet man bei Marx im 12. und 13. Kapitel des 2. Bandes Kapital.

Wie gross jene Differenz von Preis und Kostpreis pro Stück, die den Gewinn pro Stück darstellt, im Durchschnitt für eine bestimmte Warensorte jeweils sei: der auf eine bestimmte Periode, aufs Jahr, entfallende Gesamtgewinn, den verschiedene ein und die selbe Warensorte produzierende, der selben Branche angehörigen Veranstalter erzielen, muss durchschnittlich, normal gleichen Kostenaufwand pro Stück in den Betrieben vorausgesetzt, offenbar in direkter Proportion zur Menge der in den betreffenden Betrieben jährlich erzeugten Warenexemplare stehen. Die Warenmenge aber, die in den Betrieben der verschiedenen Veranstalter pro Jahr produziert wird, und damit die Grössendifferenz des von den Veranstaltern im Verkauf ihres Jahresprodukts erzielten jährlichen Gesamtprofits hängt von der Stufenleiter ab, auf der die Veranstalter produzieren lassen. Ein Betrieb mit der doppelten Arbeiteranzahl, die dann natürlich auch entsprechend mehr Maschinerie und Rohmaterial zu ihrer produktiven Tätigkeit bedarf, wird, in Jahresfrist etwa, das Doppelte der Produktmenge liefern, die ein mit halb so viel Arbeitern ausgestatteter Betrieb in der selben Branche jährlich fertigt. Wovon aber hängt die Stufenleiter, auf der die einzelnen Veranstalter produzieren lassen, letztthin wieder ab, wenn die Veranstalter doch mit Erhöhung der Stufenleiter (der Regel nach) ihre jährliche Gewinnsumme proportional erhöhen können? Die Schranke ist darin gegeben, dass, wenn auch, wie wir gesehen, die Veranstalter das Geld zur Fortführung des Arbeitsprozesses auf der einmal gegebenen Stufenleiter in Ausübung ihrer Funktion durch den Verkauf des Produzierten stets von neuem erhalten, sie, um die Ausübung ihrer Veranstalterfunktion überhaupt beginnen zu können, zum Kauf der das dauernde Gerippe ihres Betriebs bildenden Arbeitsmittel, zum Kauf des Rohmaterials und zur Zahlung der Arbeiter für die erste Produktionsperiode, endlich als Reservefonds, wenn der Verkauf des produzierten und damit der Rückfluss der gemachten Auslagen jeweilen stockt, eines primär ihnen zur Verfügung stehenden Geldvermögens bedürfen, und selbstverständlich eines um so grössern, auf je grösserer Stufenleiter der Arbeitsprozess eingerichtet werden soll. So ist es also ein den modernen Wirtschaftsprozess, in dem die Veranstalter Waren nicht selber produzieren sondern andere Arbeitskräfte, deren Arbeit sie bezahlen, für sich produzieren lassen, auf grund dieser Besonderheit spezifisch charakterisierendes Moment, dass der jährliche Gewinn oder das Jahreseinkommen der Veranstalter je nach der Grösse des Geldvermögens, mit dem sie ihre Funktion ausüben, und zwar ohne jede Schranken setzende Obergrenze, variieren muss. Nicht dass Geldvermögen überhaupt in Ausübung der Veranstalterfunktion verauslagt wird, und dass der Veranstalter seine Kosten mit einem Überschuss, einem Aufschlag beim Produktverkauf zurückerhält, macht Geldvermögen schon zu *Kapital*: denn dies Verhältnis findet sich auch bei dem selbstarbeitenden, ja bei dem ohne jeden Gehilfen Ware für den Verkauf produzierenden Handwerker, der seinen Rohstoff kauft und die dafür verwandte Summe beim Verkauf seines selbstgefertigten Produkts mit einem Plus, dem Entgelt für seine Arbeitsmühe zurückerhält. Was letztthin das Einkommen dieses selbstarbeitenden Veranstalters zum *Arbeitseinkommen*, das des modernen Veranstalters, der in Ausübung seiner Funktion, wengleich nicht als Produzent, doch ebenfalls *arbeitet*, dessen ungeachtet von vornherein zu *Kapitaleinkommen* stempelt, ist, dass die Grösse des Gewinneinkommens, das er erzielt, wesent-

lich und der Regel nach als eine Variable, eine Funktion der Grösse des Geldvermögens, mit dem er seine Funktion ausübt, erscheint. So stellt sich dieses, von aussen her gesehen, als geldzeugendes, wertzeugendes Vermögen dar. Ein Schein, aus dem dann die krauseste ökonomische Ideologie ihre Nahrung zieht.

Schliesst aber der Modus der Funktionsausübung dies Proportionalitätsverhältnis des jährlichen Gewinnüberschusses zur Grösse des Geldvermögens für jede einzelne Branche notwendigerweise ein, so ist damit zugleich die Art des allgemeinen Massstabs indiziert, auf grund dessen das interessierte Verhalten der Veranstalter bei freier Konkurrenz die Ausübung der Veranstalterfunktion notwendigerweise in allen Branchen zu einer gleichmässig lohnenden zu machen strebt. Da alle Veranstalter, auf die Zeiteinheit, das Jahr, gerechnet, möglichst viel Geld gewinnen wollen, andererseits aber der Gewinn, den die konkurrierenden Veranstalter einer und der selben Branche jährlich erzielen, aus den angeführten Gründen in direkter Proportion zum angewandten Kapital stehen muss, ergibt sich als notwendiges Resultat der Konkurrenz, dass das System der Warenpreise durch das interessierte Verhalten der im Gesamtbezirk aller Branchen möglichst hohem Gewinn nachjagenden Veranstalter so geregelt sein muss, dass gleich grosse Kapitale, gleichgültig in welcher Branche angewendet, bei Verkauf ihres Jahresprodukts durchschnittlich gleiche Geldgewinne erzielen, der Kapitalgewinn also in allen Branchen durchschnittlich in direkter Proportion (Durchschnittsprofitrate) zur Grösse der angewandten Kapitale steht. Denn in Produktionszweigen, in denen sich Erhöhungen über den jeweils bestehenden Durchschnittsgewinn zeigen, in denen mithin die Veranstalter die Chance haben in Ausübung der Veranstalterfunktion, auf das ihnen primär zu Gebote stehende Geldvermögen berechnet, momentan mehr als den üblichen Gewinn zu erzielen, muss der Anreiz erhöhten Profits zur Vermehrung der Produktion und damit des Warenangebots in den jeweils bevorzugten Branchen führen, so aber immer wieder auf eine Senkung der Warenpreise gegenüber den Kostpreisen, auf eine Herabdrückung des anormal gestiegenen Gewinnsatzes zum Durchschnittsmass hinarbeiten. Es ist nicht nötig bei diesem bekannten Regulierungsmechanismus des kapitalistischen Preissystems durch die Konkurrenz hier näher zu verweilen. Nur darauf sei noch hingewiesen, dass erst die Reflexion auf diese funktionell notwendige Bestimmung des Prozesses der bekannten Redewendung, dass die Warennachfrage den Umfang der Warenproduktion und damit des Warenangebots in den verschiedenen Branchen bestimme, einen fassbar verständlichen Sinn verleiht. Um wirksam zu sein, muss die Nachfrage für die Exemplare der begehrten Warenart einen Preis zu zahlen willens und fähig sein, zu dem das Produzierenlassen solcher Warenexemplare den Veranstaltern lohnend erscheint; einen Preis also, der bei kapitalistischer Produktionsweise den Veranstaltern eben den Kostenaufwand pro Stück mit einem der jeweils bestehenden Durchschnittsprofitrate annähernd angepassten Gewinnzuschlag zurückerstattet. Nur sofern die Nachfrage Nachfrage zu solchen Preisen ist, kann sie als massbestimmter, periodisch sich erneuernder Marktbegehrt auf die Dauer Richtmass und Regel für die Verteilung des Gesamtkapitals und damit der gesamten Arbeitskräfte unter die verschiedenen Branchen sein.

IV



ZUNÄCHST muss die weitere Untersuchung Analyse dessen sein, was in diesen als funktionell notwendigen, offen zu tage liegenden Bestimmungen hinsichtlich des Geregeltseins des Preissystems implizite weiter enthalten ist. Sie knüpft naturgemäss an jene erste allgemeinste Bestimmung an, dass dies System der Preise in Konnex mit dem spezifischen Charakter der Warenproduktion in dem Gesamtprozess derart geregelt sein muss, dass die Veranstalter bei dem Verkauf der in ihrem Arbeitsprozess produzierten Waren in deren Stückpreise eine Geldsumme erhalten gleich dem Kostpreis des in ihrem Arbeitsprozess pro Stück vernutzten Materials plus Kostpreis (Lohnsumme) der in ihrem Arbeitsprozess pro Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge plus einem Überschuss, der den Geldgewinn des Veranstalters bei dem Verkauf des Stücks darstellt. Mit einer rein formalen Umgruppierung der in dieser Preisbestimmung enthaltenen Faktoren lässt sich diese dann auch so ausdrücken: Das System der Warenpreise, unter dem in diesem Prozess die Produktion für den Verkauf, Verkauf und Kauf, stattfindet, muss so geregelt sein, dass die Veranstalter im Stückpreis ihrer Ware eine Geldsumme erhalten gleich Kostpreis des pro Stück in ihrem Arbeitsprozess vernutzten Materials plus einer zu diesem Kostpreis des vernutzten Materials zusätzlichen Geldsumme, die immer grösser, nämlich um die den Geldgewinn am Stück repräsentierende Geldsumme grösser, ist als der Kostpreis der pro Stück im Arbeitsprozess des Veranstalters zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge.

Die eminente Bedeutsamkeit dieser neuen, am Sachverhalt selbst nicht das geringste ändernden Ausdrucksweise liegt darin, dass sie den Blick sofort auf die internen, versteckten Relationen des Prozesses hinlenkt, darauf nämlich, dass der Veranstalter im Stückpreis der von ihm produzierten Warenart, auf das pro Stück zusätzlich verausgabte Arbeitsquantum (respektive die Masseinheit dieses Arbeitsquantums) verrechnet, beim Verkauf eine Geldsumme erhält, die grösser ist als jene, die er selbst für das im Stück zusätzlich verausgabte Arbeitsquantum (respektive pro Masseinheit dieser zusätzlichen Arbeitsmenge) als Lohn an seine Arbeiter gezahlt hat; darum grösser, weil sie ausser diesem Kostpreis der zusätzlichen Arbeit auch noch den Gewinn am Stück mit einschliesst. Das Grössenverhältnis zwischen dem Geldbetrag, den der Warenkäufer dem Veranstalter pro Masseinheit der im Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge zahlt, und dem Geldbetrag, den der Veranstalter pro Masseinheit dieser Arbeitsmenge als Lohn gezahlt hat, ergibt sich aus der Division der zusätzlichen Geldsumme, die der Warenkäufer im Stückpreis der Ware dem Veranstalter zahlt, durch die Geldsumme, die der Veranstalter für die im Stück zusätzlich verausgabte Arbeitsmenge als Lohn gezahlt hat.

Um die in diesem Fundamentalverhältnis bereits mitenthaltenen, durch dieses indizierten weiteren Bestimmungen methodisch klar zu legen, empfiehlt es sich, mit einem Umweg beginnend, vorerst zu untersuchen, welche Bestimmungen sich für den Prozess ergeben würden, wenn wir den Gewinnanteil in dieser zusätzlichen Geldsumme des Stückpreises einmal gleich null setzen, also die zusätzliche Geldsumme nicht als grösser sondern als gleich, als direkt mit dem Kostpreis der pro Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge koinzidiere-

rend unterstellen. Die Veranstalter der Arbeitsprozesse bekämen beim Verkauf dann im Stückpreis den Kostenaufwand für das pro Stück vernutzte Material und ausserdem die Lohnsumme zurück, die sie, nach dem jeweils gegebenen, in allen Branchen gleichen Lohnsatz, für die von ihren Lohnarbeitern auf Stück verwandte Arbeit haben zahlen müssen. Und genau so zahlen sie als Käufer des für ihren Arbeitsprozess erforderlichen Materials an ihre Materiallieferanten ebenfalls nur den Kostpreis des in der Produktion dieses Materials im Betrieb der Lieferanten wiederum vernutzten Materials plus einer zusätzlichen Geldsumme gleich dem Kostpreis der im Betrieb des Lieferanten zur Erzeugung des Materialprodukts zusätzlich verausgabten Arbeit, und so *in infinitum* weiter. Wenn jeder Veranstalter im Warenpreis ausser dem Kostpreis des vernutzten Materials durchgängig und allgemein immer nur den Kostpreis des in seinem Arbeitsprozess zusätzlich aufgewandten Arbeitsquantums vom Käufer erhält und *vice versa* im Warenpreis an den Veranstalter zahlt, so erhält und zahlt — wie sich bei einem zu Ende Denken des hierbei stattfindenden Regressus zur Evidenz herausstellt — jeder Veranstalter beim Verkauf und Kauf von Ware im ganzen Stückpreis (der den Kostpreis des pro Stück verbrauchten Materials und den Kostpreis der pro Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge einschliesst) auch immer eine Geldsumme gleich der Summe aller Löhne, die rückwärts verfolgt für die ganze in der fertigen Ware schliesslich angehäuften, kumulierte Arbeitsmenge in der Serie aller direkt und indirekt am Endprodukt mitschaffenden Betriebe hat gezahlt werden müssen. Ganz so wie die Veranstalter in der zusätzlichen Geldsumme des Stückpreises, auf die Arbeitsstunde der im erzeugten Stück zusätzlich verausgabten Arbeit verrechnet, immer den gleichen Geldbetrag als Verkäufer und als Käufer zahlen, nämlich den Geldbetrag, der auf die Arbeitsstunde der pro Stück zusätzlich verausgabten Arbeit von den betreffenden Veranstaltern als Stundenlohn gezahlt ist, so erhalten und zahlen sie im Stückpreis beim Verkauf und Kauf, auf die Masseinheit (Arbeitsstunde) der im Stück enthaltenen Totalarbeit berechnet, natürlich auch nur immer einen Geldbetrag von der Höhe eines Stundenlohns. Welches also auch immer die jeweilige Länge des durchschnittlichen Arbeitstags sein mag, da die Warenpreise mit den Lohnsummen, die für das in der Produktion der betreffenden Waren verausgabte Totalarbeitsquantum gezahlt sind, koinzidieren, müsste der Arbeiter mit seinem Tagelohn stets Ware kaufen können, in deren Produktion die gleiche Arbeitsstundenzahl, die er als Tagesarbeit leistet, verausgabt worden. Er erhielte, mit seinem Tagelohn Ware kaufend, ein ungekürztes Arbeitsäquivalent seiner eigenen täglichen Arbeitsleistung. Andererseits, da die Lohnsummen, die für die in der Erzeugung von Exemplaren verschiedener Warenart verausgabten Arbeitsmengen gezahlt sind, natürlich mit der Grösse der in Erzeugung dieser Warenexemplare verausgabten Arbeitsmengen differieren, das heisst zu den in diesen Waren enthaltenen Arbeitsmengen in direkter Proportion stehen, und da die Warenpreise mit diesen so berechneten Lohnsummen zusammenfallen, müssten natürlich auch die Warenpreise in direkter Proportion zu den in den betreffenden Waren enthaltenen Arbeitsmengen stehen. Preisgleiche Waren müssten auch immer arbeitsgleiche Waren, Arbeitsäquivalente sein.

Dies sind, mit strikter Konsequenz deduziert, die Relationen, die sich für den Prozess ergeben, wenn man einmal das System der Warenpreise in ihm

derart geregelt denkt, dass die Veranstalter beim Verkauf der Waren im Stückpreis nur den Kostpreis des im Stück vernutzten Materials und den Kostpreis der in ihm zusätzlich verausgabten Arbeit ersetzt erhalten, also keinen Gewinn beziehen.

Wir fragen, nunmehr zur Analyse des wirklichen Prozesses zurückkehrend: Welche prinzipiellen Unterschiede gegenüber dem hier entwickelten System von Relationen ergeben sich für das System der Relationen im wirklichen Prozess, dessen Preissystem, im Gegensatz zur obigen in sich selbst widerspruchsvollen Annahme, funktionell notwendig, wie wir sahen, immer so geregelt sein muss, dass die Veranstalter im Stückpreis ausser dem Kostpreis des im Stück vernutzten Materials vom Warenkäufer eine zusätzliche Geldsumme bezahlt erhalten, die nicht gleich dem Kostpreis der im Stück zusätzlich verausgabten Arbeit sondern immer grösser, um den Gewinn am Stück grösser, als dieser Kostpreis der zusätzlichen Arbeit ist? Wenn dort aus der hypostasierten Koinzidenz der zum Kostpreis des pro Stück vernutzten Materials zusätzlichen Geldsumme mit dem Kostpreis der pro Stück zusätzlichen Arbeit als unabweisliche Konsequenz folgte, dass dann auch die Stückpreise der Waren, die der Warenkäufer zahlt, mit den Geldsummen, die für die im Stück verausgabte Totalarbeit als Lohn gezahlt sind, zusammenfallen, so folgt aus der entgegengesetzten Grundbestimmung des wirklichen Prozesses (daraus also, dass in diesem Prozess, die zusätzliche Geldsumme des Stückpreises der Waren grösser, um den Gewinn grösser, als der Kostpreis der im Stück zusätzlich verausgabten Arbeit sein muss), dass hier die Stückpreise aller Waren durchgängig und allgemein grösser als die für die darin verausgabte Totalarbeit insgesamt gezahlten Lohnsummen sein müssen, dass also die Warenkäufer im Stückpreis pro Masseinheit der im Stück enthaltenen Arbeitsquanten immer einen grössern Geldbetrag zu zahlen haben als denjenigen, der als Lohn pro Masseinheit dieser im Stück enthaltenen Totalarbeit bei der Produktion gezahlt worden ist. Das gilt hier sowohl für die Kapitalisten wie für die Arbeiter in ihrer gemeinsamen Eigenschaft als Warenkäufer und hat dann — im Gegensatz zu dem Verhältnis, das sich in dieser Hinsicht bei Unterstellung von Koinzidenz der zusätzlichen Geldsumme mit dem Kostpreis der im Stück zusätzlich aufgewandten Arbeit herausstellte — für die Arbeiter die Folge, dass sie mit ihrem Tagelohn, dem Multipel aus Stundenlohn und täglicher Arbeitsstundenzahl, als Warenkäufer niemals ein unverkürztes Arbeitsäquivalent ihrer eigenen Tagesarbeit sondern immer nur ein Arbeitsäquivalent eines Bruchteils ihrer Tagesarbeit erhalten können.

Wenn nun das Preissystem des wirklichen Prozesses infolge des notwendigen Überschusses der im Stückpreis zusätzlichen Geldsumme über den Kostpreis der pro Stück zusätzlich verausgabten Arbeit ein Preissystem ist, unter dem die Käufer pro Masseinheit der im Stück verausgabten Totalarbeit einen grössern Geldbetrag zu zahlen haben als den, der, auf die Masseinheit dieser im Stücke steckenden Totalarbeit verrechnet, von den Veranstaltern der betreffenden Arbeitsprozesse als Lohn gezahlt worden ist, wenn also die Warenpreise unter diesem Preissystem durchgängig und allgemein stets grösser sein müssen als die Lohnsummen, die auf das in den Waren steckende Gesamtarbeitsquantum bezahlt worden sind, so lässt diese Bestimmung, für sich allein genommen, noch immer wenigstens die Möglichkeit offen, dass unter einem

solchen Preissystem die Warenpreise sich gleichfalls direkt proportional zu den in ihnen verausgabten Arbeitsmengen verhalten, die preisgleichen Waren also Arbeitsäquivalente seien. Das könnte oder vielmehr müsste wirklich der Fall sein, wenn sich herausstellte, dass das interessierte Verhalten der konkurrierenden Veranstalter tendenziell notwendig das Preissystem in diesem wirklichen Prozess so zu regeln strebt, dass in der zusätzlichen Geldsumme der Stückpreise der Geldgewinn pro Stück für alle die verschiedenen in verschiedenen Branchen hergestellten Warensorten der Regel nach sich direkt proportional zum Kostpreis der pro Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmengen verhält. Denn da der Kostpreis dieser zusätzlich verausgabten Arbeit im Stück eben dieser zusätzlichen Arbeit direkt proportional ist, müsste, wenn der Geldgewinn am Stück sich seinerseits proportional zum Kostpreis der zusätzlichen Arbeit stellen würde, natürlich auch die aus diesem Kostpreis der Arbeit und dem Gewinn zusammengesetzte zusätzliche Geldsumme, die der Veranstalter auf die pro Stück in seinem Arbeitsprozess zusätzlich verausgabte Arbeitsmenge im Stückpreis erhält, in direkter Proportion zu dieser im Stück zusätzlichen Arbeitsmenge stehen. Und wenn dies allgemein der Fall wäre, müssten die Geldsummen, die die Veranstalter in dem (Kostpreis des vernutzten Materials plus zusätzlicher Geldsumme einschliessenden) Stückpreis jeder Warenart überhaupt erhalten — Geldsummen, die, wie wir wissen, immer grösser als die Lohnsummen für die pro Stück verausgabten Arbeitsquanten sind — ebenfalls durchgängig und allgemein diesen Lohnsummen und damit weiter den respektiven Quanten jener im Stück steckenden Totalarbeit direkt proportional sein. Die preisgleichen Waren wären zugleich Arbeitsäquivalente. Ebenso aber gilt das Umgekehrte. Stellt sich heraus, dass das System der Warenpreise in dem Prozess durch das interessierte Verhalten der Konkurrierenden in einer Weise geregelt wird, die eine Proportionalität von Stückgewinn und Kostpreis der pro Stück verausgabten Arbeitsmengen in der zusätzlichen Geldsumme des Stückpreises als Regel ausschliesst, so ist damit hinsichtlich des Geregeltseins des Preissystems zugleich erwiesen, dass die in ihm jeweils preisgleichen Waren unmöglich zugleich Arbeitsäquivalente sein können. Die Alternative entscheidet sich, sobald wir, auf die zweite oben deduzierte funktionell notwendige Bestimmung des Preissystems in dem Prozess zurückgreifend, die näheren Bestimmungen, die hierin mit enthalten sind, analysieren.

Dieses Preissystem muss nach dem Prinzip gleichmässig lohnender Ausübung der Veranstalterfunktion in den verschiedenen Branchen im modernen Prozess, wie wir sahen, bei freier Konkurrenz notwendigerweise so geregelt sein, dass gleiche in verschiedenen Branchen angewandte Kapitale beim Verkauf der in ihrem Betrieb jährlich erzeugten Stückzahl von Waren (gleichgültig welcher Art) gleich grosse Geldsummen als Jahresgewinn erzielen; also derart, dass Kapitale in welcher Branche immer angewandt, beim Verkauf ihres jährlichen Produkts Geldsummen als Gewinn erzielen, die nach einem allgemein für alle Branchen tendenziell gleichen Satz (Durchschnittsproftrate) in direkter Proportion zur Grösse des angewandten Kapitals stehen. Gleich grosse Kapitale in verschiedenen Branchen angewandt, die nach dieser Konkurrenzregel Anwartschaft auf gleichen Jahresgewinn haben, wenden nun aber in Erzeugung ihres jährlichen Produkts nicht eine gleiche sondern je nach der technischen Verschiedenheit des Produktionsprozesses in den verschiedenen Bran-

chen ganz verschieden grosse Mengen von Arbeitskräften an. Es ist also das Quantum zusätzlicher Arbeit, das in den Jahresprodukten gleich grosser in verschiedenen Branchen angewandter Kapitale verausgabt worden ist, mithin auch der Kostpreis dieser in den Jahresprodukten zusätzlich verausgabten Arbeitsmengen für die verschiedenen Jahresprodukte dieser gleich grossen Kapitale gänzlich verschieden. Wenn also das Preissystem in dem Prozess derart geregelt ist, dass im Verkauf dieser aus Exemplaren branchenmässig verschiedener Warenart bestehenden Jahresprodukte zu den jeweils gegebenen Preisen von den betreffenden Industriellen gleich grosse Geldsummen als Jahresgewinn erzielt werden, so müssen je nach der grössern oder geringern Menge lebendiger Arbeit, die von den betreffenden Kapitalen zur Erzeugung der betreffenden Jahresprodukte jährüber in Bewegung gesetzt ist, die Kostpreise der in diesen Jahresprodukten zusätzlich verausgabten Arbeitsmengen, die Beträge der bezahlten Lohnsummen vollständig divergieren. Die betreffenden Industriellen erhalten demnach im Preis der jährlich in ihrem Betrieb erzeugten Warenmengen, auf die in ihren respektiven Jahresprodukten zusätzlich verausgabten Arbeitsquanten verrechnet, nicht gleiche sondern verschieden grosse zusätzliche Geldsummen, da von den beiden Faktoren, aus denen sich die zusätzliche Geldsumme zusammensetzt, der eine, der Gewinn aus dem Verkauf des Jahresprodukts, für alle diese Jahresprodukte gleich, der andere aber, der Kostpreis der im Jahresprodukt zusätzlich verausgabten Arbeit, je nach den verschiedenen Massverhältnissen, nach denen gleich grosse Kapitale in verschiedenen Branchen jährlich Arbeit in Bewegung setzen, divergiert.

Das Geregeltsein des Warenpreissystems, auf grund dessen gleich grosse Kapitale beim Verkauf ihrer jährlich erzeugten Warenmenge zu den jeweils gegebenen Warenpreisen gleichen Jahresgewinn erzielen, impliziert also als davon unabtrennbar die Konsequenz, dass die jeweils gegebenen Stückpreise, zu denen alle in den verschiedenen Branchen industriell aktiven Kapitalisten die in ihrem Arbeitsprozess erzeugten Waren verkaufen, Stückpreise sein müssen, in deren zusätzlicher Geldsumme das Grössenverhältnis von Geldgewinn pro Stück und Kostpreis der pro Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge notwendig divergiert. Bestimmungsgrund und Regel dieser Divergenz aber ist letzthin in den verschiedenen Massverhältnissen gegeben, nach denen gleich grosse und im Verkauf ihres jährlichen Produkts zu den gegebenen Stückpreisen gleichen Jahresgewinn erzielende Kapitale je nach der Branche, der sie zugehören, lebendige Arbeit in Bewegung setzen. In Branchen, in denen gleich grosse Kapitale relativ zu ihrer Grösse viel Arbeit anwenden, muss in der zusätzlichen Geldsumme des Stückpreises der erzeugten Warenart der Gewinn am Stück relativ zum Kostpreis der darin zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge kleiner, in Branchen, wo gleich grosse Kapitale relativ zu ihrer Grösse wenig Arbeit anwenden, grösser sein.

Wenn aber in der zusätzlichen Geldsumme des Stückpreises verschiedener Warenarten das Grössenverhältnis dieser beiden Geldsummen disproportional ist, muss im Stückpreis natürlich auch das Grössenverhältnis der zusätzlichen Geldsumme zum Kostpreis der pro Stück zusätzlich aufgewandten Arbeitsmenge disproportional sein; also auch das Grössenverhältnis des Geldbetrags, den der Käufer in der zusätzlichen Geldsumme des Stückpreises auf die Masseinheit der im Stück zusätzlich verausgabten Arbeits-

menge zu zahlen hat, gegenüber dem Geldbetrag, den der Veranstalter des Arbeitsprozesses pro Masseinheit der im Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge als Lohn gezahlt hat, für verschiedene Warenarten divergieren. Und das gleiche gilt dann selbstverständlich für das Grössenverhältnis der Stückpreise zu den Lohnsummen, die für die im Stück verausgabte Totalarbeit gezahlt worden, für das Grössenverhältnis des Geldbetrags, den der Käufer im Stückpreis der verschiedenen Warenarten auf die Masseinheit der im Stück verausgabten Totalarbeit zu zahlen hat, zu dem für die Masseinheit dieser Totalarbeit als Lohn gezahlten Geldbetrag. Überall besteht da Disproportionalität. Dass die preisgleichen Waren unter dem so geregelten Preissystem des Prozesses Arbeitsäquivalente sein könnten, ist ausgeschlossen. Und es bedarf, um zu diesem negativen Resultat zu kommen, nicht erst des Umwegs über ein sogenanntes *Arbeitswertgesetz*, ein *Gesetz*, dessen auch nur hypothetische Annahme durch dieses negative Resultat hinterher in aller Form als widerspruchsvoll und unmöglich erwiesen wird.

Endlich wäre noch hervorzuheben, dass die notwendige Disproportionalität von Warenpreis und Arbeitsgehalt der Waren respektive das Divergieren des auf die Masseinheit dieses Arbeitsgehalts vom Käufer im Stückpreis bezahlten Geldbetrags für die verschiedenen Warensorten — so unverändert sie das Grundverhältnis lässt, dass der mit seinem Taglohn Waren kaufende Arbeiter in Warenform nie ein volles Arbeitsäquivalent seiner Tagesarbeit sondern immer nur ein Äquivalent für einen Bruchteil seines Arbeitstags erhalten kann — insofern eine nähere Bestimmung mit sich führt, als nun für den Arbeiter je nach der Verschiedenheit des Geldbetrags, den er auf die Masseinheit der in verschiedenen Waren enthaltenen Arbeitsquanten zahlt, natürlich auch das Massverhältnis variiert, nach dem er als Käufer solcher Waren für den Lohnertrag einer massbestimmten Menge eigener Arbeit Arbeitsquanten in Warenform zurückerhält. Er mag als Käufer einer Warenart den Lohn von $1\frac{1}{2}$, als Käufer einer andern den Lohn von 2 oder 3 Arbeitsstunden brauchen, um ein Warenquantum, bei dessen Produktion 1 Arbeitsstunde verausgabt worden ist, zu kaufen. Der Bruchteil der von ihm täglich geleisteten Arbeitsmenge (seines Arbeitstags), für die er als Warenkäufer in einem gegebenen volkswirtschaftlichen Gesamtprozess ein Arbeitsäquivalent erhält, ist also nicht nach diesen divergierenden Massverhältnissen beim Ankauf von Exemplaren der oder jener zufällig herausgegriffenen Bedarfswarensart sondern danach zu bemessen, wie gross im Verhältnis zu seinem Arbeitstag (respektive zu seiner Monats- oder Jahresarbeit) das Gesamtquantum von Arbeit ist, das in den von ihm mit seinem Tagelohn (Monatslohn, Jahreslohn) durchschnittlich und gewohnheitsmässig pro Tag (pro Monat oder Jahr) gekauften Quanten verschiedenartiger Bedarfswaren verausgabt worden ist.

V



IR haben gesehen, dass das System der Warenpreise, unter dem sich im modernen Prozess die Produktion vollzieht, derart geregelt sein muss, dass die Veranstalter beim Verkauf ihrer Waren zu den jeweils im Marktverkehr bestimmten Preisen pro Stück eine Geldsumme erhalten gleich dem Kostpreis des im Stück verutzten Materials plus einer zusätzlichen Geldsumme, die grösser, um die den Gewinn am Stück repräsentierende Geldsumme grösser, ist als der Kostpreis

der im Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge; dass dieses System des weitern durch die Konkurrenz derart geregelt sein muss, dass mit gleich grossen Kapitalien in den verschiedenen Branchen produzierende Veranstalter beim Verkauf der in ihrem Betrieb jährlich produzierten Stückzahl spezieller Warenart gleich grossen Geldgewinn pro Jahr erlangen. Diese beiden, selbst wieder an der Hand höherer Obersätze aus dem spezifischen Modus der Warenproduktion im modernen Prozess als funktionell notwendig deduzierten Bestimmungen des Preissystems in dem modernen Prozess bildeten für die Ausführungen des vorangehenden Teils die Grundlage, aus der, ohne Hinzuziehung irgend eines neuen Moments, durch blosse Analyse eine Serie weiterer Bestimmungen abgeleitet werden konnte. Gehen wir auf dem eingeschlagenen Weg noch ein paar Schritte weiter, indem wir fragen, was denn aus dem Komplex der bisher deduzierten Bestimmungen, der für sich genommen offenbar noch nicht das mindeste über eine eventuell funktionell notwendige Schranke der Durchschnittsprofitratengrösse in dem so geregelten Preissystem des Prozesses aussagt, also die Möglichkeit unbegrenzten Steigens des Gewinnsatzes durch blosse Preisverschiebung innerhalb des Preissystems nicht ausschliesst, bei Supponierung einer solchen die Profitrate weiter und weiter hinaufschraubenden Preisverschiebung für Konsequenzen sich ergeben würden. Wir unterstellen zu diesem Zweck eine gegebene Volkswirtschaft, mit bestimmter Produktionstechnik, bestimmter Produktivkraft der Arbeit, bestimmter Länge des Arbeitstags; desgleichen sind in ihr Warenpreise, der Lohnsatz, die Durchschnittsprofitrate, nach der bei diesen Preisen und bei diesem Lohnsatz Gewinn erzielt wird, die Stückpreisverhältnisse der einzelnen Warensorten etwas Gegebenes. Gegeben ist dann auch und nach einer etwas komplizierten, hier nicht näher zu erörternden Methode berechenbar: das Grössenverhältnis des durchschnittlichen Geldbetrags, der beim Verkauf des in der Volkswirtschaft erzeugten jährlichen Gesamtprodukts im Preis des Gesamtprodukts, auf die Masseinheit der in ihm verausgabten Totalarbeit berechnet, gezahlt wird, gegenüber dem Geldbetrag, der pro Masseinheit dieser im jährlichen Gesamtprodukt verausgabten Totalarbeit als Arbeitslohn gezahlt worden ist. Unterstellt man nun, Technik und Produktivkraft als beharrend vorausgesetzt, eine Verschiebung dieses gegebenen Warenpreissystems in unserm Sinn, eine Verschiebung also, durch die die gegebene Durchschnittsprofitrate sukzessiv fortschreitend auf das Anderthalb-, das Zwei-, Drei-, Vierfache usw. erhöht werden soll, so heisst das, wie genaueres Zusehen sofort zeigt, eine Verschiebung unterstellen, bei der in den zusätzlichen Geldsummen der Stückpreise die den Gewinn am Stück repräsentierenden Geldsummen durchgängig und allgemein für alle Warenarten relativ zum Kostpreis der im Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge steigen. Denn, wenn eine Steigerung dieses Grössenverhältnisses nicht stattfände, also das Grössenverhältnis der den Gewinn am Stück repräsentierenden Geldsumme zum Kostpreis der im Stück zusätzlich verausgabten Arbeit gleich bliebe, könnte natürlich auch das Grössenverhältnis des Gewinns am Stück zum gesamten (aus Kostpreis des vernutzten Materials und Kostpreis der zusätzlich verausgabten Arbeit zusammengesetzten) Kostenaufwand pro Stück, damit also auch das Grössenverhältnis des Gewinns aus der jährlich produzierten Stückzahl zum angewandten Kapital, also die Profitrate selbst, nicht steigen. Wenn aber die sukzessive von uns hypostasierte Erhöhung der Durchschnittsprofitrate aus

diesen Gründen eine allgemeine Erhöhung des Stückgewinns auf den Kostpreis der zusätzlichen Arbeit pro Stück impliziert, so impliziert sie damit durchgängig und allgemein für alle Warensorten eine Erhöhung des Geldbetrags, den der Warenkäufer auf die Masseinheit des im Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsquantums zahlt, gegenüber dem Geldbetrag, den der Veranstanter pro Masseinheit der darin zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge gezahlt hat. Damit muss aber selbstverständlich, und zwar im direkten Verhältnis zum Wachsen der Profitrate, auch der Geldbetrag, der beim Umsatz des jährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts auf die Masseinheit der darin enthaltenen Totalarbeitsmenge von den Käufern des Gesamtprodukts im Gesamtdurchschnitt bezahlt wird, in seinem Grössenverhältnis zu dem Geldbetrag, der pro Masseinheit dieser im Gesamtprodukt verausgabten Totalarbeit als Lohn gezahlt worden ist, steigen. Steigen muss also auch in jedem Fall der Geldbetrag, den die Arbeiter beim Ankauf ihres Tagesbedarfs an Konsumwaren auf die Masseinheit des in der gekauften Warenmenge enthaltenen Arbeitsquantums zahlen, relativ zu dem Geldbetrag, der, auf die Masseinheit der in diesem gekauften Warenquantum verausgabten Arbeitsmenge verrechnet, in Lohnform verausgabt worden ist. Es würde also, wenn der Geldbetrag, den die Arbeiter beim Warenkauf mit ihrem Tagelohn durchschnittlich auf die Masseinheit der in den gekauften Waren steckenden Arbeit zahlen, zu dem Geldbetrag, der für diese Masseinheit als Lohn gezahlt wurde, ursprünglich sich wie 2:1 verhielt, dies Grössenverhältnis mit dem Steigen der Durchschnittsprofitrate sukzessive auf $2\frac{1}{2}:1$, $3:1$, $4:1$ usw. steigen müssen. Das heisst, die Arbeiter, die pro Stunde ihres, sagen wir: 10stündigen, Arbeitstags entsprechend dem jeweils bestimmten Lohnsatz eine bestimmte Menge Geldeinheiten erhalten, würden mit dem Steigen der Durchschnittsprofitrate, da deren Erhöhung das Grössenverhältnis des ersten zu dem zweiten Geldbetrag stets miterhöht, für ihren Zehnstudentagelohn fortschreitend einen immer kleinern, schliesslich verschwindend kleinen Bruchteil des ursprünglichen pro Tag gekauften Bedarfswarenquantums kaufen können. Zu Anfang, als der erste sich zum zweiten Geldbetrag wie 2:1 verhielt, hätten sie demgemäss bei Ankauf ihrer täglichen Bedarfswaren pro Arbeitsstunde, die in der gekauften Warenmenge steckte, einen Geldbetrag zahlen müssen, doppelt so gross wie den, der auf die Arbeitsstunde des in dieser Warenmenge enthaltenen Arbeitsquantums bezahlt worden ist, also auch den doppelten Geldbetrag, den sie, die kaufenden Arbeiter selbst, pro Arbeitsstunde als Stundenlohn von ihrem Arbeitgeber als Stundenlohn bekommen. Sie werden also beim Kauf der täglichen Bedarfswaren, pro Arbeitsstunde des in diesen Waren enthaltenen Arbeitsquantums, einen Geldbetrag in der Höhe eines Zweistundenlohns gezahlt, mit ihrem Zehnstudentenlohn pro Tag also ein Bedarfswarenquantum gekauft haben, das $10 \times \frac{1}{2}$ oder 5 Arbeitsstunden repräsentiert. Erhöht sich das Grössenverhältnis des ersten zum zweiten Geldbetrag infolge steigender Profitrate auf 3:1, so müssen sie nun beim Kauf, pro Arbeitsstunde des in den gekauften Bedarfswaren enthaltenen Arbeitsquantums, einen Geldbetrag in der Höhe eines Dreistundenlohns geben. Der Bruchteil ihres 10stündigen Arbeitstages, für den sie ein Arbeitsäquivalent in Warenform erhalten, sinkt dann von $10 \times \frac{1}{2}$ auf $10 \times \frac{1}{3}$ Arbeitsstunden usw. Wie sich das Grössenverhältnis des ersten zu dem zweiten Geldbetrag erhöht, so erhöht sich die Arbeitsstundenzahl, deren

Lohnerlös der Arbeiter beim Warenkauf, gerechnet auf die Arbeitsstunde des in der gekauften Warenmenge enthaltenen Arbeitsquantum, zahlen muss, verringert sich der Bruchteil seines Arbeitstags, für den er in den gekauften Waren ein Arbeitsäquivalent erhält. Gleichbleibende Produktivkraft der Arbeit und dementsprechend gleichbleibenden Arbeitsgehalt der zu kaufenden Waren vorausgesetzt, wird mithin auch das mit einem Tagelohn von 10 Stunden käufliche Bedarfswarenquantum bei ständig steigender Profitrate fortschreitend immer kleiner, schliesslich eine verschwindend kleine Grösse werden müssen. Das Gesetz, dass eine hypothetisch angenommene, die Profitrate immer weiter erhöhende Preisverschiebung in einer nach ihren Produktionsverhältnissen sonst unverändert beharrenden Volkswirtschaft die hier entwickelten Relationsveränderungen notwendig zum Korrelat haben müsste, erscheint unanfechtbar. Da aber eine unbegrenzt fortschreitende Verringerung des Bedarfswarenquantums, das der Arbeiter mit seinem Tagelohn unter dem jeweils bestimmten Preissystem kaufen kann, die Selbsterhaltungsmöglichkeit der Arbeitskraft, also die Existenzmöglichkeit des Prozesses selbst aufheben würde, ergibt sich, dass die hypothetische Annahme, unter der aus jenem Gesetz diese Konsequenz allerdings notwendig folgen würde, also die Hypostasierung der Profitrate als einer im Prinzip nach oben unbegrenzt variable Grösse für den wirklichen Prozess unmöglich Geltung haben kann. Jenes hypothetisch experimentierende Raisonement hat also gezeigt, dass eine unbegrenzte Variabilität der Profitrate, deren Unmöglichkeit in dem Prozess aus den früher gefundenen funktionell notwendigen Bestimmungen hinsichtlich des Geregeltseins des Preissystems nicht nachgewiesen werden konnte, darum nicht weniger im Widerspruch zu den Existenzbedingungen des Prozesses steht, und hat dabei gleich auf eine bisher ganz unbeachtet gelassene funktionell notwendige Bestimmung des Preissystems in dem Prozess hingewiesen: auf eine Bestimmung, durch deren Hinzuziehung zu den früher deduzierten die das Preissystem in dem Prozess beherrschende Gesetzmässigkeit erst wirklich in ihrem Totalzusammenhang erfasst werden kann.

Ganz so wie das Bestehen des Prozesses eine Regelung des Preissystems durch die Veranstalter voraussetzt, kraft deren die Veranstalter beim Verkauf ihres Produkts zu den jeweils gegebenen Preisen im Stückpreis ihrer Warenart eine zusätzliche Geldsumme erhalten, grösser als der Kostpreis der im Stück zusätzlich verausgabten Arbeitsmenge, wobei dann der Gewinn am Stück durch die Bewegungen der Konkurrenz im Sinne einer gleichen Durchschnittsprofitrate normiert sein muss, ganz so mit einem analogen Zwang funktioneller Notwendigkeit ist dies so geregelte System der Preise auch der andern Bestimmung unterworfen, dass es so geregelt sein muss, dass die Lohnarbeiter im Prozess mit dem Multiplum aus dem Geldbetrag des jeweils gegebenen Stundenlohns und der Stundenzahl ihres Arbeitstags (dem Tagelohn) unter den jeweils gegebenen Warenpreisen pro Tag ein mindestens zur baren Existenzfristung hinreichendes Bedarfswarenquantum pro Tag, normalerweise aber — wie auch Marx hervorhebt — ein grösseres kaufen können. Bei einem sukzessiv fortschreitenden Sinken des Reallohns unter dies Niveau — wenn keine Gegenwehr der Arbeiter dem Halt böte — müsste unausweichlich eine sukzessiv fortschreitende Verkümmern der Arbeitskräfte, Verschlechterung der Arbeitsleistung, schliesslich ein vollständiger Bankrott des gesamten Wirtschaftsprozesses eintreten.

Wie aber, unter welchen Bedingungen — diese Frage drängt sich, zugleich den Weg zur Lösung auch des Profitratenproblems weisend, jetzt vor — kann das Preissystem in diesem Prozess dieser letzten unzweifelhaft notwendigen Bestimmung zugleich mit jenen frühern ebenfalls notwendigen genügen, welche neuen Bestimmungen des Geregeltseins ergeben sich für das System der Preise aus dieser Doppelheit? Jenes das Existenzminimum repräsentierende Bedarfswarenquantum, das der Arbeiter, vom Standpunkt des Gesamtprozesses aus gesehen, funktionell notwendig mindestens mit seinem Tagelohn unter dem jeweils gegebenen Preissystem des Prozesses kaufen können muss, hat wie jede Ware im Prozess als Produkt einen jeweils massbestimmten Arbeitsgehalt. Diese Bestimmung des Existenzminimums (oder, wenn man lieber will, des jenes Minimum normalerweise übersteigenden gewohnheitsmässig notwendigen täglichen Bedarfswarenquantums) als eines Bedarfswarenquantums von jeweils massbestimmtem Arbeitsgehalt ist die notwendige Voraussetzung, von der aus jene oben formulierte Problemstellung, wie das Zusammen der verschiedenen funktionell notwendigen Bestimmungen in dem Prozess möglich sei, und welche weiteren Bestimmungen daraus resultieren, sich überhaupt erst beantworten lässt.

Vorerst ist dieses klar: Wenn das Preissystem des Prozesses, welches immer die absolute Grösse der jeweils im Marktverkehr gegebenen Warenpreise sei, notwendigerweise durchgängig eine Differenz der beiden Geldbeträge (dessen, der pro Arbeitsstunde in der Ware vom Warenkäufer gezahlt wird, und dessen, der pro Arbeitsstunde des in der Ware verausgabten Arbeitsquantums als Lohn gezahlt worden ist) impliziert; wenn also, welches immer die absolute Grösse des Stundenlohns und die absolute Länge des Arbeitstages sei, die Arbeiter mit dem Multiplum aus dem Geldbetrag des Stundenlohns und der Stundenzahl ihres Arbeitstags beim Kauf ihrer täglichen Bedarfswaren nie ein Arbeitsäquivalent ihrer eigenen Tagesarbeit sondern immer nur ein Arbeitsäquivalent eines Bruchteils dieser Arbeit erhalten: dann muss in dem Prozess funktionell notwendig die tägliche Stundenzahl des Arbeitstags von vornherein stets so geregelt sein, dass sie grösser als die in dem täglichen Existenzminimum verausgabte Arbeitsmenge ist. Denn wäre sie nicht grösser sondern gleich dieser in der Erzeugung des täglichen Existenzminimums verausgabten Arbeitsmenge, so könnten — von anderen Widersprüchen noch ganz abgesehen — die Arbeiter auf grund jener unaufhebaren Grössendifferenz der beiden Geldbeträge in keinem Fall mit ihrem Tagelohn auch nur das Existenzminimum kaufen, sie würden nur einen je nach der Differenz der beiden Geldbeträge grössern oder geringern Bruchteil dieses Minimums für ihren Tagelohn sich beschaffen können. Was einen Widerspruch in sich schliesst. Wenn aber das Zusammenbestehen der beiden notwendigen Bestimmungen hinsichtlich des Geregeltseins des Preissystems von vornherein nur unter der Bedingung möglich ist, dass im Gesamtprozess der Arbeitstag über das zur Erzeugung des täglichen Existenzminimums notwendige Arbeitsquantum hinaus ausgedehnt wird (Marxs *Mehrarbeit*), so ist andererseits durch die Erfüllung dieser Bedingung allein die Realisierung jener funktionell notwendigen Bestimmung, dass mit dem Tagelohn das tägliche Existenzminimum (und normalerweise mehr) unter den jeweils gegebenen Preisen in dem Prozess zu kaufen ist, noch nicht gewährleistet.

Sehen wir weiter. Immer ist der Prozess ein Prozess, in dem schon aus rein physiologischen Gründen das Grössenverhältnis des Arbeitstags relativ zu dem für Produktion des Existenzminimums erheischten Arbeitsquantum gewissen Maximalgrenzen unterworfen sein muss. Unterstellen wir zum Beispiel einen Prozess, in dem die zur Erzeugung des täglichen Existenzminimums durchschnittlich notwendige Arbeitsmenge 4 Stunden beträgt. Es ist dann physiologisch möglich, dass das Grössenverhältnis des Arbeitstags zu diesem Arbeitsquantum die Proportion $2\frac{1}{2}:1$, vielleicht $3:1$, nicht mehr, wenigstens auf die Dauer nicht mehr, physiologisch möglich, dass es die Proportion $4:1$ oder eine grössere habe. Im ersten Fall würde sich der durchschnittliche Arbeitstag auf $2\frac{1}{2} \times 4 = 10$, im zweiten auf $3 \times 4 = 12$, im dritten, physiologisch auf die Dauer schon schlechthin unmöglichen Fall auf 16 Arbeitsstunden berechnen, während die Grenzen, innerhalb deren — von menschlichen Rücksichten noch ganz abgesehen — Arbeit von normaler Intensität geleistet werden kann, bereits sehr weit im Zwölf-, ja auch im Zehnstudentag schon überschritten sind. Wird im Gesamtprozess infolge erhöhter Produktivkraft der Arbeit die zur Erzeugung des Existenzminimums erheischte Arbeitsmenge kleiner, so weitet sich der Spielraum für jenes physiologisch mögliche Grössenverhältnis entsprechend, bleibt aber immer zwischen Grenzen eingebannt. Soll also der Prozess — in dessen Preissystem funktionell notwendig für alle besonderen Warenarten der vom Warenkäufer pro Arbeitsstunde zu bezahlende Geldbetrag über den pro Arbeitsstunde als Lohn bezahlten Geldbetrag erhöht ist, und in dessen Preissystem diese für die einzelnen Warenarten divergierenden Grössenverhältnisse der beiden Geldbeträge, wenn man das von der Gesamtheit der Käufer (Kapitalisten und Arbeiter) jährlich gekaufte volkswirtschaftliche Gesamtprodukt wie den von der Arbeiterschaft jährlich gekauften Teil des volkswirtschaftlichen Gesamtprodukts in betracht zieht, sich zu einem Durchschnittsgrössenverhältnis kompensieren — soll dieser Prozess Prozess sein, in dem die Arbeiter funktionell notwendig mit ihrem Tagelohn das Existenzminimum und mehr müssen kaufen können, dann ist die Vorbedingung hierfür: nicht nur, dass die Arbeitsstundenzahl, die multipliziert mit dem jeweils gegebenen Stundenlohn den Geldbetrag des Tagelohns ergibt, grösser als die zur Produktion des Existenzminimums pro Tag erheischte Arbeitsmenge sei, sondern in Ergänzung hierzu, dass das Grössenverhältnis des Geldbetrags, den die Arbeiterklasse im Gesamtpreis des von ihr jahrüber gekauften Teils des Gesamtprodukts auf die Stunde der darin enthaltenen Totalarbeit zahlt, zu dem Geldbetrag, den sie im Stundenlohn von den Kapitalisten empfängt, sich von vornherein innerhalb jener Grenzen bewegen muss, die dem Grössenverhältnis des Arbeitstags zu der für Produktion des täglich pro Kopf erheischten Existenzminimums jeweils notwendigen Arbeitsmenge gesteckt sind. Bei der Annahme, dass das im Existenzminimum enthaltene Arbeitsquantum 4 Arbeitsstunden betrug, war das etwa noch mögliche Grössenverhältnis des Arbeitstags zu dem im täglichen Existenzminimum enthaltenen Arbeitsquantum annähernd durch die Proportion von $3:1$ indiziert, was einen 12 stündigen Arbeitstag ergeben würde. In diesem Fall könnte der Geldbetrag, den die Arbeiter, mit ihrem Tagelohn Bedarfswaren kaufend, pro Arbeitsstunde des gekauften Produkts zu zahlen haben, zu dem Geldbetrag, den sie selbst als Stundenlohn bei ihrer Tagesarbeit bekommen, etwa $2:1$ sein. Sie würden

dann beim Warenkauf durchschnittlich auf die im gekauften Produkt enthaltene Arbeitsstunde einen Geldbetrag in der Höhe eines Zweistundenlohns zu zahlen haben, würden also, um das absolut notwendige Existenzminimum, in dem 4 Arbeitsstunden stecken, zu kaufen, einen Geldbetrag gleich dem Lohn von $2 \times 4 = 8$ Arbeitsstunden brauchen, behielten also bei 10 stündigem Arbeitstag dann noch einen Zweistundenlohn zur Befriedigung von Bedürfnissen jenseits der Minimumgrenze übrig. Denken wir uns hingegen das hier als 2:1 hypostasierte Grössenverhältnis des ersten zu dem zweiten Geldbetrag um das Doppelte oder gar Dreifache, also auf 4:1 oder 6:1, 8:1 erhöht, so wäre damit eine Realisierung der funktionell notwendigen Bestimmung, dass die Arbeiter mit dem Multipl. aus Stundenlohn und Stundenanzahl ihres Arbeitstags das tägliche Existenzminimum oder mehr müssen kaufen können, schlechterdings unmöglich gemacht. Unterstellt man, dass, während das bare Existenzminimum nach wie vor 4 Arbeitsstunden verkörpert, der erste Geldbetrag zu dem zweiten statt wie 2:1 sich wie 6:1 verhalte, dass also die Arbeiter beim Kauf von Bedarfswaren, auf die Arbeitsstunde der darin verkörperten Totalarbeit verrechnet, statt eines Zweistundenlohns zu zahlen hätten, so müsste der Arbeiter, um mit seinem Tagelohn nach diesem Durchschnittssatz auch nur das tägliche Existenzminimum kaufen zu können, da dieses ein Arbeitsquantum von 4 Arbeitsstunden zur Produktion erheischt, $4 \times 6 = 24$ Stunden pro Tag arbeiten, respektive er würde den Lohn von 2 12stündigen Arbeitstagen brauchen, um das Existenzminimum für 1 Tag zu kaufen. Man sieht: Indem man das Existenzminimum, zu dessen Kauf unter den jeweils gegebenen Warenpreisen der Tagelohn, als das Multipl. von Stundenlohn und Stundenanzahl des Arbeitstags, funktionell notwendig hinreichen muss, auf die Arbeitsmenge hin betrachtet, die seine Produktion in dem Prozess jeweils erheischt, ergibt sich wie für die Lage des Arbeitstags so für den Spielraum, in dem sich überhaupt nur das Grössenverhältnis jener beiden Geldbeträge bewegen kann, eine nähere funktionell notwendige Grenzbestimmung.

Damit sind aber auch indirekt die allgemeinsten funktionell notwendigen Bestimmungen hinsichtlich der Grenzen, die der Profitrate in dem Prozess gesteckt sind, eruiert. Jenes experimentierende Rasonnement, aus dem sich oben schon ergab, dass die Profitrate unmöglich als eine unbegrenzt variable Grösse in einem Prozess mit konstanter Produktivkraft der Arbeit gedacht werden kann, hatte diesen Beweis geführt, indem es auf die notwendige Korrelation zwischen Profitratenhöhe und dem Grössenverhältnis jener beiden Geldbeträge in einem solchen Prozess hinwies. Einen in seiner technischen Produktionsweise konstant verharrenden Prozess vorausgesetzt, muss eine relativ hohe Durchschnittsprofitrate in der relativen Höhe des Geldbetrags, der durchschnittlich im Preis der gekauften Waren pro Arbeitsstunde des in ihnen verkörperten Arbeitsquantums gezahlt wird (also auch des Geldbetrags, den die Arbeiter als Warenkäufer pro Arbeitsstunde der gekauften Waren zahlen) gegenüber dem Geldbetrag des Stundenlohns zum Ausdruck kommen. Mithin lässt sich jene allgemeine Grenzbestimmung, die wir für das in dem Prozess mögliche Grössenverhältnis dieser beiden Geldbeträge fanden, dass es jedenfalls nicht die dem möglichen Grössenverhältnis von Arbeitstag und Arbeitsgehalt des Existenzminimums gezogenen Schranken überschreiten darf,

zugleich eine Grenzbestimmung für den möglichen Spielraum der Profitrate in dem Prozess aussprechen. Sie darf — das ist die allgemeinste für sie geltende Schranke — in dem Prozess jedenfalls nicht ein Niveau überschreiten, bei dem das ihr in dem Prozess konnex verbundene Grössenverhältnis jener Geldbeträge jene vom Standpunkt des Gesamtprozesses funktionell notwendige Schranke überspringt.

Damit ist der Umkreis der elementarsten Bestimmungen, die sich nach der hier verfolgten, auf die apriorische Fiktion eines Arbeitswertgesetzes verzichtende Methode für den Gesamtprozess entwickeln lassen, im wesentlichen wohl durchmessen. Ein weiterer, abschliessender Artikel in einem spätern Heft dieser Zeitschrift wird zunächst zu untersuchen haben, ob und inwiefern die hier gefundenen Bestimmungen einer Modifikation unterliegen, wenn die bisher aufrecht erhaltene vereinfachende Unterstellung, die Produktionskosten lösen sich restlos in Kostpreis des vernutzten Materials und Kostpreis der zusätzlich verausgabten Arbeit, mithin der Überschuss über diese Kosten restlos in Gewinn auf, fallen gelassen wird. Dann, von der Statik des Prozesses zur Betrachtung seiner Dynamik übergehend, wird endlich nach den allgemeinsten funktionell notwendigen, im interessierten Verhalten der Veranstalter begründeten Entwicklungsgesetzen des Prozesses, insbesondere danach zu fragen sein, ob und in welcher Richtung die unter dem Konkurrenzgesetz sich vollziehende technische Entwicklung auf eine Veränderung des Grössenverhältnisses jener beiden Geldbeträge und damit auf eine Veränderung im Grössenverhältnis von Arbeitsleistung und Arbeitsentgelt tendenziell notwendig hinarbeitet.

XX
KARL LEUTHNER · PARTEITAGSNACHKLÄNGE



LICKT man als Deutschösterreicher über die Grenzen nach dem Parteilieben Deutschlands, so macht einen am meisten erstaunen, welchen Raum noch immer Fragen der Weltanschauung in der Sphäre des Politischen einnehmen. Das Ernst- und Schwernehmen dieser Dinge kann nicht einfach, wie so oft geschieht, aus dem Nationalcharakter erklärt werden. Deutsche wohnen hier so gut wie dort, die Grenze der Staaten scheidet nicht einmal Stämme, hüben wie drüben entfaltet sich die gleiche Musterkarte süd- und mitteldeutscher Dialekte. Auch in der Konfession liegt der Grund nicht. Wenn irgendwo, so gibt es in Deutschland einen Klerikalismus als eine weite Kreise bestimmende Denk- und Auffassungsform. In Österreich besitzen die Klerikalen mehr Macht und Einfluss als sonst in einem Land, die klerikale Idee ist aber ein recht kümmerliches Ding, abgesehen von den theologischen Fakultäten und Seminaren nirgends in breiten Schichten wirksam. Ich rede nicht von den Deutschböhmen und Deutschmähren, unter denen ein unkirchliches, halb protestantisches Empfinden vorwaltet: In Wien selbst, in der christlichsozialen Stadt, an dem Ort der katholischen Renaissance vermag der ultramontane Gedanke nichts. Die Leute gehen in die Kirche und ins Familienbad am *Gänsehäusel*, kommen auf fröhlichen Wallfahrten den irdischen Marieen näher als der himmlischen. Keine Spur von schroffem Konfessionalismus: *Der Protestant ist auch ein Christ*. Ein Gefühl des Gegensatzes existiert da gar nicht. Selbst der Antisemitismus blasst bis zur Unkenntlichkeit ab, eine religiöse Grundlage hatte er nie. Man legt kein Gewicht

auf die Unterscheidungslehren — selbst das Wort ist unbekannt —, schon weil man von den Lehren der eigenen Glaubensgemeinschaft wenig weiss.

Trotz alledem ist der katholische Geist mächtig und offenbart seine Stärke bei den kultischen Begehungen. Nur suche man keine römischen Grundsätze, kein römisches Weltbild. Was davon sich kundtut, entspringt meist der Streberei, hat keine Wurzeln, keinen Nachhall in den breiten Massen und ist noch weniger ein lebendiges Agens der Parteipolitik. Als im vorigen Jahr der Streit um Wahrmond, um das Prinzip der Lehrfreiheit ganz Österreich in zwei Lager zu reissen schien, wetteten zwar die Christlichsozialen gegen den Verhöhnner des Glaubens, und Liberale säuselten etwas von Freiheit der Universitäten. Bei sich aber dachten beide: Was kümmert's uns als politische Parteien, ob die Maria als Jungfrau oder anders geboren hat? Allgemein war der Überdruß an dem Ruhestörer, weit über die Grenzen dieser beiden Parteigruppen hinaus; er würde zum Ausdruck gelangt sein, hätte die akademische Jugend, die als ein tätiges Glied der klerikalen, besonders aber der nationalen Agitation einen beachtenswerten Machtfaktor bildet, nicht Lärm geschlagen. Zudem hatte ein Tscheche als erster das Wort für Wahrmond erhoben, und drei Monate später prägelten tschechische Hörer, darunter auch Anhänger Masaryks, die deutschen Studenten. Eine einigende Weltanschauung, die Knüppelschlachten in sich schliesst, kann jenseits der Begeisterungsfähigkeit der jüngsten Semester nicht viel Anklang finden. Es muss überhaupt bezweifelt werden, ob innerhalb der österreichischen Politik irgend ein *ismus* mehr als nominelle Geltung hat. Der nationale Kampf setzt täglich Tatsachen, an denen die schönsten Theorien zerschellen. Was nützt der Rassenantisemitismus den Deutschradikalen, wenn in der Hälfte der mährischen Städtchen die Vorherrschaft in der Gemeinde nur mit Hilfe der Juden zu behaupten ist, und die *arischesten* Blätter gegen eine Absonderung der Juden von den Deutschen in der Bukowina protestieren müssen? Auch der Antiklerikalismus hat für den Wahlwerber seine Vorteile, ist aber im Parlament nicht praktikabel, weil eben die stärkste deutsche Partei christlichsozial ist. Und diese stärkste deutsche Partei, Herrin von Wien und Niederösterreich, am Hof wie unter der Klerisei mächtig, hat doch ihre Judenfeindschaft, durch die sie emporgekommen ist, auf Nichtgebrauch zurücklegen müssen, weil in Wien je länger je mehr alles, was Geldwesen und Grosshandel ist, in jüdischen Händen liegt, und ihr weit ausgreifender Kommunalkapitalismus ihr die Notwendigkeit guter Beziehungen zu den in der Finanzwelt waltenden Mächten auferlegt.

Das war vor einem Menschenalter anders. Allmählich lernt man jetzt die liberale Ära der sechziger und die zentralistische der fünfziger Jahre in einen grössern historischen Zusammenhang einordnen. Der Wahnglaube der Giskra und Herbst, als ob die Deutschen Österreich von sich aus ordnen könnten, war töricht; aber ohne diese Torheit hätten sie niemals vermocht politische Probleme rein politisch zu erfassen und die Grundgesetze des modernen Staats festzulegen. Was sie liegen liessen, ist auch liegen geblieben. Wir haben zum Unterschied von Preussen eine wirklich interkonnessionelle Schule, aber keine obligatorische Zivilehe, und obwohl die durch die Unauflösbarkeit der katholischen Ehe geschaffenen Zustände immer unerträglicher werden, ist an eine Reform ernstlich gar nicht zu denken. Die blosse Vorstellung einer klerikal-slawischen Koalition schlägt im freiheitlichen Lager alle Kulturkampfgelüste

nieder. Ebenso konnte die Verstaatlichung der Verwaltung, ihre Reinigung von feudalen Mischformen, wie etwa den preussischen Gutsbezirken, nur tollen Übermütlingen gelingen, die auf den Säbelknauf gestützt sich einbildeten durch Dragonaden alle nationalen, historischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zu besiegen. Die Schwarzenberg, Bach und Bruck haben schmählich Schiffbruch gelitten, aber auf ihren organisatorischen Leistungen beruht das, was Österreich noch seine Einheit und Administrierbarkeit verleiht. Die slawischen Nationen haben eine politische Politik nie gemacht, ihre politischen Parteien galten stets nur für den Privatgebrauch. Auf der Szene des Reichs erscheint bloss die Nation. Allmählich sehen sich auch die Deutschen genötigt nach dieser Linie einzulenken. Dadurch bekommt alle Politik ein verschrobenes Wesen, bei den Wahlen nimmt innerhalb der Nationen eine Fraktion der andern mit Hilfe politischer Schlagwörter Mandate ab; sind die Wahlen vorüber, fehlt es meist sogar an der praktischen Möglichkeit — vom Wunsch ganz abgesehen — den politischen Meinungsschattierungen Ausdruck zu verleihen. Das wirkt dann allmählich auch auf die innere Entwicklung zurück. Aller politische Radikalismus, der sich im reich bewegten Leben eines so kampfreichen Landes notwendig entbindet, nimmt schliesslich nationale Färbung an, wird zur Abschattung des nationalen Radikalismus. Daher hat denn auch das allgemeine gleiche Wahlrecht alle Hoffenden betrogen. Es hat, wenigstens nach den bisherigen Wirkungen geurteilt, den chauvinistischen Furor bloss demokratisiert.

Die Abwendung von der Politik der allgemeinen Grundsätze und Anschauungen, die sich bei Wählern und Wahlwerbern instinktiv vollzieht, ist bei den Trägern des Staatsgedankens zur bewussten Übung geworden. Die Bureaucratie der Wiener Zentralämter — die Beamten in der Provinz nationalisieren sich immer mehr, werden immer unösterreichischer — und ihr journalistischer Anhang könnten nur noch von einem Komödiendichter würdig geschildert werden. Jeder solch Offiziosus der Wiener Kanzlei oder der Wiener Presse ist ein wahrer Ausverkaufsbasar von Gesinnungen. Er bietet sie nicht nach einander feil, wie etwa Streber, die sich ja auch sonst in aller Welt den wechselnden Winden in der höchsten Region anpassen müssen; er hat sie gleichzeitig, weil in Österreich beständig mit allen Winden gesegelt wird. Gilt es den streitenden Nationen zuzureden, so wird er die wirtschaftlichen Interessen der breiten Massen, den Primat der sozialen Ideen, das im Parlament verankerte demokratische Prinzip, die Notwendigkeit der Staatsautorität und die liebevolle Fürsorge für die Entfaltung aller nationalen Individualitäten in einem Atem herbeten, er wird die Kaltstellung Wahrmunds mit einem feurigen Bekenntnis zum Prinzip der freien Wissenschaft einleiten, wird die Unerlässlichkeit verstärkter Rüstungen mit der Sehnsucht nach einem arbeitsfähigen Parlament amalgamieren, das die Landesfinanzen sanieren und den Arbeitern die Alters- und Invalidenversicherung vermitteln soll. Alles, was gut und teuer ist. Warum nicht? In Wien rechnet man niemandem nach, keiner fragt, aus welchem Sack denn die Rüstungsmilliarde, der Landes- und Arbeitersegen gleichzeitig entnommen werden wird. Auch das schlägt wieder nach innen. Polizeibeamte, die dir mit Augenzwinkern andeuten, dass sie *eigentlich Sozialisten* sind, gehören ebenso zu den Alltäglichkeiten wie rote Radikale im Stil Hermann Bahrs, die sich für Aehrenthal begeistern, die sozialistische Hoffnungen mit der grossen Erwartung eines starken Österreichs zugleich er-

leben, den Streit der Nationen versöhnen, aber die Angliederung von Ländern, wo jede finanzielle Aufwendung nur den Hass der zwangvoll Verbundenen höher züchtet, als weltgeschichtliche Tat preisen, Aehrenthal auf den Spuren des Prinzen Eugen wandeln sehen und zugleich mit dem zweiten Hauptvolk Österreich-Ungarns, mit den Magyaren, einen Krieg auf Leben und Tod beginnen möchten. Über dieser Welt des ehrlichen Wahnsinns gibt es noch eine höhere der reinen Frivolität, in der alle sozialen, politischen, nationalen Wertungen nur noch als Handelsartikel der Tagespolitik erscheinen; ihre Sphäre wird immer weiter, weil sie die einzige ist, in der ein österreichischer Gewalthaber heute dauernd leben kann.

Versucht man diese flüchtigen Andeutungen weiterzudenken und die Konsequenzen, die sich aus den chaotischen Zuständen Österreichs ergeben, im Geist nachzufühlen, so wird man wohl begreifen, warum die so unerhört siegreiche deutschösterreichische Sozialdemokratie auf ihrem Reichenberger Parteitag eine so ernste Sprache führte. Schwerlich hat sich jemals eine Partei in schwierigerer Lage befunden. Äusserlich und innerlich. Denn eine Partei von dieser Stärke der Vertretung muss in die Gestaltungen des Tages machtvoll eingreifen können. Wie sollte das die österreichische Sozialdemokratie bei einem Kampf, der sich sozusagen neben ihr abspielt? Sie kann die Freischärler des Chauvinismus einmal, zweimal im Parlament ducken. Aber wenn es so viele werden — und das ist nicht viel —, dass sie ausreichen das Parlament zu zerschlagen? Dann fehlt der Abwehr der Boden. Es gibt Parteien, von Völkern und Ländern entsandt, die keine wirtschaftliche Entwicklung und darum noch keine kräftige sozialdemokratische Organisation haben, im Parlament aber durch ihr Hinzutun die Obstruktion unwiderstehlich machen können: so die Slowenen und die Ruthenen. Es gibt aber in jeder Nation, auch der industriellsten, eine grosse Zahl von Wahlkreisen, in denen auf absehbare Zeit hinaus der schroffste Nationalismus die beste Empfehlung bei den Wahlen ist. Und auch das ist noch nicht das Ganze der Sache. Im tiefsten Sinn ist das nationale Problem in Österreich überhaupt unlösbar und bleibt es auch dann, wenn man noch so peinlich genau auf dem internationalen Standpunkt ausharrt. Denn, wie dies ein Redner in Reichenberg triftig ausführte, was die Sozialdemokratie im Namen der Internationalität von den einzelnen Völkern fordert, hat mit den Leistungen, die ihnen das Zusammensein im österreichischen Staat auferlegt, wenig zu tun. Mit dem Gebot sich wechselseitig in der Selbstbestimmung und im Recht der Selbstregierung zu achten, nicht erobernd in die Grenzen des andern hinüberzugreifen ist hier wenig geholfen. Noch hat niemand von den Franzosen verlangt, sie sollten Steuern zahlen, damit die Japaner Universitäten bauen könnten, noch hat niemand sie vor die Wahl gestellt entweder Nichtfranzosen zu Richtern zu nehmen oder ihre Schulen mit dem Unterricht in einer Sprache von fast verschwindendem Verkehrswert zu belasten oder aber den Vorwurf zu hören, dass sie sprachlichen Minoritäten das Recht verweigern. In dieser Lage jedoch befinden sich die Völker, befinden sich zumal die Deutschen in Österreich. Man kann der Schwierigkeit entfliehen, und man ist ihr entflohen, indem man — wie es in Brünn bei der Aufstellung des Nationalitätenprogramms geschah — die Autonomie der Nationen als Ziel setzt. Allein das ist offenbar ein entferntes Ziel: Solange in der Staatsgewalt noch ein Tropfen Selbsterhaltungstrieb ist, wird

sie sich gegen eine Umformung des Staats wehren, bei der nur noch die auseinander-treibenden Tendenzen zum Ausdruck kämen, und so entfernte, einander so fremde Nationen wie etwa die Deutschen und Italiener einer-, die Ruthenen und Rumänen andererseits verbindungslos neben einander gestellt wären. Denn was an gemeinsamen Angelegenheiten noch zurückbliebe, wären in der Hauptsache gemeinsame Lasten; und wie über eine so unerfreuliche Materie, die gern einer dem andern zuschiebt, staatenähnliche Gebilde sich zu einigen pflegen, darüber könnte die Geschichte des Dualismus selbst die Schwärmer für ein föderalistisches Grossösterreich belehren, wenn Schwärmer eben Lehren hören wollten.

Eine ehrliche Autonomie werden die Habsburger ihren Völkern erst dann gewähren, wenn sie zur Liquidation gezwungen sind. Das liegt aber noch in weitem Feld. Kein Wunder daher, dass besonders von den tschechischen Genossen der Wunsch geäußert wurde ein gemeinsames nationales Programm zu schaffen, das dem Tag und der Gegenwart dienen und bei konkreten Streitfällen eine Regel der Entscheidung an die Hand geben könnte. Indes, was heischt dieser Wunsch? Wenn man schon mit der Formel, dass nun eben Österreich leider existiere, und man sich auf seinem Boden irgendwie einrichten müsse, das Bedenken ein Programm zum friedlichen Nebeneinanderleben der Völker in Österreich, das heisst doch zur Erhaltung der österreichischen Monarchie, zu entwerfen in Weisheit und Selbstüberwindung besiegen mag, so bleibt doch die Tatsache, dass eine Norm in den Streitfällen aus den sozialdemokratischen Grundsätzen nicht zu schöpfen ist. Wollte man nach diesen verfahren, so müsste man die historisch-politischen Individualitäten der Länder, die die Nationen durcheinanderquirlen (und wohl noch mehr) beseitigen. Da dies nun unmöglich ist, so wird es im gegebenen Fall immer von den durch die Volkszugehörigkeit bestimmten Meinungen und Neigungen abhängen, welchen Wert man einmal der Kontinuität der Kulturentwicklung an ihren historischen Pflegstätten, das andere Mal dem Recht der Minoritäten zuweist, bei welchem Grad und welcher Art der Volksmischung man das Vorhandensein vollberechtigter Minoritäten anerkennt, zumal schon in einer grossen Zahl der Fälle — besonders in wirtschaftlich schwächeren Gemeinden — die Berücksichtigung fluktuierender Minderheiten nur durch Herabdrückung der Kulturleistungen und des Kulturniveaus des Ganzen möglich ist. Nun hat jedoch schon ein Redner in Reichenberg bemerkt, dass die konkreten Streitfälle niemals von uns geschaffen werden, auch nicht in ihrer nackten Wirklichkeit uns entgegentreten sondern aus dem Streit der nationalen Parteien und umgeben von dem Dunstkreis des Hasses und des Irrtum. Und ein tschechisches sozialdemokratisches Organ führte kürzlich treffend aus, dass alle technischen Lösungen darum keine sind, weil so grosse Völker und Volksteile nicht aufhören können, wo sie einander mit Forderungen entgegentreten, sie als Machtfragen zu empfinden. Was man Hass und Hader der österreichischen Völker nennt, ist eben zum guten Teil die unabwendbare Folge ihrer gezwungenen Vereinigung in einem naturwidrigen Staatsgebilde.

So lässt es sich sehr wohl erklären, dass die Diskussion in Reichenberg sich darauf beschränkte die chauvinistischen Übertreibungen und die geschäftsmässige Ausnutzung des österreichischen Elends durch ein radikales Demagogentum abzuweisen, dass aber die Frage selbst weiteren Vorberatungen über-

lassen wurde. Das selbe hatte ja vorher auch der tschechische Parteitag getan, trotz einer alle Details ergreifenden Debatte, die bei dem gemässigten Flügel dem Einwand begegnete, man könne den deutschen Genossen nicht ein Programm zumuten, das den nationalen Furor gegen sie entfesseln würde. Dabei haben es die tschechischen Sozialdemokraten verhältnismässig leichter nationale Forderungen zu übernehmen, indem sie diese im Sinn der in deutsche Städte einwandernden tschechischen Arbeiter sozial motivieren. Den Deutschen ist dieser Ausweg genommen. Um so stärker fühlen sie die Unbefriedigung, die unausgesprochen durch die Massen schleicht. Denn ausschweifend waren die Hoffnungen, die sich an die Eroberung des Wahlrechts und an den grossen Wahlsieg knüpften, und das zur Untätigkeit verurteilte Haus versagt die kleinste Freude. Es ist nicht jedermanns Sache die ewigen Schwankungen, die unendliche Kompliziertheit des politischen Lebens zu überschauen. Es ist sehr schwer zu erkennen und erkennend zu fühlen, dass eine Partei, die früher durch Anwendung der stärksten Mittel grosse Erfolge errungen hat, jetzt mit der gleichen Taktik nur den Wünschen derer entgegenkäme, die das Parlament zerstören wollen. Und es ist im ganzen für die Sozialdemokratie die denkbar unbequemste Situation im Abgeordnetenhaus eine Politik der Erhaltung treiben, dadurch auch mit erhalten zu müssen, was sie zu stürzen wünscht: die eben waltende talent- und hilflose Regierung. In der rückhaltlosen Erörterung dieser Schwierigkeit beruht der Wert der bemerkenswerten Reichenberger Debatten, und man wird dem Parteitag zustimmen müssen, wenn er in einer möglichst intensiven agitatorischen Arbeit das Mittel sieht den Geist in den eigenen Reihen aufrecht zu erhalten. Nur, dass auch hierfür die Bedingungen lange nicht so günstig sind wie in irgend einem andern Land. Denn auch das weiseste und feurigste Wort verhallt rasch vor Menschen, deren Phantasie noch von der Erinnerung an heisse Kämpfe und stürmische Taten glüht, und — das Wort braucht ein Echo. Keine Partei lebt in luftleerem Raum, keine ist eine Welt für sich, die Wechselwirkungen mit der Umgebung bestimmen jede bis in ihr Innerstes. Eine prinzipielle Agitation mag, wenn sie den Nachhall des Hasses findet, propagandistischen, ja demonstrativen Wert haben. Allein in Österreich läuft jeder, der von anderen als den brennenden nationalen Fragen redet, Gefahr das fatale Lob der Harmlosigkeit zu gewinnen, bei Ministern und Sektionschefs als staats-erhaltendes Element zu gelten, wenn er die soziale Revolution statt der tschechischen Privatschule in Unterthemtau erörtert.

Das ist der Wahnsinn in den österreichischen Dingen, denen mit Doktrinen nicht beizukommen ist. Es war sehr nützlich, dass das österreichische Elend in Reichenberg einmal in Klage und Anklage so unverhüllt zum Vorschein kam. Allzulange hat man neidend nach Österreich herübergeblickt, als gedeihe hier ein leichtes und leicht fertiges Glück, wo in Wahrheit jedes Kleine und Kleinste einem Chaos von Widrigkeiten durch harte, ja ekelhafte Arbeit entrissen werden musste. Auch der deutschen Sozialdemokratie ist nichts von einem gütigen Gott geschenkt worden; aber wenn sie im Schweiss ihres Angesichts ackerte und pflügte, so wusste sie immer, wo und warum, und Wetter und Sonnenschein liess die Saaten spriessen. So kündigt ihr die übermütige Torheit der Konservativen und die verblendete Machtgier des Zentrums in naher Zukunft grosse Triumphe an. Wohl steht ihr der mächtigste, best-

gefügte Staat gegenüber, den die neue Geschichte kennt, wohl hat die wirtschaftliche Organisation der Kapitalisten eine Geschlossenheit wie nirgends sonst in Europa, und der Arbeiter mag darum die sozialen Gegensätze besonders scharf empfinden. Allein organisatorisch und agitatorisch wird die Partei hierdurch mindestens ebenso sehr gefördert wie gehemmt. Ein ausserordentliches Zusammentreffen von Umständen, das sich so in aller Welt nicht wiederholt, begünstigt sie zumal: die rasche Steigerung der Volkszahl, die schnelle Entwicklung des Industrialismus, darum auch die gewaltige Anhäufung der Massenheere der Demokratie in den Städten, und dabei ein Zustand des Staats, der alle demokratischen Ideen, Ideale, Hoffnungen, alle Aktionsmittel des Radikalismus in dem Zustand der Frische und Unverbrauchtheit zu benutzen gestattet, den sie in anderen Ländern nur in den Anfangszeiten der Demokratie hatten, als der städtische Demos noch fehlte. Für den reichsdeutschen Politiker ist die Rechnung einfach: Adel, Geistlichkeit, Kapital sind die sichtbaren Gegner, für die Missstände im Staat trägt die Bureaukratie in ihrer Machtfülle die Verantwortung, die Schwäche des Reichstags liefert kein Argument gegen seine Grundlage, das allgemeine und gleiche Wahlrecht, weil die halbkonstitutionelle Form der Regierung und der Einfluss des preussischen Dreiklassenlandtags Entschuldigungen in Überfluss darbieten. Der Chauvinismus wird in seiner Ansteckungskraft durch den ihm anhaftenden Hohenzollernkult und den sich ihm vermählenden Geschäftspatriotismus geschwächt, die volkstümliche Armee- und Flottenbegeisterung, so mächtig in Frankreich und England, wird nach unten hin durch den Schein dynastischer Zweckbestimmung der auswärtigen Politik und durch ihre zugespitzte persönliche Form eingedämmt. Den Anklagen gegen den Kastenhochmut der Beamten und die Begünstigung der Korpsfreunde antwortet hier nicht der Hohn über die 15 000 Francs-Männer, die den besten Teil ihrer Tätigkeit im Kabinett der Minister verrichten, als Ordens-, Lieferungs- und Befreiungsvermittler ihrer *Hauptwähler*.

Der unverkennbare Niedergang des Parlamentarismus konnte, obwohl auch Deutschland von ihm nicht unberührt geblieben ist, unter den gegebenen Verhältnissen die gefährliche Skepsis nicht erzeugen, die sich in allen romanischen Ländern gegen die demokratischen Formen kehrt, und die jetzt auch in Österreich merkbar wird, hier aber mit doppelter Gefahr. Denn hier gibt es die Fäule vor der Reife. Noch haben wir, obwohl der geschwächten Bureaukratie nach tausend Niederlagen im nationalen und sozialen Krieg eine modernere Praxis abgerungen wurde, noch haben wir keine durchgeführte, in den Gesetzen fundierte Demokratie sondern nur verprügelte Gewalthaber, die sich ducken und, um weiteren Prügeln zu entgehen, einsteuilen und für die schlimme Zeit konstitutionelle Manieren annehmen. Und dabei herrscht doch zugleich die vollkommenste und entwickeltste Korruption aller parlamentarischen und autonomen Institutionen. Neben die noch nicht unterdrückte, noch in allen abgelegenen Verwaltungsdistrikten fortwuchernde Willkür der Kanzleien tritt die schamlose Zügellosigkeit von Volksvertretern, deren Immunität zu einer Gefahr für die Sicherheit der Ehre, deren persönliches Dreinmischen in alles und jedes zu einem Hemmnis der Verwaltung und Justiz zu werden droht. Gewiss ist es nicht schwer die Schuld der Chauvinisten und der unfähigen Minister festzustellen; aber das völlige Versagen des Reichsrats macht

es nun schon nötig alle guten Gründe für den Beweis herbeizuholen, dass trotz aller Enttäuschung das allgemeine und gleiche Wahlrecht einen unverlierbaren Wert bedeutet. Es fällt sicherlich auch nicht schwer die Misswirtschaft städtischer Cliques aufzuzeigen; aber dass durchweg in Österreich die autonomen Verwaltungskörper in Stadt und Land an Willkür, Frechheit, Korruption und dreistem Unrecht die staatlichen Behörden überbieten, und schliesslich die Ministerien immer wieder zur Zuflucht vor dem Übermut der Magistrate und Landesausschüsse werden, kann dem Kampf für autonome Gestaltungen der Demokratie unmöglich förderlich sein.

Endlich ist aller Radikalismus im politischen Kampf diskreditiert. Man kann sagen: Der radikale Inhalt entscheidet, nicht die radikale Form. Gleichwohl ist und bleibt es die Form, die auf die Phantasie der Massen unmittelbar wirkt. Schärfe der Opposition? Die schroffste erscheint mild neben dem Vandalismus, der in wildem Hass gegen das Zentralparlament und in völliger Gleichgültigkeit gegen den fremden, unnationalen Staat zu dem Gewaltmittel der Obstruktion greift. Heftigkeit der Anklage? Jeder österreichische Parlamentarier schimpft mit nicht zu überbietender Unflätigkeit, und es gibt solche, die beröhmt wurden, weil sie keine Rede ausser im Fuselrausch hielten, der ihnen gestattete gegen das Kaiserhaus Anklagen zu erheben, die, wenn sie selbst wahr wären, ein nüchterner Mensch aus Reinlichkeitsbedürfnis unterliesse; und der fuselhaltigste dieser Schimpfer ist doch wieder bei Hof in Gnaden aufgenommen. Demonstrationen? Täglich, buchstäblich täglich führt sie mit allem Zubehör von Rauferei mit Polizei, Fenstereinschlagen usw. die nationale Jungmannschaft auf. Ja, selbst die *Umsturzidee* als Inhalt verliert ihre Sensation, wenn die Führer der zweitgrössten Nation in der Stunde der Kriegsgefahr den Gegner mit *Hoch Serbien!* begrüßen, und ministrable Herren, Bürgermeister von Provinzhauptstädten und künftige Geheimräte, in den panslawistischen Konzern treten. Es ist eine Ironie des Schicksals, dass diejenige Sozialdemokratie, die besonders energisch die Mittel und Waffen der Demokratie verwertet hat, ihre Sache weiterführen muss, während der ganze traditionelle Schatz bürgerlich-demokratischer Ideen, Methoden und Ideale, dem wir so viel verdanken, von Rost und Motten zerfressen wird.

XX

GEORG GRADNAUER · DIE SÄCHSISCHEN WAHLEN UND DIE REICHSPOLITIK

FÜR die gesamte Reichspolitik, nicht nur für den einzelnen Bundesstaat, sind die auf den 21. Oktober anberaumten sächsischen Landtagswahlen von Bedeutung. Zunächst ist bei diesen Wahlen — und insofern kommt das gleiche Interesse den an dem selben Tag stattfindenden Wahlen in Baden zu — für einen stattlichen Teil der Bevölkerung Deutschlands die erste Gelegenheit gegeben über die reichspolitischen Geschehnisse der letzten Zeiten durch den Stimmzettel das Urteil zu fällen. Es ist ganz selbstverständlich, dass die erregenden Ereignisse im Reich, der Zusammenbruch der Bülow'schen Blockpolitik und die Belastung des Volks mit der neuen schweren Steuerbürde, im sächsischen Wahlkampf eine hervorragende Rolle spielten. Wenigstens liess es die sozialdemokratische Partei nicht an sich fehlen diese Fragen gründlich in den Flugschriften und Wahl-

versammlungen zu behandeln. Die bürgerlichen Parteien freilich versuchten umgekehrt nach Möglichkeit die Reichsangelegenheiten aus der Wahlagitation auszuschalten, da sie vermuteten, dass für sie von der Erörterung dieser Fragen wenig Gutes zu erwarten wäre. Aus den bürgerlichen Zeitungen und aus den Reden der konservativen und nationalliberalen Kandidaten klang oft das wehmütige Geständnis, dass die Zeiten nicht günstige seien, und dass auch die *nationalen Kreise* verstimmt seien. Aber, so sagte man dann gern, die Reichsangelegenheiten haben nichts mit unseren sächsischen Wahlen zu tun, und nur das Verhetzungsbedürfnis der Sozialdemokratie trägt diese fremden Gegenstände künstlich in die Agitation hinein. Es liegt auf der Hand, dass ein solches Raisonement völlig aussichtslos sein musste. Nicht nur, weil die Landesparteien nur Abteilungen der Reichsparteien sind, sondern vor allem auch darum, weil gerade bei den letzten Reichsgeschehnissen die Wechselwirkungen zwischen Reichspolitik und Bundesstaatenpolitik besonders eindringlich in die Erscheinung getreten sind.

Es mag daran erinnert werden, dass gerade die sächsische Regierung stets aufs eifrigste die Ausbildung des indirekten Steuersystems im Reich und die Bewahrung der direkten Steuern für die Bundesstaaten befürwortet hat. Als beispielsweise am 6. Februar 1908, zu einer Zeit, da die neuen Steuervorlagen vom Schatzsekretär von Stengel vorbereitet wurden, die sächsische Regierung in der zweiten Kammer des Landtags um Auskunft über ihre Stellung zu der Finanzlage im Reich interpelliert wurde, erklärte der Finanzminister Dr. Rüger, dass die sächsische Regierung es nach wie vor für vollständig unmöglich erachte, dass direkte Steuern zu gunsten des Reichs eingeführt werden könnten. Mit unbeugsamer Energie, sagte der Minister weiter, werde die Regierung sich allen Plänen entgegenstellen, die auf eine Reichseinkommens- und Vermögensteuer hinauslaufen. Die Besteuerung der Genussmittel des Massenverbrauchs dagegen sei »ganz unzureichend«. In dieser Stellungnahme wurde aber die Regierung in weitestem Umfang von den Konservativen und im wesentlichen auch von den Nationalliberalen bestärkt. Ehe noch der agrarische Stürmer von Oldenburg-Januschau und der konservative Führer von Heydebrand das Bekenntnis ablegten, dass das Portemonnaie der Besitzenden nicht dem Reichstag des allgemeinen gleichen Wahlrechts ausgeliefert werden dürfe, dass es vielmehr der sichern Obhut der Landtage anvertraut bleiben müsse, haben diesem Bekenntnis entsprechend die sächsische Regierung und die sächsischen Landtagsparteien gehandelt.

So zeigt sich aufs deutlichste, wie sehr sowohl die sächsische Regierung als auch die bisher allein herrschenden Landtagsparteien als Mitbeteiligte an den Vorgängen der Reichspolitik in Anspruch genommen werden müssen. So wird denn diese Landtagswahl Zeugnis ablegen, in welchem Mass die Ereignisse der neuesten Reichspolitik auf die Bevölkerung zurückgewirkt haben. Der nationale Rausch der Reichstagswahlen von 1907 ist wohl gründlich verfliegen, und der kümmerliche Besuch der von den bürgerlichen Parteien veranstalteten Versammlungen deutet darauf, dass die Verärgerung auch in *gutgesinnten Kreisen* einen sehr hohen Grad angenommen hat. Der Ausfall der Reichstagnachwahl in Stollberg-Schneeberg lässt die bürgerlichen Parteien Schlimmes befürchten.

Die sächsischen Wahlen haben noch in einem andern Sinn ihre Tragweite

über die sächsische Grenze hinaus. Es ist das erstmal, dass im Deutschen Reich das Pluralwahlssystem zur Anwendung gelangt. Sachsen ist seit 1896 das Probierland für reaktionäre Wahlssysteme geworden. Das damals in plötzlicher Uerrumpelung der Bevölkerung auferlegte Dreiklassenwahlssystem (mit geheimer und indirekter Wahl) sollte ja einesteils die sozialdemokratische Vertretung aus der Kammer beseitigen, sollte aber andernteils vor allem auch die sozialdemokratische Agitation bei den Landtagswahlen, wenn sie Mandatsgewinn nicht mehr bringen könne, einschläfern und so die Sozialdemokratie überhaupt schwächen. Erreicht wurde nur das eine Ziel: die Verdrängung der Abgeordneten aus der Kammer; aber die Kraft der Sozialdemokratie wurde nicht gebrochen sondern durch die Ungerechtigkeiten des Wahlsystems weiter verstärkt. Unsere fortdauernde Beteiligung an den Wahlen trotz der schwierigsten Verhältnisse hat das Dreiklassenwahlssystem, das seine Urheber für lange Zeiten errichtet glaubten, nach wenigen Jahren schon erschüttert und unmöglich gemacht. Die Regierung sah sich bereits seit 1903 zu einer neuen Wahlrechtsrevision gezwungen, aber weder sie noch die im Landtag schaltenden Parteien dachten daran das allgemeine gleiche Wahlrecht zu bewilligen, sie wollten lediglich versuchen ein Wahlssystem zu schaffen, das wieder »mehr Ruhe und Zufriedenheit und Freude an den Einrichtungen des Staats«, wie der verstorbene Minister Graf Hohental sagte, herbeizuführen geeignet wäre. Um dieses Zwecks willen wollten sie ein gewisses Kontingent von Arbeitervertretern als unvermeidlich in die Kammer eintreten lassen; aber nur ein geringes, sehr geringes: die *Überflutung* der Kammer durch Vertreter der Sozialdemokratie sollte in jedem Fall verhütet werden. Das Pluralwahlssystem, das schliesslich nach unendlichem Gezänk unter den bürgerlichen Parteien zu stande kam, soll nun diese Zwecke erfüllen. Die erste Wahl unter dem neuen System wird schon erweisen, ob und inwieweit die Wünsche der Herrschenden etwa in Erfüllung gehen können. Jedenfalls dürfen wir bereits heute erklären, dass die Aufgabe mehr Ruhe, Zufriedenheit und Freude zu verbreiten durch das neue System in gar keiner Weise gelöst werden wird. Im Gegenteil, es ist offenbar, dass das neue Pluralwahlrecht mit seiner Einteilung der Wähler in Einstimmige bis zu Vierstimmigen allenthalben in der Bevölkerung Verdruss und Ärgernis bereitet. Die erste Wahl unter dem neuen System dürfte wiederum schon den Anfang vom Ende dieses Systems bedeuten.

Die Gestaltung der sächsischen Wahlrechtsfrage muss aber auf die preussische Wahlrechtsfrage zurückwirken, die wiederum eine Reichsfrage ersten Ranges ist. Auf die Wirkungen, die die neue sächsische Wahlrechtskur ausübt, wartet man mit Spannung auch in Preussen, wo die Umgestaltung des Dreiklassenwahlsystems ebenfalls von der Regierung angekündigt ist und trotz aller Verzögerungsversuche des neuen Regimes, trotz allen heftigsten Sträubens der Konservativen unvermeidlich und unausbleiblich geworden ist. Die Erfahrungen bei der sächsischen Wahl müssen auf Preussen und auf die künftigen bedeutsamen Wahlrechtskämpfe im führenden Bundesstaat im stärksten Mass hinüberwirken. Wenn es in Sachsen gelingt — und wir hoffen das mit aller Zuversicht — bei der jetzigen Wahl eine gewaltige Kundgebung der Erbitterung gegen das neue Wahlrecht herbeizuführen, dann dürfte damit auch der weitere preussische Wahlrechtskampf

sehr günstig beeinflusst werden. Der Wahlkampf in Sachsen wird in dem Bewusstsein geführt, dass es nicht allein um eine engere Landessache geht, sondern dass es gilt an der Befreiung Preussens vom Dreiklassensystem und des Reichs von der konservativ-klerikalen Übermacht zu wirken.

Durch diese Ausführungen möchte ich aber keinesfalls den Anschein erwecken, als unterschätzte unsere Partei die Wichtigkeit der Aufgaben, die der sächsischen Landesgesetzgebung selbst unterstellt sind. Vielmehr werden die mannigfaltigen und bedeutsamen Angelegenheiten, die dem Landtag zustehen, ausgiebig von unseren Parteigenossen in den eigenen Versammlungen und beim Zusammentreffen mit gegnerischen Kandidaten behandelt. Ich habe nicht die Absicht hier auf diese Fragen der Landesgesetzgebung einzugehen. Nur eine Angelegenheit, die wiederum von besonderer und allgemein deutscher Bedeutung erscheint, sei mit einigen Worten berührt: die *Volksschulreform*. Wir dürfen mit Genugtuung verzeichnen, dass ein stattlicher Teil der sächsischen Lehrerschaft seit mehreren Jahren recht lebendig für Reformen im Volksschulwesen streitet, die unsere Partei seit jeher vertreten hat. Die Lehrer haben in ihren *Zwickauer Thesen* die Neugestaltung des Religionsunterrichts gefordert. Anstatt des dogmatischen Unterrichts soll ein Religionsunterricht eingeführt werden, der im wesentlichen Geschichtsunterricht ist; der Katechismus Luthers soll nicht mehr Grundlage der religiösen Jugendunterweisung sein sondern nur noch als religionsgeschichtliche Urkunde gewürdigt werden; der gesamte Religionsunterricht soll im Einklang mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung stehen. Der Vorstand des sächsischen Lehrerverbands befürwortet ferner die Einführung der allgemeinen Einheitsschule, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, die Beschränkung der Schülerzahl einer Klasse auf höchstens 35 usw. Wenn die Forderungen der Lehrer für den Religionsunterricht im einzelnen wohl noch mancherlei Entgegenkommen an überholte Anschauungen zeigen, so mag doch nicht übersehen werden, dass die Lehrerschaft unter der Fuchtel des Staats und der Kirche steht und bei Gefahr des Existenzverlusts nicht alles frei bekunden kann, was sie denkt. Im vorigen Landtag haben die Liberalen, von der Lehrerbewegung gedrängt, die Forderung nach einem neuen Volksschulgesetz an die Regierung gestellt. Aber, wenn schon die Liberalen die Lehrerforderungen weiter ganz bedeutend verwässerten, so war das Ergebnis der Landtagsberatungen gleich null, da weder die Regierung noch die Konservativen von der Orthodoxie und von den veralteten Unterrichtsplänen und Einrichtungen in der Volksschule etwas abzulassen gewillt sind. Sie sträuben sich auch deshalb gegen die Schulreform, weil diese nicht durchgeführt werden kann, ohne dass der Staat, besonders für die ärmeren Gemeinden, grössere finanzielle Mittel bereit stellt. Die Frage der Volksschule wird den neuen Landtag erheblich beschäftigen, und die Gestaltung des neuen Gesetzes wird nicht wenig davon abhängen, ob es gelingt der Arbeiterklasse, um deren Kinder Wohl es sich handelt, einen grössern Einfluss in der Landesvertretung zu schaffen. Wiederum aber würde die Modernisierung der Volksschule in Sachsen auch nicht ohne Einfluss auf die Entwicklung des Schulwesens im übrigen Norddeutschland bleiben können.

Freilich, ob es gelingen mag eine einigermaßen beträchtliche Vertretung in der zweiten Kammer bei diesen Wahlen zu erreichen? Es ist noch am Wahltag

selbst gänzlich unmöglich irgend eine Vorhersage zu versuchen. So wahrscheinlich es ist, dass unsere Partei eine gewaltige Stimmenzahl auf sich vereinigen wird, so ungewiss ist es, wie das schikanöse Wahlsystem auf die Verteilung der Mandate wirken wird. In der weitaus grössten Zahl der Wahlkreise wird die Mehrheit der unbemittelten Wähler durch die Minderheit der Besitzenden und der sogenannten *Mittelständler* infolge der Stimmenhäufung überwältigt werden. Nur in den Wahlkreisen, die besonders dicht mit proletarischen Arbeiterorten besetzt sind, und in denen nur verhältnismässig wenig 3- und 4-stimmige Wähler vorhanden sind, ist Aussicht auf Mandatserfolg gegeben. Ob dabei 5 oder 10 oder, wie die Gegner ängstlich prophezeien, 15 und noch mehr Mandate für die Sozialdemokratie herauskommen, das ist bei der völligen Neuheit des Wahlverfahrens durchaus unberechenbar. Wir möchten dringend hoffen, dass auch der Mandatserfolg nicht ausbleibt, damit eine neue Vertretung im Landtag die Interessen der arbeitenden Klassen wieder mit Nachdruck zu schützen und zu fördern im stande ist. Und in jedem Fall dürfen wir erwarten, dass durch ein machtvolles Aufgebot von sozialdemokratischen Wählern der schlimmen Politik im Reich und im Bundesstaat Sachsen das gebührende Urteil gesprochen wird.

XX

THEODOR LEIPART · NEUE FORMEN UND METHODEN IM LOHNKAMPF



ZWAR ist die schwere Wirtschaftskrise, die, abgesehen von ihren sonstigen üblen Begleiterscheinungen, die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Lohnbewegung sehr beschränkt und teilweise gänzlich lahmgelegt hat, noch nicht überwunden, und doch ist seit geraumer Zeit bereits die öffentliche Aufmerksamkeit auf die dunklen Wetterwolken hingelenkt, die zu Anfang des kommenden Jahres die Ruhe im Baugewerbe und in einigen anderen Berufen wieder zu stören drohen. Ein Vergleich mit früheren Krisenzeiten zeigt eine sehr augenfällige Veränderung der Situation, in der unsere Gewerkschaften sich befinden. Ehemals würde in solcher Zeit wie der gegenwärtigen kaum jemand ernstlich an eine umfangreiche Lohnbewegung gedacht haben, heute dagegen sehen wir die Maler, Zimmerer, Maurer, Holzarbeiter und andere teils schon mitten in der Lohnbewegung teils ernsthaft rüsten und auf die bevorstehenden Kämpfe sich vorbereiten.

Im Malergewerbe laufen sämtliche Tarifverträge gemäss der Bestimmung des für ganz Deutschland geltenden Normaltarifs mit Ende dieses Jahres ab. Mehr als 200 Orte kommen für diese Tarifbewegung in betracht. In allen diesen Städten beraten jetzt die Maler über die Forderungen, deren Erfüllung der neue Tarifabschluss ihnen bringen soll. Einen nicht ganz so zentralen Charakter tragen die Tarifverträge im eigentlichen Baugewerbe, bei den Maurern und Zimmerern. Die Mehrzahl ihrer Arbeitsverträge sind Ortstarife, die aber auch aus zentralen Verhandlungen hervorgegangen sind und einen gemeinsamen Ablauftermin haben, zumeist auch nach einem einheitlichen Vertragsmuster abgeschlossen wurden. Fast 90 % aller im Baugewerbe bestehenden Verträge gehen im nächsten Jahr zu Ende, die umfangreichsten Ende März. Eine Bestimmung des Vertragsmusters besagt, dass 4 Monate vor Ab-

lauf der Verträge die Verhandlungen über deren Fortsetzung oder Erneuerung beginnen sollen. Zu diesen Verhandlungen hat der *Arbeitgeberbund für das Baugewerbe* die Vorstände der Bauarbeiterverbände bereits eingeladen, und zwar verlangt der Vorstand des Bundes zunächst die Vereinbarung eines neuen Vertragsmusters. Die Bauarbeiter befürchten, und wohl nicht ohne Grund, dass das jetzt geltende Muster zu ihren Ungunsten abgeändert werden soll. Die Arbeitgeber im Baugewerbe beschäftigten sich bereits das ganze Jahr in Sitzungen und Versammlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit den Massnahmen, die sie zur Durchführung ihrer Pläne zu treffen gedenken. Ebenso betreiben natürlich auch die Verbände der Bauarbeiter die nötige Rüstung für die grosse Bewegung, in die sie im Frühjahr werden eintreten müssen.

Ähnlich, aber doch auch wieder anders, liegen die Verhältnisse im Holzgewerbe. Auch hier haben die Arbeitgeber durch ihre Organisation in den letzten Jahren systematisch darauf hingearbeitet, dass alle Tarifverträge am gleichen Tag ablaufen. Gelingen ist ihnen das allerdings nicht, weil ihre Versuche an dem Widerstand des Holzarbeiterverbandes scheiterten. Im Holzgewerbe gibt es zurzeit 3 grössere Gruppen von Tarifverträgen, die je im Februar 1910, 1911 und 1912 zum Ablauf gebracht werden können. Die erste Gruppe bilden die im Jahre 1907 nach der grossen Aussperrung abgeschlossenen Verträge, deren Kündigungstermin jetzt im November bevorsteht, also auch täglich näher rückt.

So ist schon jetzt durch die Tarifverträge, obgleich deren Entwicklung in den genannten Gewerben noch sehr jung ist, eine grosse Wandlung in der Lohnbewegung und damit auch in der Taktik der Gewerkschaften eingetreten. Mancher von denen, die ehemals auf die Buchdrucker wegen deren Stellung zur Tarifgemeinschaft Steine warfen, gehört jetzt längst zu den Freunden der Tarifverträge, wenngleich in den Mitgliederkreisen vieler Gewerkschaften noch eine weitverbreitete Gegnerschaft gegen solche Verträge überhaupt, namentlich aber gegen einen einheitlichen Reichstarif für alle Städte vorhanden ist. Das ist zu verstehen. Denn mit nur wenigen Ausnahmen sind die bestehenden Tarifverträge noch ausserordentlich mangelhaft. Zumeist in der aus dem Kampf geborenen, gereizten Stimmung zu Papier gebracht, sind ihre Bestimmungen oft nicht genügend klar und unzweideutig; in vielen aus der Praxis sich täglich ergebenden Streitfällen versagen sie noch ganz. Dazu kommt, dass namentlich auf der Seite der Arbeitgeber oft versucht wird den Vertrag zu umgehen, und dass dort auch der gute Wille fehlt im Streitfall eine Vertragsbestimmung nach Treu und Glauben auszulegen. In dieser Hinsicht hat man in der jetzigen Krisenzeit, die ein solches Verhalten tarifuntreuer Unternehmer natürlich begünstigte, manches erlebt; ich erinnere nur an das Beispiel der Tischlermeister in Berlin, die die laut Vertrag im Februar dieses Jahres eintretende Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 1 Stunde in Form einer — Vesperpause von täglich 10 Minuten durchführen wollten. Aber die Mängel, die wir jetzt noch so zahlreich empfinden, sind nicht im Wesen der Tarifverträge begründet sondern durch deren noch ganz unvollkommene Entwicklung verschuldet. Jedenfalls liegt auch nach den nunmehr gemachten Erfahrungen kein Grund vor gegen die Tarifverträge an sich vorzugehen. Von einem Reichstarif kann allerdings vorerst wohl nur

in denjenigen Gewerben die Rede sein, in denen die Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Städte und Bezirke keine allzu grossen Unterschiede aufweisen; in den übrigen Berufen werden diese zunächst dadurch möglichst ausgeglichen werden müssen, dass die rückständigen Verhältnisse erst aufge bessert werden. Und gerade hierzu können die Tarifverträge als Mittel dienen.

Ohne Zweifel waren unsere früheren Kampfmethoden bequemer, damals, als die Arbeiter noch allein das Kampffeld bestimmen und auch den Zeitpunkt des Angriffs allein auswählen konnten, während heute die Arbeitgeberverbände hierin ein kräftiges Wort mitreden. Aber die Arbeiter haben auch in jener Zeit ihren Wünschen schon Beschränkungen auferlegen müssen. Viel früher als die Erstarkung der Unternehmerverbände es erfordert hätte ist in den einzelnen Gewerkschaften schon die Entscheidung über Genehmigung oder Ablehnung eines Streiks den Zentralvorständen übertragen worden, weil die immer grösser werdende Ausdehnung der Lohnbewegung dazu nötigte mit Rücksicht auf die für die Unterstützung der Streiks erforderlichen finanziellen Mittel eine planmässige Ordnung und Einteilung stattfinden zu lassen. Wie es bei uns im Holzarbeiterverband war, wird es auch in anderen Gewerkschaften gewesen sein: Der Vorstand konnte nicht alle Streikgesuche nach den Wünschen der Mitglieder genehmigen sondern musste diese sehr oft auf spätere Zeit vertrösten. Es ist daher auch ganz unrichtig, wenn heute vielfach die Beschränkung unserer Bewegungsmöglichkeiten lediglich als eine Folge der Arbeitgeberorganisationen und der Tarifverträge betrachtet wird, und aus der Erstarkung der Unternehmerverbände Schlüsse auf die *Ohnmacht* der Gewerkschaften gezogen werden. Die Dinge liegen durchaus nicht so, und man sollte nicht so schnell vergessen, dass wir uns in unseren Organisationen auch vorher schon nach der Decke strecken mussten..

Dass aber die Tarifverträge es den Arbeitern erleichtert, vielfach sogar erst ermöglicht haben wirklich dauernde Fortschritte in der Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu machen, dafür liegen Beweise deutlich genug vor. Man betrachte nur die *Erfolge* der Streiks in der Vergangenheit, die gewöhnlich nur Momenterfolge waren, so dass oft genug in den folgenden Jahren zum zweiten oder gar dritten Mal um die alten Forderungen wieder gestreikt werden musste. In den Grosstädten lag die Sache wohl nicht ganz so ungünstig. Heute aber haben sich diese Verhältnisse mit Hilfe der Tarifverträge auch in den kleinen Städten, selbst in den mit einer ständig fluktuierenden Arbeiterschaft, dermassen gebessert, dass mit jeder neuen Lohnbewegung auch wirklich ein Schritt vorwärts gemacht wird. Natürlich ist eine starke Organisation die Vorbedingung für die Durchführung sowohl wie für die Aufrechterhaltung der vertraglichen Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen. Aber eine momentane örtliche Schwächung der Gewerkschaft gefährdet die Errungenschaften nicht mehr so wie früher, weil der Verband als Ganzes schützend hinter dem Tarifvertrag steht. Andererseits brauchen wir auch das Interesse der Arbeitgeber an den Tarifverträgen nicht zu verkennen. Sicherlich haben sie ihren frühern Standpunkt mit den Gewerkschaften nicht zu verhandeln nur aufgegeben und sich zu den Tarifverträgen nur bekehrt, weil sie darin die Möglichkeit sahen ihre Arbeiter eine gewisse Zeit hindurch zu binden und dadurch sich vor der Gefahr einer plötzlichen Stilllegung ihrer Betriebe zu schützen. In der Regel wird aus den gleichen Erwägungen jede

Arbeitgeberorganisation auch für die Aufrechterhaltung eines abgeschlossenen Vertrags wirken, schon um den Arbeitern keine Gelegenheit zu bieten sich für einen eventuellen Vertragsbruch ihrerseits auf ein Beispiel der Arbeitgeber berufen zu können.

Auf die Tarifverträge ist es deshalb zum grossen Teil auch zurückzuführen, dass die letzte Krisis im Vergleich zu früheren weniger Lohnkürzungen gebracht hat. Allerdings hat dazu die gestärkte Macht der Gewerkschaften im allgemeinen mitgeholfen, namentlich auch die Arbeitslosenunterstützung, die die meisten Gewerkschaften zur Zeit der vorigen Krisis noch nicht eingeführt hatten, so dass dieser Unterstützungszweig in der jetzigen Krisis zum ersten Mal für eine grössere Anzahl von Berufen seine guten Wirkungen zeigen konnte. Auch die Angehörigen meines Berufs, die Holzarbeiter, hatten in den früheren Krisenzeiten keinerlei finanzielle Hilfe während der Arbeitslosigkeit von ihrem Verband zu erhoffen. Erst seit 1904 gewährt der Holzarbeiterverband Arbeitslosenunterstützung, und jetzt ist diese nicht weniger als 35 000 Mitgliedern für 680 000 arbeitslose Tage allein im Jahre 1908 ausbezahlt worden. Mit Recht sagt daher auch der Verbandsvorstand in der Einleitung seines letzten Jahrbuchs von der Arbeitslosenunterstützung:

»Mag die Unterstützung im Einzelfall auch nur gering angesehen werden, gegenüber der früheren Zeit, als sie noch nicht eingeführt war, bedeutet sie trotzdem sowohl in der Einzelsumme der wöchentlichen Auszahlung als in dem Riesenbetrag der jährlichen Gesamtausgabe [1 409 011 Mark] einen sehr erheblichen und wichtigen Fortschritt in der Entwicklung des Verbandes.«

Ganz gewiss, mancher von den 35 000 arbeitslosen Holzarbeitern hätte zu reduzierten Löhnen weiter arbeiten, hätte sich überhaupt dem Druck schliesslich fügen müssen, wenn ihm nicht durch die Arbeitslosenunterstützung die Abwehr erleichtert worden wäre. So hat sich die Arbeitslosenunterstützung als Kampfmittel gut bewährt. Der grosse Unterschied gegen ehemals springt in die Augen, zumal wenn man bedenkt, dass diese Änderung der Dinge in den letzten Jahren ausser bei den Holzarbeitern auch in der grossen Metallindustrie, bei den Zimmerern und in vielen anderen Branchen mit den gleichen Wirkungen durchgeführt worden ist.

Alle diese Umstände kommen den Gewerkschaften für die nächste Lohnbewegung zu statten. Die häufigere Wiederholung der Tarifverhandlungen, verhilft auch ihren Unterhändlern an den einzelnen Orten zu immer grösserer Übung und Routine, obgleich in dieser Hinsicht den Arbeitern in jedem Fall nicht eindringlich genug empfohlen werden kann auf die Auswahl ihrer Vertreter bei diesen Verhandlungen das grösste Gewicht zu legen. Nicht jeder, der in den Versammlungen das Wort zu führen versteht, eignet sich darum auch zum Unterhändler. Auf der andern Seite erfordern die neuen Formen der Lohnbewegung ein viel grösseres Zutrauen der Masse zu den erwählten Vertretern und Führern. Wo die Entscheidung nicht mehr durch offenen Krieg sondern auf diplomatischem Weg herbeigeführt werden soll, da kann nicht mehr mit offenen Karten gespielt werden, das heisst, da wird die Masse nur selten noch die Möglichkeit haben in den Gang der Verhandlungen dreinzureden; in grossen Versammlungen kann über die vor dem Gegner geheime zu haltende Taktik nicht beraten und beschlossen werden. Ohne absolutes Vertrauen zu den Beauftragten wird es deshalb nicht mehr gehen.

Aber auch das Vertrauen zur Gewerkschaft selbst muss noch gestärkt werden.

In letzter Zeit haben wieder einmal Auseinandersetzungen über den Wert der Erfolge unserer Gewerkschaften stattgefunden. So wie vor ein paar Jahren bei den Erörterungen über die *Grenzen der Gewerkschaftsmacht* ist auch jetzt wieder den durch unsere Lohnbewegungen erzielten Fortschritten nur eine sehr bedingte Bedeutung zugestanden worden. Das ist gerade in der gegenwärtigen Zeit der Preissteigerungen für die Agitation der Gewerkschaften, die jetzt überall energisch eingesetzt hat, nicht sonderlich günstig. Das Vertrauen zur Organisation zu stärken und die Propaganda der Gewerkschaften, insbesondere der vor grossen Tarifbewegungen stehenden, nach Kräften zu fördern ist Aufgabe und Pflicht eines jeden, dem das allgemeine Interesse und der Fortschritt der Arbeiterbewegung wirklich am Herzen liegt.

XX

ARTHUR SCHULZ · DAS DÄNISCHE BEISPIEL



SEIT Dänemark sich aus einem Ackerbau und Viehzucht treibenden Staat, der in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts noch jährlich durchschnittlich 70 bis 80 Millionen Mark an Vieh und Viehprodukten und 30 bis 40 Millionen Mark an Getreide exportierte, unter dem Einfluss des Rückgangs des Weltgetreidepreises in ein wesentlich Viehzucht treibendes Land umgewandelt hat, das gegenwärtig eine Mehreinfuhr von jährlich 125 Millionen Mark für Getreide und Futtermittel aufweist und dafür Vieh und Viehprodukte im Wert von jährlich etwa 270 Millionen Mark ausführt, gilt der nordische Bauernstaat bei vielen Deutschen als das Musterbeispiel einer wohlbestellten Volkswirtschaft mit einer blühenden und dieser Blüte dem Freihandel verdankenden Landwirtschaft. Wenn sich die deutschen Landwirte dazu entschliessen wollten mit Hilfe zollfrei eingeführten Futtergetreides Speck und Butter zu fabrizieren, könnten sie sich — so hört und liest man — eine ähnliche weltwirtschaftliche Position ohne jeden Schutzzoll erobern und sichern. Auch Genosse David hat auf grund der recht schönfärberischen Schilderungen dänischer Verhältnisse durch Peschke, Koedt und Pudor den deutschen Kleinbauern den selben »Ausweg« empfohlen, »den ihre dänischen Kollegen mit so glänzendem Erfolge gegangen sind¹⁾, freilich ohne bei den Adressaten seines guten Rates Anklang zu finden. Nachdem schon K. Kautsky an der Hand der englischen und belgischen Agrarstatistik gezeigt hatte, dass auch der kleine Landwirt in den Freihandelsländern unter der internationalen Agrarkonkurrenz schwer zu leiden hatte²⁾, haben neuere gründlichere Untersuchungen³⁾ gelehrt, dass selbst Dänemark trotz aller Gunst der natürlichen, besonders der klimatischen Bedingungen und trotz seiner einzigartigen Verkehrslage vor den Türen des Londoner Markts die Handelsfreiheit nur mit schweren Verlusten für seine Landwirtschaft aufrecht zu erhalten vermochte. Die im Durchschnitt für eine Tonne Hartkorn⁴⁾ Land gezahlten Kaufpreise sanken auf Jütland von 6255 Kronen im Jahre 1885 auf 5239 im Jahre 1899, also um 16 %, und auf den Inseln, wo der Getreidebau

¹⁾ Siehe David *Sozialismus und Landwirtschaft*, 1. Band /Berlin 1903/, pag. 68a.

²⁾ Siehe Kautsky *Zwei Kritiker meiner Agrarfrage in der Neuen Zeit*, 1899-1900, 1. Band, pag. 432.

³⁾ Siehe Graf von Holstein-Ledreborg *Aus den landwirtschaftlichen Zuständen in Dänemark* /Berlin 1900/; Hollmann *Die Entwicklung der dänischen Landwirtschaft unter dem Druck der internationalen Konkurrenz* /Berlin 1904/; Brinkmann *Die dänische Landwirtschaft* /Jena 1908/.

⁴⁾ Hartkorn ist ein nach der Beschaffenheit des Landes schwankendes Katastermass, das im Durchschnitt Dänemarks $17\frac{1}{2}$ Tonnen Land = 9,62 Hektar umfasst.

stärker war, sogar von 7052 auf 5220 Kronen, also um 26 %. Entgegen der Davidschen Annahme war der Preisfall gerade bei den kleinen und mittleren Bauergütern von 1 bis 4 Tonnen am stärksten; er betrug bei ihnen im Durchschnitt 20 bis 25 % gegen nur 10 bis 15 % bei den grösseren Bauergütern. Die Hypothekenverschuldung stieg in der selben Zeit von 41 auf 55 %. Die Abwanderung vom Lande in die Stadt war im Verhältnis zur Bevölkerungszahl doppelt so stark wie die deutsche.⁵⁾ Deren Folge ist es wiederum, dass das Reallohniveau der städtischen Industriearbeiter in Dänemark nicht höher ist als in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Unter solchen Umständen möge der Leser aus der Überschrift dieses Aufsatzes nicht etwa die Befürchtung ableiten, dass ihm im folgenden das auf allen vier Füßen lahme dänische Paradedpferd der deutschen Freihändler vorgeritten werden soll. Vielmehr meine ich unter dem Beispiel, das uns Dänemark gegeben hat, nur die in mancher Hinsicht vorbildliche Art, in der es seit einigen Jahren zum Vorteil seiner Landarbeiterklasse und seiner Landwirtschaft die neuen agrarischen Entwicklungstendenzen, die seit etwa zwei Jahrzehnten dort zum Durchbruch gekommen sind, durch eine energische und weitsichtige innere Kolonisation unterstützt. Hierüber hat kürzlich der landwirtschaftliche Sachverständige am deutschen Generalkonsulat zu Kopenhagen, Dr. Hollmann, dem wir bereits mehrere aufschlussreiche Werke über Dänemark verdanken, einen Bericht erstattet, der mir so interessant erscheint, dass ich darauf die Aufmerksamkeit der deutschen und besonders der preussischen Parteigenossen lenken möchte.⁶⁾ Fällt doch aus diesem Bericht ein aufhellendes Licht über manche agrartheoretische und agrarpolitische Diskussionen, die innerhalb der Partei geführt wurden und noch geführt werden. Ich gebe Hollmann selbst das Wort: »Drei in sozialer Beziehung zu unterscheidende Gruppen von Landwirten, nämlich 2000 Grossgrundbesitzer, 70 000 Bauern und 120 000 Kleingrundbesitzer, teilen sich in den Besitz des Bodens. Auf die Grossgrundbesitzer kommen 15 %, auf die Bauern 72 % und auf die Kleingrundbesitzer reichlich 10 %. . . Der Grossgrundbesitz hat keine wirtschaftliche Veranlassung seinen Betrieb auszudehnen; Kapitalisten, die aus nichtwirtschaftlichen Gründen Erwerb von Grundbesitz suchen, gibt es einstweilen in Dänemark nicht . . . Den Bauern hat die Entwicklung die Befriedigung ihrer Wünsche gebracht . . . Im Gegensatz zu diesen ist die ganze Klasse der sogenannten Hausleute mit weniger als 1 Tonne Hartkorn Grundbesitz voller Unruhe und Zukunftsphantasieen. Der innere Grund ihrer sozialen Unruhe ist Landhunger . . . Obgleich sich die Hausmannsbewegung als Klassenbewegung ebenso scharf nach unten hin gegen die Masse der besitzlosen Landbevölkerung abgrenzt wie sie sich nach oben hin gegen die Bauern und Grossgrundbesitzer abgrenzt, so haben doch die besitzlosen Massen gerade das Wesentliche, nämlich den Landhunger, mit ihr gemein und bilden infolgedessen das unerschöpfliche Reservoir ihrer sozialen Unruhe. Die in jüngster Zeit in einer (vorläufig noch losen) Vereinigung zusammengeschlossenen landwirtschaftlichen Arbeiter und Gesindepersonen verfolgen denn auch in betreff der Landfrage genau das selbe Ziel wie die Hausmannsorganisationen, nur dass die ersten ihre Reformvorschläge womöglich noch energischer kundgeben. Die Klasse der mehr oder minder selbständigen Kleingrundbesitzer, die zur Zeit des Beginns der Agrarreform nur sehr spärlich vertreten war, hat . . . im Lauf des Jahrhunderts ausserordentlich an Zahl zugenommen. . . Die Getreidebau- und Getreideausfuhrperiode der dänischen Landwirtschaft war dem Kleinbetrieb nicht günstig; er kam erst zu wirtschaftlichem Gedeihen mit der steigenden Bedeutung der Viehwirtschaft und der Ausbreitung der Produktivgenossenschaften auf diesem Gebiet. In den Jahren

⁵⁾ Siehe Bö h m e *30 Jahre deutscher Schutzollpolitik* (Heidelberg 1909), pag. 74.

⁶⁾ Siehe Hollmann *Die Entwicklung der Grundbesitzverteilung und der gesetzlichen Bestimmungen über Zerstückelung und Zusammenlegung von Bauernhöfen in Dänemark* in den *Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft*, 1909, pag. 396 ff.

1885 bis 1895 nahm die Zahl der Kleinstellen jährlich mit 1130 zu, während die Zahl der Häuser ohne Grundbesitz mit etwa jährlich 250 abnahm. Der Kleinbetrieb begann mehr und mehr einen bedeutenden Platz als selbständiges Glied in der dänischen Landwirtschaft einzunehmen.

Mit zunehmender Arbeitsintensität und besonders mit wachsender Bedeutung der Viehhaltung ist die Tendenz zur Verkleinerung der Betriebe und zur Entstehung neuer Kleinbetriebe verbunden: diese Anschauung wird durch die Tatsachen der Entwicklung Dänemarks bestätigt. Doch ist die Stärkung des Kleinbetriebs nicht, wie manche meinen, durch den Freihandel sondern trotz seiner erfolgt. Die natürliche Entwicklungstendenz wurde nun in lehrreicher Weise künstlich befördert, worüber Hollmann wie folgt referiert:

Zugleich rückte die mit der Ausdehnung der Viehhaltung und des Rübenbaus erfolgende Intensitätssteigerung der Landwirtschaft den Kleinbetrieb wieder stärker in den Vordergrund des öffentlichen Interesses als dem Lieferanten von Arbeitskraft für den bäuerlichen und den Grossbetrieb, indem sich zeigte, dass trotz der starken Zunahme der Kleinstellen nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden waren. So rückt mit Beginn der neunziger Jahre die Frage der Bildung von Kleingrundbesitz mit der Landarbeiterfrage wiederum in die Debatte, und da die freie Entwicklung zu langsam ist, so geht die Gesetzgebung in dem bekannten Gesetz über die Sesshaftmachung von Landarbeitern vom 24. März 1899 zur Errichtung solcher Stellen unter Bereitstellung von Staatsmitteln über. Der für die Gesamtentwicklung in Dänemark charakteristische Zug an dieser Landarbeiteransiedlungsgesetzgebung ist der merkwürdige Richtungswechsel in dem Gesetzeszweck. In den ersten Anträgen und der Regierungsvorlage kennzeichnete sich der Zweck dahin, dass es darauf ankomme ländliche Arbeiter sesshaft zu machen, von denen man erwartete, dass sie auch als Stellenbesitzer Landarbeiter im Hauptberuf bleiben würden. Deshalb sollte der Grundbesitz nicht zu gross bemessen werden. Allein schon während der Beratung im Reichstag wurde versucht dem Gesetz eine andere Richtung zu geben, indem man die Wertgrenze weiter hinaufzurücken suchte. Die Wertgrenze wurde indessen auf 4000 Kronen beschränkt, was einem Grundbesitz von 5 bis 6 Morgen entspricht, wenn man 2000 bis 2500 Kronen für die Gebäude rechnet. Bei der ersten Revision des Gesetzes im Jahre 1904 hatte sich die Stimmung weiter in der Richtung verschoben, dass es darauf ankomme kleine selbständige Betriebe zu schaffen. Die Wertgrenze wird dementsprechend in dem zweiten Gesetz vom 12. April 1904 auf 5000 Kronen erhöht, und es ist in dem Gesetz ausdrücklich ausgesprochen, dass es darauf ankomme einen selbständigen Arbeiterstand auf dem Lande zu schaffen, der auf eigenem Grund und Boden sitzt und im wesentlichen davon leben kann, so dass der Besitzer nur nebenbei, wenn Zeit und Gelegenheit es gestatten, auf Aussenarbeit zugehen braucht. Bei der gegenwärtigen, noch nicht abgeschlossenen Neuberatung des Gesetzes hat die Regierungsvorlage auf Betreiben der Hausmanns- (Kleingrundbesitzer-)organisationen die Wertgrenze wiederum erhöht, auf 6000 Kronen, und ausserdem vorgeschlagen, dass dem Stellenbesitzer nachträglich Ergänzungsdarlehen bewilligt werden können. Neuerdings wird aber verlangt, dass die Wertgrenze auf 8000 Kronen erhöht und ausserdem dem Staat oder den Kommunen (nach dem Vorbild der englischen Kolonisationsgesetzgebung) ein Enteignungsrecht¹⁾ im Fall der Errichtung von Kleinstellen, die unter allen Umständen selbständig sein sollen, zugebilligt wird. . . Es ist nicht zu erwarten, dass man bei der Revision des Gesetzes in 5 Jahren auf 8000 Kronen stehen bleiben wird. Die Hausmanns- und Landarbeiterorganisationen haben nämlich ihrerseits inzwischen die Forderung schon auf 9000 Kronen hinaufgesetzt.

Bekanntlich hat K. Kautsky mehrfach die Meinung vertreten, dass die Kleinbetriebe als Produktionsstätten für den Markt nicht aus eigener Kraft sich

¹⁾ Stumpfe (*Die Sesshaftmachung der Landarbeiter* Berlin 1906, pag. 78) teilt die interessante Tatsache mit, dass 1904 gerade die konservative Minderheit des Folketing vorgeschlagen hatte, der Staat solle den Grund und Boden zwecks Zerstückelung in Häusler- und Kätnerwirtschaften enteignen dürfen.

neben dem Grossbetrieb erhalten und vorwärtskommen sondern von ihm geschaffen werden, weil er sie als Lieferanten von Arbeitskräften braucht.⁸⁾ Es sei daher nichts verkehrter als die Ansicht, die Erhaltung des Kleinbetriebs sei eine Folge seiner Konkurrenzfähigkeit dem Grossbetrieb gegenüber; sie sei vielmehr eine Folge dessen, dass sie aufgehört als Verkäufer jener landwirtschaftlichen Produkte, die der Grossbetrieb neben ihm erzeugt, in Frage zu kommen und fortan dazu verurteilt blieben ihm durch Erzeugung und Unterhaltung von Arbeitskräften dienstbar zu sein. Es ist lehrreich diese Theorie an den Tatsachen der dänischen und deutschen Landarbeiteransiedlung zu prüfen und zugleich zu untersuchen, worin die deutsche und die dänische Kleincolonisation ähnlich und worin sie verschieden sind.

In Dänemark stellte das Gesetz vom 24. März 1899 jährlich 2 Millionen Kronen zur Verfügung, um Leute, die landwirtschaftliche Arbeit gegen Lohn für andere ausüben, mit Hilfe des Staatsdarlehns anzusiedeln, in der ganz der Kautskyschen Theorie entsprechenden Absicht verlässliche Lohnarbeiter für die Grossbetriebe zu gewinnen. Als aber 1903 eine Enquete veranstaltet wurde, um festzustellen, ob die 823 bis dahin auf grund dieses Gesetzes geschaffenen Kleinbetriebe auch wirklich Lohnarbeiter für die Grossbetriebe stellten, da gewann Hollmann nach Einsichtnahme des Materials dieser Erhebung aus der starken Zunahme des Viehbestandes der einzelnen Stellen den Eindruck, dass sich die meisten Ansiedler zu Selbständigen herauf gearbeitet haben.⁹⁾ Was hier, entgegen der Kautskyschen Theorie, den einzelnen durch die Gunst der den Kleinbetrieben förderlichen Konjunktur gelungen war, das erreichten dann die Hausmanns- und Landarbeiterorganisationen bei den Revisionen des Gesetzes durch Einsetzung ihrer politischen Macht. Durch das Gesetz von 1904 wurde auch den kleinen Pächtern und Faesteleuten, die sozusagen ihre eigenen Lohnarbeiter sind, ein Anspruch auf ein Darlehn aus dem nun mit jährlich 3 Millionen Kronen dotierten Ansiedlungsfonds gewährt, und im Jahre 1909 ward den Berechtigten der Weg zur Erlangung kleinbäuerlicher Selbständigkeit durch beträchtliche Vergrösserung der Stellen noch erheblich bequemer gemacht.

Auch im Osten Deutschlands hatten sich aus der Zeit der friderizianischen Colonisation und der Bauernbefreiung zahlreiche unselbständige, auf den benachbarten Gütern Lohnarbeit leistende oder sich als Wanderarbeiter ihr Brot verdienende Kleingrundbesitzer erhalten; andere Landarbeiter hatten Parzellen gerodeten Waldlandes zur Pacht, Erbpacht oder Erbzinnsrecht zugeteilt bekommen, um das Land durch ihrer Hände Arbeit in Kultur zu bringen und nebenbei dem Gutsherrn einige Hilfskräfte zu Saat und Ernte zu stellen; noch andere wurden in neuerer Zeit, seit Beginn der Leutenot, in der ausgesprochenen Absicht angesetzt dadurch dem Gut zuverlässige Arbeitskräfte zu verschaffen. Hat sich nun wenigstens in Deutschland die oben skizzierte Theorie K. Kautskys bewährt? In den seltensten Fällen. Als in den achtziger Jahren mit dem Andringen der überseeischen Getreidekonkurrenz und dem Steigen des Konsums an Fleisch und Molkeerzeugnissen infolge des Wachsens der städtischen und industriellen Bevölkerung auch in Deutschland die Konjunk-

⁸⁾ Siehe Kautsky *Die Agrarfrage* (Stuttgart 1899), pag. 163, und *Zwei Kritiker meiner Agrarfrage in der Neuen Zeit*, 1899-1900, 1. Band, pag. 296.

⁹⁾ Siehe Hollmann *Die Arbeiteransiedlung in den nordischen Ländern*, 2. Anhang zu der in Note 7 erwähnten Schrift Stumpeles, pag. 78.

turen sowohl auf dem Produkten- wie auf dem Grundstücksmarkt zu gunsten des Kleinbetriebs umschlugen, da gelang es, wie ich an anderer Stelle eingehend zu zeigen gedenke, ganzen Schichten unselbständiger Kleingrundbesitzer und selbst besitzloser Gutstapelöhner sich den Weg zu bäuerlicher Selbständigkeit zu bahnen. Aber wie viel schwerer hatten es die deutschen Landarbeiter als es die dänischen seit 1899 haben, und wie viel grössere Opfer mussten sie bringen, sofern sie nicht genügend Ersparnisse besaßen, um sich bei der Ansiedlungskommission für Posen und Westpreussen ankaufen zu können! Um sich davon einen Begriff zu machen, vergegenwärtige man sich, dass beispielsweise auf dem Gut Poblitz im Kreise Stolp landwirtschaftliche Arbeiter und Landhandwerker 17 Stellen von 6 bis 10 Morgen Garten, Acker und Moor mit durchschnittlich 4917 Mark bezahlten und dabei aus ihren Lohnersparnissen Anzahlungen von durchschnittlich 2682 Mark aufbrachten.¹⁰⁾ Damit vergleiche man die Leistungen, durch die sich die dänischen Landarbeiter mit Hilfe des ihnen im Gesetz von 1909 gewährten Staatskredits grössere und bessere Landflächen erwerben können.

Was ist die Ursache dieses Missverhältnisses zum Schaden der deutschen landwirtschaftlichen Arbeiter, zum Schaden auch der ganzen deutschen Nation, die alte Pflegstätten ihrer ehrwürdigsten Kultur der slawischen Überflutung ausgeliefert sehen muss, weil der eingeborene deutsche Landarbeiter seinen Fuss von der heimatlichen Scholle zieht und in die Städte des Westens wandert? Wie sich die dänischen Hausmanns- und Landarbeiterorganisationen die ihnen so günstigen Ansiedlungsnovellen von 1904 und 1909 erst erkämpfen mussten, so kann auch im deutschen Osten eine lediglich durch das allgemeine Volks- und Kulturinteresse geleitete soziale Kolonisationspolitik nur durchgeführt werden, wenn sich dafür die organisierte Macht der ostdeutschen Landarbeiter und Kleingrundbesitzer einsetzt. Wie die Dinge in Deutschland liegen, könnte nur die deutsche Sozialdemokratie diese Schichten organisieren. Allein sie hatte bisher keine Parole, unter der ihr dieses schwierige Werk hätte gelingen können. Es ist schon des öftern dargelegt worden, weshalb Forderungen unseres Programms wie Abschaffung der Gesindeordnungen, Einführung des Achtsturentags, Anerkennung des Streikrechts bei dem ostdeutschen Landarbeiter nicht sonderlich propagandistisch wirken: fiel ihnen doch manches unter dem Zwang der Leutenot kampflös zu. Andere Forderungen wie Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle und der sanitären Grenzsperrren konnten den Instmann wie den Deputanten, den Arbeiterpächter wie den lohnarbeitenden Grundeigentümer lediglich gegen die Partei in Harnisch bringen. Eines nur könnte ihn packen und für die politische Organisation gewinnen: der Nachweis, dass das dänische Beispiel auch in Deutschland Nachfolge finden, und dass ihm das preussische Abgeordnetenhaus, wenn er ein gutes Wahlrecht erobern hilft und von ihm den richtigen Gebrauch macht, den selben Dienst leisten kann, den der *Folkething* seinen dänischen Klassengenossen geleistet hat. Kopf und Herz der landwirtschaftlichen Arbeiter können wir nur dadurch nachhaltig gewinnen, dass wir ihr Aufsteigen zu bäuerlicher Selbständigkeit auf dem geraden Weg der Bauernkolonisation oder dem Umweg ihrer Ansiedlung auf vergrößerungsfähigen Arbeiterstellen in jeder Weise, besonders auch durch Bereitstellung

¹⁰⁾ Siehe Gerlach *Ansiedlungen von Landarbeitern in Norddeutschland* /Berlin 1909/, pag. 54^B.

öffentlicher Mittel, rückhaltlos zu fördern bemüht sind. Was hindert uns daran? Eine unrichtige Agrartheorie und die Furcht neue *Eigentumsfanatiker* zu schaffen, die *am Tage der sozialen Revolution* der Vergesellschaftung von Grund und Boden Widerstand leisten und vielleicht nicht einmal mit der Schaffung von Ackerbauproduktivgenossenschaften zur Bewirtschaftung *sozialistischer Latifundien* einverstanden sein könnten. Sollen wirklich die Sorgen der Zukunft der Not der Gegenwart vorangehen?

In einer in der *Frankfurter Zeitung* erschienenen sachkundigen Besprechung einer Schrift, in der ich diese Gedanken näher dargelegt habe, versichert Dr. F. B., ein guter Kenner der ostpreussischen Kolonisation, dass sich die Sozialdemokratie meine Ausführungen nie zu eigen machen werde, und richtet dafür an seine Parteifreunde »die dringende Mahnung die Bauern und die Landarbeiter, die die Sozialdemokratie verloren hat und die sich noch nicht ganz dem konservativen *Bündlertum* verschrieben haben, für den Liberalismus zu gewinnen, durch intensive Teilnahme an ihren Interessen und namentlich durch Unterstützung und Mitarbeit am Kolonisationsproblem . . . Namentlich wird der Liberalismus sich zum Anwalt der Landarbeiterwünsche nach genügend grossen Landlosen machen müssen.« Allein solange die Agrarkrise nicht völlig überwunden ist, dürfte der Linksliberalismus schon aus dem Grunde wenig Glück bei den deutschen Landarbeitern und Kleinbauern haben, weil er mit dem noch immer nicht ganz totgehetzten *dänischen Beispiel* im handelspolitischen Sinne zu operieren gewohnt ist. Wie aber soll sich der Landarbeiter, der mit ganzem Herzen an seiner Kuh- und Schweinehaltung hängt und sie als künftiger Kleinbauer noch auszudehnen hofft, für die zollfreie Einfuhr amerikanischen Specks, sibirischer Butter und sonstiger Produkte ersatzlos ausgeraubten Kolonialbodens begeistern können? Nun haben zwar nach Gründung des *Deutschen Bauernbundes* einige bemerkenswerte Stimmen in der linksliberalen Presse und auf dem letzten Parteitag der *Freisinnigen Vereinigung* davon Kunde gegeben, dass die wirtschaftliche Weisheit des Herrn Gothein selbst unter seinen nächsten Parteifreunden an Renommée eingebüsst hat. Aber was bliebe vom Linksliberalismus übrig, wenn er je die unentwegte Wahrung des nackten grosstädtischen Konsumenteninteresses aufgeben wollte? Da dürften denn doch die industriellen Arbeiter, die handelspolitische Streitfragen vom Produzenteninteresse aus zu entscheiden genötigt sind, und vor allem die Führer ihrer Gewerkschaften den schutzzöllnerischen Standpunkt der grossen Mehrzahl der landwirtschaftlichen Arbeiter und Kleingrundbesitzer weit eher zu begreifen befähigt sein.

Kommt also der landentfremdete Linksliberalismus für uns kaum in betracht, so sind die beiden grossen Agrarparteien um so gefährlichere Konkurrenten der Sozialdemokratie um die Seele des Landarbeiters. Im Zentrum propagiert besonders Dr. Heim unter Berufung gerade auf das koloniasatorische Vorbild Dänemarks die Schaffung von »freien, vollständig unabhängigen Ackerbürgern« aus dem Stande der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter.¹¹⁾ Unter den Agrarkonservativen hat sich Freiherr von Wangenheim, der Vorsitzende des *Bundes der Landwirte*, während seiner langjährigen Tätigkeit in der Zentralmoorkommission und im preussischen Landesökonomiekollegium dadurch Verdienste erworben, dass er die Wandlung in den Konkurrenzverhältnissen

¹¹⁾ Siehe Heim *Die "ländliche" Dienstbotenorganisation* /Regensburg 1907/, pag. 30.

zwischen Gross- und Kleingrundbesitz im deutschen Osten und damit die Notwendigkeit der innern Kolonisation schon frühzeitig erkannte und den natürlichen Widerstand des Grossgrundbesitzes gegen jede Landabtretung an Bauern und Landarbeiter durch unermüdliche Belehrung allmählich einigermassen überwand. Auch muss anerkannt werden, dass von Wangenheim es nicht als die hauptsächlichste oder gar die einzige Aufgabe der inneren Kolonisation ansieht dem Grossgrundbesitz Lohnarbeiter zu sichern sondern — wenigstens *in thesi* — eine gerechte Verteilung des deutschen Grund und Bodens als Grundlage jeder gesunden sozialen Reform erstrebt.¹²⁾ Allein nach einem Wort Serings prallen gerade an eine Kolonisationsunternehmung die Klasseninteressen mit grosser Wucht an. Als Privatmann mag Herr von Wangenheim vom besten Willen besetzt sein, als Führer einer mächtigen Interessenvertretung vornehmlich des Grossgrundbesitzes muss er der Versuchung erliegen die innere Kolonisation als ein Mittel zur Sanierung notleidender Standesgenossen aufzufassen. Sein leidenschaftliches Eintreten für die Bildung von Restgütern lehrt, dass er den zahlreichen durch die Agrarkrisis in ungünstige Vermögensverhältnisse geratenen Grossgrundbesitzern des Ostens, die besonders in Posen, Pommern und Westpreussen öfter viel zu grosse Landflächen ihr eigen nennen, die Gelegenheit bieten möchte sich durch Abverkauf entlegener Aussenschläge an Bauernsöhne und Landarbeiter gleichzeitig Betriebskapital und Arbeitskräfte für das Restgut zu verschaffen. Die ansiedlungslustige Landbevölkerung aber kann mit einer Kolonisation, bei der die Bildung von Restgütern nicht mehr eine durch den besonders guten Zustand der Wirtschaftsgebäude oder durch den Betrieb von Brennereien und Stärkefabriken gerechtfertigte Ausnahme sondern die Regel ist, unmöglich einverstanden sein. Denn da Restgüter infolge der heute klar ersichtlichen gewordenen geringern Rentabilität der Grossbetriebe erfahrungsgemäss nur zu verhältnissmässig niedrigen Preisen verkäuflich sind, müssen die kleineren Ansiedler zwecks Ausgleichung des dadurch bewirkten Ausfalls mit um so höheren Kaufpreisen respektive Renten belastet werden. Auch wird durch Bildung von Restgütern die Schaffung leistungsfähiger Landgemeinden erschwert und gerade der in bester Kultur befindliche dungkräftigste Boden in der Nähe der alten Gutsgebäude den kleineren Ansiedlern vorenthalten. Als sich daher der *Bund der Landwirte* auf seiner Provinzialversammlung zu Posen am 20. Januar 1909 — dieses Datum kann in der deutschen Geschichte sehr wichtig werden — für die Bildung von Restgütern erklärte und die dort gefasste Resolution nebst einer sie begründenden Denkschrift am 27. Februar durch eine Deputation dem Reichskanzler überreichte, da war eine Abwehrbewegung der in ihren Lebensinteressen und zumal in der Zukunft ihrer Kinder bedrohten nun schon hunderttausendköpfigen Ansiedlerbevölkerung unvermeidlich geworden. So entstand am 6. Juli dieses Jahres zu Gnesen der *Deutsche Bauernbund*.

In noch höherm Grad sind durch die Restgutsbildung die auf Ansiedlung angewiesenen Landarbeiter bedroht. Denn gerade sie bedürfen bei ihrem kleinen Areal des besten Bodens in der Nähe der alten Hofstelle und, da sie noch gelegentlich bei den Bauern auf Lohnarbeit gehen, der günstigsten Verkehrslage; man sieht die Arbeiter daher sowohl in den von der Ansiedlungskommis-

¹²⁾ Siehe den Bericht über die Verhandlungen des preussischen Landesökonomikollegiums / Berlin 1909 pag. 122.

sion wie in den von der Generalkommission zu Frankfurt an der Oder angelegten Kolonien stets in der Dorflage angesiedelt. Als im Frühjahr dieses Jahres die freie Gewerkschaft der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter ins Leben trat, wurde in einem sehr beachtenswerten Aufsatz der *Deutschen Tageszeitung* der Vorschlag gemacht und in interessanter Weise begründet den Landarbeitern eine öffentlichrechtliche Organisation zu geben und innerhalb dieser durch Unterstützungseinrichtungen ihr Fortkommen zu fördern, mit dem Endziel ihnen den Erwerb eines landwirtschaftlichen Besitzes zu ermöglichen: »Eine Verbindung dieser ganzen Organisation mit der innern Kolonisation wäre hierdurch gegeben und diese erhielte dadurch einen neuen praktischen Impuls.« Und in der Tat, wenn es den Agrarkonservativen möglich wäre die innere Kolonisation derart ins Werk zu setzen, dass sie den Landarbeitern und der Öffentlichkeit als Schlussstein eines dem Wesen der Landwirtschaft und den Bedürfnissen des landwirtschaftlichen Arbeiters angepassten Systems der sozialen Reform erscheinen müsste, so wäre dadurch eine lediglich auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung abzielende gewerkschaftliche Tätigkeit äusserst erschwert und eine auf den Prinzipien des Agrar**marxismus** beruhende politisch-agitatorische Tätigkeit einfach lahmgelegt. Aber die Entwicklung der Restgüterfrage hat gelehrt, dass die Überbrückung des Klassengegensatzes zwischen dem ostdeutschen Grossgrundbesitz und seinen Lohnarbeitern durch innere Kolonisation nicht möglich ist. Zwar werden die heutigen Grossgrundbesitzer durch die völlige Aufteilung ihrer Güter in ihrem Vermögen nicht im mindesten geschädigt — da ja 100 Bauernsöhne, Landhandwerker und Landarbeiter infolge der höhern Rentabilität, die der Kleinbetrieb seit Jahren auch im Osten aufweist, im Stande sind für ein etwa 1000 Hektar grosses Gut einen weit höhern Preis zu zahlen als der mit noch so viel Kapital und Intelligenz ausgestattete Landwirt, der es ungeteilt bewirtschaften will —, aber seine soziale und politische Macht würde der Grossgrundbesitzerstand dadurch verlieren. Aus dem Instinkt seiner Machterhaltung heraus hat er darum die Forderung nach regelmässiger Restgüterbildung aufgestellt, und es ist eines der wichtigsten Ereignisse der neuesten deutschen Geschichte, dass sich der *Bund der Landwirte* diese Klassenforderung der Grossgrundbesitzer zu eigen gemacht hat. Damit ist innerhalb der ostdeutschen Landbevölkerung ein kaum ausgleichbarer Interessenkonflikt entstanden, der wahrscheinlich die Mehrzahl der ostdeutschen Kleingrundbesitzer und Landarbeiter den Agrarkonservativen abtrünnig machen wird, falls nicht etwa doch der *Bund der Landwirte* infolge des Drucks oder des Abfalls seiner westdeutschen bäuerlichen Mitglieder noch in letzter Stunde nachgeben sollte. Infolge dieser in die Tiefe gehenden wirtschaftlichen und politischen Wandlungen im deutschen Osten könnte nun auch die deutsche Sozialdemokratie auf dem platten Lande jenen Einfluss gewinnen, den die dänische schon besitzt, vorausgesetzt, dass sie, in Würdigung der Andersartigkeit der landwirtschaftlichen Verhältnisse Dänemarks und Deutschlands, auf die Propagierung von Freihandelsdoktrinen verzichtet.

Mit der Begründung des *Deutschen Bauernbundes* ist nun auch eine der dänischen Hausmannsorganisation ähnliche Kleingrundbesitzerbewegung emporgekommen, an der nach dänischem Beispiel eine auf Eroberung bäuerlicher Selbständigkeit abzielende Landarbeiterbewegung ihre natürliche Anlehnung finden kann. Es ist daher für unsere Partei der Zeitpunkt gekommen die

Etablierung lebensfähiger Familienbetriebe im direkten Weg der Bauernkolonisation oder im indirekten Weg entwicklungsfähiger Landarbeiteransiedlung auf dem Gelände von Grossgütern an die Spitze eines durch diesen Gedanken beherrschten Agrarprogramms zu rücken. An seine agitatorische Wirksamkeit zweifelt wohl niemand. Doch ist selbstverständlich zuzugeben, dass wir unsere Anschauungen nicht infolge neuer agitatorischer Bedürfnisse sondern nur auf grund neuer Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung ändern dürfen. Aber gerade eine wirklich wissenschaftliche Agrartheorie spricht nach meiner Überzeugung für den im Obigen skizzierten Weg. Zu ihrer Entwicklung und Durchbildung beizutragen fühle ich durchaus die Verpflichtung, und ich gedenke in einer grössern Arbeit meinen Standpunkt noch genauer zu begründen. Einstweilen glaube ich in meiner hier bereits erwähnten Schrift und in zwei Aufsätzen¹⁸⁾ einige Gesichtspunkte dafür geltend gemacht zu haben, dass heute in Nord- und Ostdeutschland der Kleinbetrieb in der mit Ackerbau zum Selbstkonsum und zur Selbstverfütterung verbundenen Viehzucht technisch überlegen ist. Dass wir aber, wenn das für die entscheidenden Betriebszweige Ackerbau und Viehzucht beweisbar wäre, das Aufkommen des Kleinbetriebs auch künstlich zu fördern hätten, hat sogar K. Kautsky zugegeben. Da es sich jedoch hier um ein unmittelbar praktisches Problem handelt, dürfte vielleicht besser als theoretische Erwägungen der Hinweis auf ein praktisches Exempel wirken. Möge deshalb das dänische Beispiel lehrreich und nützlich sein!

XX

GERHARD HILDEBRAND · DAS TROPISCHE AFRIKA IN DER WELTWIRTSCHAFT



PRÜFT man Produktions- oder in deren Ermangelung Exportziffern des tropischen Afrika, wie ich sie kürzlich hier für deutsche und britische Kolonien zusammengestellt habe,¹⁾ und vergleicht man sie mit den entsprechenden Ziffern anderer Länder respektive des gesamten internationalen Marktumsatzes, so wird man über ihre Bedeutungslosigkeit für die Weltwirtschaft schwer hinwegkommen. Selbst wenn Togo und Kamerun ihren Export nach Analogie der Goldküste und Britisch Nigeriens verdreifachen und verfünffachen, selbst wenn Deutsch und Britisch Ostafrika ihn verzehnfachen, so bleibt es doch fraglich, ob der proportionale Anteil dieser Kolonien an der Versorgung des Weltmarkts dadurch auch nur im geringsten verändert wird. Natürlich gilt dieser Zweifel nur für solche Zeitspannen, mit denen wir Heutigen vorerst praktisch rechnen können, das heisst für 10 bis 20 Jahre. Es ist der Fehler aller aktiven und passiven Kolonialenthusiasten, dass es immer heisst: Deutschland braucht so und so viel Baumwolle, Kautschuk, Kupfer, und da sind Flächen, doppelt, vierfach so gross wie das Deutsche Reich, welche Werte können wir daraus für unsere Volkswirtschaft gewinnen! In Wirklichkeit ist die Entwicklung jedes einzelnen Kolonisationsgebiets von zahlreichen Bedingungen ab-

¹⁸⁾ Siehe meine Schrift *Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland* (München 1909) und meine Artikel *Grossbetrieb und Kleinbetrieb in der Viehhaltung und Viehzucht* und *Der landwirtschaftliche Gross- und Kleinbetrieb im Spiegel der Leipziger Wanderausstellung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 417 ff., und 3. Band, pag. 123 ff.

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Koloniale Vergleiche* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 2. Band, pag. 953.

hängig, die ganz ausserhalb des Willens seiner zufälligen Besitzer und Bewirtschafter sind, und an denen sich durch noch so grosse Menschen-, Arbeits- und Geldopfer nichts Wesentliches ändern lässt. Erst wenn diese allgemeinen Bedingungen erfüllt sind, kommt — oft urplötzlich — die Konjunktur, und dann finden sich auch fabelhaft schnell und leicht die Kräfte, die Kapitalien, das Interesse. So steht es jetzt mit dem innern und westlichen Kanada, mit Argentinien, mit Malakka, so vielleicht binnen kurzem mit dem riesigen, das Nilland an Grösse übertreffenden Schwemmgelände Französisch-Nigeriens, so wahrscheinlich auch mit den Mineraldistrikten Nordrhodesiens und Katangas. Der Durchschnitt des tropischen Afrika jedoch einschliesslich der drei deutschen Kolonien und des tropischen Teils von Deutsch-Südwestafrika hat vorläufig noch keine Aussicht auf eine Konjunktur, die seinen Boden in den Mittelpunkt eines grossen kolonisatorischen Interesses rückt.

Es ist nicht nur zweckmässig sondern unbedingt notwendig sich diese Tatsache durch Einzelvergleiche genau zu vergegenwärtigen. Nur auf diesem Wege, nicht mit *prinzipieller* Kolonialgegnerschaft, können wir einem irregeleiteten Kolonialenthusiasmus begegnen. Nur auf diese Weise können wir das auffindig machen, was unseren tropischen Kolonien zurzeit wirklich nützt und nützt. Bei zwei wichtigen Produkten hat man bereits auch offiziell die Hoffnung aufgegeben durch eigene koloniale Lieferung das Mutterland versorgen, es vom Ausland unabhängig machen, den Weltmarkt beeinflussen zu können: **K a f f e e** und **T a b a k**, die vor 10 Jahren im Zukunftsprogramm der deutschen Kolonien geradezu die Hauptrolle spielten, sind inzwischen vollständig in den Hintergrund getreten. Die Produktionsbedingungen Äquatorialafrikas sind dafür Brasilien, Holländisch-Indien und Mexiko gegenüber gar zu ungünstig. Günstiger liegen die Verhältnisse zweifellos für **K a k a o**, dessen Welternte von 1903 bis 1908 von 125,8 auf 193,5 Millionen Kilo gestiegen ist, während sich der Weltkonsum in der gleichen Zeit von 122,3 auf 164,6 Millionen Kilo gehoben hat. Hier kommt der Entwicklung des deutsch-kolonialen Anbaus wahrscheinlich zu gute, dass die kleinen portugiesischen Inseln San Thomé und Principe in der Guineabucht, die in den letzten Jahren durchschnittlich den 6. Teil und mehr der Welternte geliefert haben, augenscheinlich an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt und auch wegen der dort herrschenden Arbeiterausbeutung stark in Verruf gekommen sind. Aber Brasiliens Ernte hat sich von 1903 bis 1908 von 20,9 auf 33 Millionen Kilo, Ecuadors Produktion von 23 auf 32 erhöht, so dass Kamerun mit seiner ansehnlichen Produktionssteigerung der letzten Jahre (1906 1,2, 1907 1,8, 1908 2,4 Millionen Kilo) doch auch bei weiter steigendem Weltkonsum mit einer sehr ernstlichen Konkurrenz zu rechnen haben wird. Dabei soll freilich nicht unerwähnt bleiben, dass noch im Jahre 1907 eine tolle Preistreiberei in Kakao möglich war: Der Durchschnittspreis für Rohkakao betrug in Hamburg während dieses Jahres 167,94 Mark pro 100 Kilo, gegen 110,73 bis 116,26 in den vier Vorjahren, so dass für Konsum und Industrie eine erhebliche Verbreiterung der Produktionsbasis nur erwünscht sein kann.

Indessen, so gross auch die Bedeutung Deutschlands für den Kakaoverbrauch ist, in dem es mit 34,5 Millionen Kilo an zweiter Stelle (hinter den Vereinigten Staaten) steht, die Bedeutung des Kakaoverbrauchs für Deutschland ist, am gesamten Wirtschaftsleben gemessen, eine minimale. Es müssen schon

wesentlich wichtigere Tropenprodukte hinzukommen, um einen kolonialen Aufschwung hervorzurufen. Denn wenn auf San Thomé und Principe eine Bevölkerung von nicht viel mehr als 40 000 Seelen den 6. Teil der gesamten Kakaoernte bewältigen konnte, so würden eben auch nicht viel mehr als 60 000 Kameruner dazu gehören, um den gesamten Kakaoverbrauch Deutschlands zu befriedigen. Ein kolonialer Aufschwung auch nur dieser einen Kolonie, deren Bevölkerung Dr. Seitz jetzt auf $2\frac{1}{2}$ Millionen Menschen berechnet, wäre damit ebensowenig erzielt wie eine sehr schwerwiegende weltwirtschaftliche Leistung. Viele glauben nun im Gummi (Kautschuk) den entscheidenden Faktor für die Entwicklung der deutschen Tropenkolonien sehen zu können. In der Tat ist ja die natürliche Gummikapazität Äquatorialafrikas praktisch bereits hinreichend erwiesen, und dass Gummi ein Rohstoff von schnell wachsender Bedeutung ist, braucht kaum noch besonders auseinandergesetzt zu werden. Die Einfuhr Englands an Kautschuk stieg von 1893 bis 1907 von 14,9 auf 33,9 Millionen Kilo, die Einfuhr Deutschlands (Kautschuk und Guttapercha) von 1893 bis 1905 von 5,2 auf 21,4 Millionen Kilo. 1907 betrug unsere Kautschukeinfuhr (seit dem neuen Zolltarif von Guttapercha getrennt) 15,8, im Krisenjahr 1908 14,7 Millionen Kilo. England bezahlte 1907 seine Kautschukeinfuhr mit 10,8 Millionen Pfund Sterling, Deutschland die seinige mit 109 Millionen Mark. Die gesamte Gummiproduktion der Welt betrug in dem mit Juni abgeschlossenen Jahr 1908-1909 70,6 Millionen Kilo gegen 66,4 Millionen im Vorjahr. Deutschland gebraucht also den 4. bis 5. Teil der Weltproduktion, von der Brasilien (1907-1908 mit 36,7, 1908-1909 mit 38 Millionen Kilo) mehr als die Hälfte liefert. Von dem Preissturz im Krisenjahr hat sich Rohgummi derart schnell erholt, dass die Preissteigerung vom 24. Februar 1908 bis 14. Juli 1909 bei den verschiedenen Sorten zwischen 110 und 150 % schwankt. Die besten Sorten, die am 24. Februar 1908 unter 3 Shilling pro englisches Pfund standen, wurden 17 Monate später mit 6 bis 7 Shilling bezahlt. Deutschland wird also dauernd mehr als 100 Millionen Mark jährlich für Kautschuk anlegen müssen, und unsere Kolonialpolitiker tun sich viel darauf zu gut, dass wir in den letzten Jahren schon nahezu den 10. Teil unseres Bedarfs aus den eigenen Kolonien beziehen konnten, nämlich aus:

	1907	1908
Deutsch Ostafrika	306 000 Kilo zu 2 079 000 Mark	244 000 Kilo zu 1 441 000 Mark
Kamerun	1 011 000 " " 6 570 000 "	1 018 000 " " 5 291 000 "
Togo	158 000 " " 1 187 000 "	79 000 " " 540 000 "
zusammen	1 475 000 Kilo zu 9 836 000 Mark	1 341 000 Kilo zu 7 272 000 Mark
bei einer Gesamteinfuhr von	15 809 000 Kilo zu 108 967 000 Mark	14 741 000 Kilo zu 89 277 000 Mark

Allein gerade die schnelle Erholung des Kautschukmarkts im laufenden Jahr bringt für die Produktion des tropischen Afrika sehr grosse Gefahren mit sich. Zunächst bietet sie natürlich den Anreiz die Gummiproduktion, das heisst in diesem Fall das Einsammeln der wild wachsenden Lianen, allzu sehr zu beschleunigen, und deren Bestände dadurch zu gefährden. Es ist eine ständige Sorge aller an der afrikanischen Gummiausbeute beteiligten Staaten, dass sich die natürlichen Baumbestände schneller erschöpfen als mit den vorhandenen Mitteln und Kräften Ersatz geschaffen werden kann. In Brasilien scheint diese Gefahr noch längst nicht so drohend zu sein, da das hauptsächlich in

Frage kommende Gebiet des Amazonasstroms an Grösse und Fruchtbarkeit alle afrikanischen Kautschukgebiete zusammen genommen bei weitem übertrifft. Dazu kommt, dass die Verkehrsmittel im Amazonensystem vorläufig keineswegs besser entwickelt sind als in Äquatorialafrika, so dass jede Verbesserung des nordbrasilianischen Verkehrs der natürlichen Überlegenheit dieses Produktionsgebiets zu gute kommt. Endlich aber hat sich unter dem Eindruck der neuen Gummikonjunktur das europäische Kapital auch der plantagenmässigen Produktion in ganz überraschendem Masse zugewandt. In den englischen Zeitungen konnte man während der Sommermonate fast täglich die Prospekte neuer *Rubber Companies* finden, nicht selten sogar mehrere in einer Nummer. Nach einem Bericht der *Kölnischen Zeitung* vom 6. Oktober dieses Jahres sind allein in der ersten Hälfte des Jahres rund 94 Millionen Mark neue *Rubberaktien* ausgegeben, gegen 41 Millionen im ganzen Jahre 1908, und für den Monat Juli zählt die *Kölnische Zeitung* 23 neue Gesellschaften mit wiederum annähernd 40 Millionen Kapital. Erst in den letzten Wochen hat dieses Gründungsfieber eine Abschwächung erfahren. Das Bedeutsame aber für unsere Darlegungen ist nicht nur die Zahl sondern auch das Tätigkeitsfeld dieser Gesellschaften. Seitdem ich auf ihr massenhaftes Entstehen geachtet habe, etwa seit Anfang Juli, ist mir gerade eine einzige begegnet, die in Britisch Ostafrika Gummibau betreiben will. Alle anderen haben Ceylon, das jetzt ganz britisch gewordene Malakka, Britisch Nordborneo, Holländisch Indien zum Ausbeutungsfeld ersehen. Nach einer Notiz der *Morning Post* vom 27. September betrug der Wert des *Rubberexports* aus den Vereinigten Malaienstaaten in den ersten 8 Monaten des Jahres $3\frac{1}{2}$ Millionen Silberdollars (sehr schwankenden Wertes, 1907 à 2 Shilling 4 Pence) gegen 2 Millionen im Vorjahr. Dividenden von 50 bis 75 % für das vergangene Geschäftsjahr bikden bei den in Ceylon und Hinterindien *arbeitenden* Gesellschaften keine Seltenheit. Es ist also klar: Die Kautschukkonjunktur kommt jetzt nicht so sehr Afrika wie Brasilien und, für den Plantagenbetrieb, Hinterindien mit seinen einzigartigen Verkehrs- und Arbeiterverhältnissen zu gute. Verkehrs- und Arbeiterverhältnisse: damit haben wir das Kernproblem für die absehbaren Entwicklungsmöglichkeiten Äquatorialafrikas getroffen. Weder an Verkehrsgelegenheiten noch an Arbeitskräften kann das tropische Afrika irgendwie einen Vergleich mit der hinterindischen Insel- und Halbinselwelt aushalten. In Afrika teurer Landverkehr, in Hinterindien billiger Seeverkehr, in Afrika eine spärliche, regelmässiger Arbeit teilweise noch ganz ungewohnte Bevölkerung, in Hinterindien ein gewaltiges arbeitsgewohntes indisches, malaisches, chinesisches Menschenheer. Das kann in der gegenwärtigen *Rubberkonjunktur*, die natürlich über kurz oder lang zu Überproduktion, Preisdruck und Krisis führt, unter keinen Umständen ausgeglichen werden. Dazu kommt, dass die afrikanische Bevölkerung, soweit sie überhaupt bereits arbeitswillig ist, in den nächsten Jahren voraussichtlich immer stärker durch die Minenarbeit absorbiert werden wird. Schon jetzt haben die Transvaalminen mit Arbeitermangel zu kämpfen, und man rechnet, dass Ende Dezember etwa 10 % der Belegschaft (15 000 von 150 000) aus dem tropischen Afrika geholt werden müssen. In Deutsch Südwestafrika kommt man ja auch schon nicht ohne Owambozug aus, der sowohl in den Otawikupferminen wie im Diamantland der Lüderitzbucht eine wachsende Rolle spielt. Erfüllen dann die rhodésischen Erze und die des Kantangagebiets auch nur halb die Hoffnungen,

die die interessierten Kapitalisten sich und anderen darauf machen, kommen dazu alljährlich einige 1000 Kilometer Bahnbau im äquatorialen Afrika mit ihrer Beanspruchung der verfügbaren Arbeitskräfte, so wird für Plantagenbetrieb, wenn unsere Kolonialpolitiker nicht die fast überall verheissungsvollen Ansätze der Eingeborenenkulturen mit brutaler Gewalt vernichten wollen, so gut wie gar nichts übrig bleiben. Auch in Westafrika nicht, wenn es sich herausstellt, dass das Schwemmggebiet des Niger zwischen Sansanding und Ansango wirklich 4 Millionen Hektar dem Nilland gleichwertigen Bodens enthält, und nur einer von der Wasserstandshöhe des Senegal unabhängigen, also einer Eisenbahnverbindung nach der Küste hin bedarf, um Reis, Mais und Baumwolle in gewaltigen Mengen erzeugen zu können. In diesem Fall wird sich der Kräftebedarf des sehr dünn bevölkerten französischen Nigerien bald bis nach Togo, ja bis nach Kamerun hin bemerkbar machen.

Die selbst von unseren sachkundigsten Kolonialpolitikern angewandte Methode die lokale Entwicklungsfähigkeit irgend welcher innerafrikanischen Bezirke *festzustellen* und dann einfach Eisenbahnen zu fordern, oder gar (bei den Hochlandgebieten des äquatorialen Afrika) zur europäischen Besiedelung oder Farmgründung aufzumuntern, ist im Licht der kolonialen Konjunktur-entstehung einfach falsch und in Deutschland um so bedenklicher, je weiter wir selbst davon entfernt sind für eine unserer tropischen Kolonien das Zusammentreffen aller jener Umstände zu erleben, die zur Entstehung einer kolonialen Konjunktur gehören. Entwicklungsfähig ist jedes Land, schliesslich sogar die Sahara. Es fragt sich eben bei jedem einzelnen nur, wann die verschiedenen Bedingungen erfüllt sind, deren Zusammentreffen erst die Konjunktur gerade für dieses bestimmte Land hervorruft. Wer die Bedingungen für das Entstehen einer Weizenkonjunktur in Westkanada und Argentinien, einer Kautschukkonjunktur in Hinterindien, einer Baumwollkonjunktur vielleicht in Westturkestan, einer neuen Rohrzuckerkonjunktur auf Kuba, Java und Hawaii, vielleicht auch auf den Philippinen und in Japan, einer Kupferkonjunktur wahrscheinlich in Katanga und in Sibirien, einer Eisen- und Kohlenkonjunktur in China ihren besonderen Bedingungen nach beobachtet, der erkennt, dass es von all diesen Fällen und manchen ähnlichen vielleicht nur zwei sind, in denen weltwirtschaftlich wichtige Konjunkturen ausschliesslich durch den Eisenbahnbau bedingt werden. Beide Fälle liegen zufällig in Afrika: Katanga und Französisch Nigerien. Aber schon die sibirische Kupferkonjunktur ist nicht ausschliesslich Eisenbahnsache sondern durch die allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik Russlands bedingt. In allen anderen Fällen spricht entweder die Verkehrslage oder die Marktlage oder die Bevölkerungsziffer oder eine Kombination mehrerer dieser Faktoren das entscheidende Wort. Aber weder die Verkehrslage noch die Marktlage der wesentlichsten tropischen Produkte noch die Bevölkerungsziffer begünstigen zurzeit die Entstehung einer Konjunktur für das durchschnittliche äquatoriale Afrika. Grosse Gewinne für europäische Kapitalisten sind deshalb in absehbarer Zeit aus den deutschen Tropenkolonien Afrikas schwerlich zu erwarten, Rückschläge der allgemeinen Konjunktur werden sich in ihnen am heftigsten zerstörend entladen. Deshalb ist, vom rein praktischen Standpunkt aus gesehen, weder eine staatliche noch eine private Kapitalinvestition stärkern Umfangs in den afrikanischen Tropenkolonien zu befürworten. Verkehrsein-

beziehung durch Eisenbahnbau: gewiss, soweit sie sich unmittelbar rentabel erweist. Die bisher bewilligten und jetzt im Bau befindlichen Bahnen werden ja zeigen, ob man in dieser Hinsicht nicht schon zu weit gegangen ist. In der Höhe ihrer Verzinsung wird für die Zukunft ein absolut sicherer wirtschaftlicher Massstab vorhanden sein. Viel unsicherer aber wird der Massstab bleiben, den man etwa in der Dividendenhöhe der Plantagengesellschaften suchen möchte. Gerade hier wird es sich zeigen, dass, wo vielleicht eine Gesellschaft ihren Aktionären eine den Ansprüchen entsprechende Rente abwirft, noch lange nicht 3 oder 6 Gesellschaften Aussicht auf den gleichen Erfolg haben. Schon heute ist die Masse der zur Verfügung stehenden Arbeiter im Durchschnitt des tropischen Afrika durchaus beschränkt, und schon heute führt in vielen Fällen der Konkurrenzkampf der Farmer und Plantagengesellschaften um die Arbeiter zu Lohnerhöhungen, die bei weiterer Ausdehnung den Betrieb einfach unrentabel machen, solange das tropische Afrika nicht seine Konjunktur erlebt hat. Die Logik der innern Entwicklung drängt deshalb im tropischen Afrika mindestens in dem gleichen Mass auf Förderung der Eingeborenenkulturen wie in Ostelbien auf Sesshaftmachung der Landarbeiter; ja noch mehr als dort, weil für den Durchschnitt des tropischen Afrika auf ausländischen Zuzug nicht gerechnet werden kann. Nur eine starke innerafrikanische Bevölkerungszunahme kann mit der Zeit eine jener Vorbedingungen herbeizuführen, an die der Eintritt einer grossen Konjunkturwelle gebunden ist.

Auf das natürliche Anwachsen der Bevölkerung afrikanischer Rasse kommt deshalb alles an. Mit der Bevölkerung wird auch ihre Arbeitsintensität, werden auch ihre Bedürfnisse steigen. Kolonialpolitisch ist es nicht nur grober sondern allergrößter Unfug den jetzt vorhandenen noch nicht 500 Siedlern Deutsch Ostafrikas erhöhten *Schutz gegen den Kontraktbruch farbiger Arbeiter* verschaffen zu wollen, wie es neuerdings in Aussicht gestellt wird, dann bei vielleicht 1000 Siedlern zu erkennen, dass sich diese Leute gegenseitig wie toll ihre farbigen Arbeitskräfte abspenstig zu machen suchen, bei 2000 Siedlern endlich einzusehen, dass die Ansprüche an den Arbeitsmarkt überhaupt nicht mehr bei halbwegs menschlichen Sitten befriedigt werden können, und schliesslich entweder einen kannibalischen Arbeitszwang einzuführen oder die weissen Ansiedler — die ja in den Tropengebieten nicht körperlich arbeiten können — ihrer eigenen Hilflosigkeit zu überlassen. Jeder Fehler, der jetzt in Deutsch Ostafrika mit einem Zuviel an weisser Siedlung und an Bedrückung der farbigen Bevölkerung gemacht wird, muss sich in absehbarer Zeit bitter rächen. Wird aber jetzt das Hauptgewicht auf eine Kräftigung der Eingeborenenbevölkerung gelegt, dann sorgt die mit der Zeit in ihren eigenen Reihen eintretende soziale Differenzierung von selbst dafür, dass mit dem Beginn einer afrikanischen Konjunktur Arbeitskräfte genug und übergenuß vorhanden sind. Es scheint leider nicht, dass man im Kolonialamt über die Bedürfnisse und vielleicht Bedrängnisse des Augenblicks hinwegsehen und hinwegkommen kann. Dernburg weilt in Amerika, um die Baumwollplantagenkultur *en gros* zu studieren. Das kann, wie die Dinge in Afrika liegen, nur heissen: Negerbedrückung *en gros*. Das Farmerinteresse hätte dann über die ursprünglich verneinlichen Ansichten und guten Absichten des Kolonialsekretärs den Sieg errungen. Der Schritt dem Abgrund zu wäre dann für das deutsche tropische Afrika gemacht, wie er einst für Deutsch Südwestafrika gemacht wurde, als

man dort deutsche Viehzucht *en gros* betreiben wollte. Es kann von empfindlichem Schaden für die deutschen Kolonien werden, dass die deutsche Kolonialpolitik jetzt nicht unter dem Einfluss der deutschen Arbeiter sondern unter dem Einfluss jener Farmer gemacht wird. Vielleicht liesse sich aber dieser Zustand schneller ändern als wir heute in der Regel hoffen, wenn man sich in unseren Reihen einmal darüber klar werden und andere darüber aufklären wollte, was man mit den Kolonien anfangen würde, wenn man über sie zu bestimmen hätte.

XX

MAX MAURENBRECHER · MASSENBILDUNG



IN neuer Winter voll eifriger Bildungsarbeit steht vor uns. Allorten setzen alte Bildungsausschüsse sich zu neuer Überlegung zusammen, oder neue versuchen die ersten unsicheren Schritte auf einem bisher für sie praktisch noch nicht erprobten Gebiet. Überall taucht die Frage auf: Was kann unsere Bildungsarbeit eigentlich leisten? Und wie ist sie einzurichten, damit sie von dem, was ihr überhaupt möglich ist, auch ein möglichst grosses Stück wirklich macht? Alle solche Überlegungen aber setzen voraus, dass man sich darüber klar ist, wem unsere Bildungsarbeit gilt, und was sie aus den einzelnen Menschen zu machen bestrebt ist. Das Ziel, dem die Bildungsarbeit zu dienen hat, lässt sich nicht einheitlich für alle Orte und für alle Arten von Menschen gemeinsam formulieren. Manche Missverständnisse und Diskussionen, die über die Bildungsfrage gepflegt worden sind, wären vermieden worden, wenn man schärfer gesehen hätte, dass auch auf dem Gebiet der Volkserziehung sich eines nicht für alle schickt. Wir alle halten es für selbstverständlich, dass es auf dem Gebiet der Jugend-erziehung verschiedene Schulsysteme mit verschieden abgestuften Schulzielen gibt, nicht nur verschieden je nach dem Alter und der Fassungskraft der betreffenden Kinder sondern auch für gleichaltrige und gleichbegabte Jugendliche verschieden je nach der Richtung, die das Interesse und die Begabung des Kindes nimmt. Sollte für die Erziehung des erwachsenen Menschen nicht das selbe in noch viel höherem Mass gelten? Also ist das erste Erfordernis, das eine wirkungsvolle Bildungsarbeit stellt, dass man sich klar ist, auf welche Menschen diese Arbeit rechnet, und was das Interesse ist, das diese Menschen veranlassen könnte Objekt unserer Bildungsarbeit zu werden. Jeder Bildungsausschuss in jedem Ort, der jetzt zur Beratung für die Winterarbeit zusammentritt, wird ins Blaue hineinarbeiten, wenn er sich nicht zuerst ganz klar und präzis und möglichst konkret das Publikum vorstellt, dem gerade an seinem Ort seine Veranstaltungen dienen sollen.

Die erste, grobe, aber eben darum überall anzustellende Unterscheidung ist die zwischen Masse und Führer. Ich habe das früher schon einmal gesagt und bin hart darüber getadelt worden, dass ich eine so aristokratische Anschauung habe. Das hat mich schon damals nicht weiter geführt und soll mich auch heute nicht stören. Jeder mitarbeitende Parteigenosse oder Gewerkschafter weiss, dass die Zahl derer, die wirklich für die Einzelheiten der politischen und wirtschaftlichen Arbeit Interesse haben, sehr klein ist. Es ist einfach demagogisches Geschwätz, wenn man sagt, der Lehrer soll sich nicht über die Masse erheben dünken; soll nicht eine Geheimwissenschaft für sich behalten und ähnliches mehr. In Wirklichkeit hat jede Vorstandssitzung jedes

kleinsten Wahlvereins ihre *Geheimnisse* für sich und hält bestimmte Dinge aus ihren Beratungen vor der *Masse* der Parteigenossen geheim. Jeder Versammlungsleiter, und in vollendeter Virtuosität der allverehrte langjährige Vorsitzende unserer Parteitage, versteht es inopportune Diskussionen und Anfragen abzuschneiden und zurückzuschieben. Das ist die selbstverständliche Folge aus der einfachen Tatsache, dass nun einmal politisches Interesse, politischer und allgemein-menschlicher Takt und politisch-geschäftliche Schulung unter den Menschen verschieden verbreitet sind. Und mit solchen Unterschieden des Interesses muss auch unsere Bildungsarbeit rechnen, wenn sie nicht über die Köpfe hinweg sondern in die Köpfe und noch mehr in die Herzen der Menschen hinein will. Wenn aber die Worte *Masse* und *Führer* trotzdem anstössig sein sollten, will ich mir gern gefallen lassen, dass statt dessen *politisch Uninteressierte* und *Mitarbeitende* oder *Elementarbildung* und *Unteroffiziersschulung* gesagt wird. Vielleicht wird damit deutlicher, was ich meine.

Ich brauche das Wort *Masse* im eigentlichen Sinn des Worts. Ich denke wirklich an die grosse Masse der Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterjugend unsrer Gross-, Mittel- und Kleinstädte. Es ist keine Frage, dass unsere Bildungsarbeit sie bisher noch nicht erreicht hat, und dass wir Wege suchen müssen auch sie zu erreichen. In Gross Berlin mögen im ganzen an 1½ Millionen erwachsener Arbeiter und Arbeiterinnen leben; von ihnen haben wir noch nicht ½ Million gewerkschaftlich und davon wieder etwa die Hälfte politisch organisiert. Von den Bildungsveranstaltungen der Berliner Genossen aber werden im ganzen ungefähr 50 000 erreicht worden sein, wenn wir die *Freie Volksbühne* und ähnliche Unternehmungen, wie es richtig ist, zu diesen Anstalten hinzuzählen. Entsprechende Zahlen werden für Hamburg, für Leipzig und andere Orte gelten, wesentlich viel geringere für München, Nürnberg, Stuttgart, Hannover, Köln und andere. Von den kleinen Arbeiterstädten und Arbeiterdörfern noch gar nicht zu reden. Die erste Frage bleibt also nach wie vor: Wie kommen wir an diese *indifferenten* Massen heran? Was müssen wir ihnen bieten, um auch ihnen ein Stück Kultur und geistiges Leben zu schaffen?

Hier darf nun als eine wohl überall feststehende Erfahrung der Satz aufgestellt werden, dass diese Massen, im eigentlichen Sinn des Worts, unsere ganze historisch-wirtschaftlich-begriffliche Bildungsarbeit einfach abgelehnt haben. Von Tausenden, die hätten kommen können, sind nicht Hunderte, vielleicht nicht zehn wirklich gekommen. Es hat sich in unseren Vortrags- und Unterrichtsabenden stillschweigend eine Auslese vollzogen. Gekommen sind die, deren Interesse an politisch-wirtschaftlichen Fragen schon vorher geweckt war. Fortgeblieben sind die, deren politisches Interesse mit dem Besuch einer Agitationsversammlung schon hinreichend gedeckt ist. Trotz aller demokratischen Auffassung in der Politik darf man sich der Tatsache nicht verschliessen, dass die Masse für die Entscheidung der einzelnen politischen und wirtschaftlichen Fragen gar kein Interesse besitzt. Sie hat das Vertrauen zu ihrer Partei, dass sie schon richtig geführt wird. Sie will gar nicht selbst urteilen und selbst bestimmen. Sie wählt einen der Ihren in den Reichstag. Sie bestellt sich Vorstände und Referenten. Und denen überlässt sie nun die Führung der Geschäfte und lebt in Hoffnung und Gram ihr unpolitisches

Leben fort wie bisher. Wie manchen Unteroffizier in Partei und Gewerkschaft hat diese *Stumpfheit* der Masse schon bitter enttäuscht und ermüdet; wie mancher hat schon bei schlecht besetztem Saal seine ganze Mühe und Vorbereitung bitter bereut und verwünscht.

Aber die Enttäuschung hat nur darin ihren Grund, dass man von der Masse erwartet hat, was sie nicht leisten kann und auch gar nicht zu leisten braucht. Es ist doch nur theoretisch ausdenkbar, dass in einer Partei von $3\frac{1}{4}$ Millionen Wählern und $\frac{1}{2}$ Millionen Organisierten jeder einzelne wirklich als Individuum mitberaten und mitbestimmen könnte. In der Praxis geht bei wachsenden Massen die wirklich ausschlaggebende Leitung immer an die Vertrauensmänner der Masse, die Unteroffiziere, die lokalen Organisationsleiter und Diskussionsredner hinüber. Die Masse als solche hat das Vertrauen, dass ihre Vertrauensmänner die Sache schon machen werden. Und wenn dies Vertrauen am einzelnen Ort aus persönlichen Gründen mit seinem Gegenstand auch einmal wechseln mag, je höher hinauf man in der Staffeln der Leitung kommt, um so fester und unerschütterlicher wird es bleiben. Die obersten Führer der Masse in Partei und Gewerkschaft verfügen über ein geradezu unerschöpfliches Kapital an Vertrauen und damit an Macht, sobald sie über die Unterführer hinweg an die Masse selbst appellieren. Dieses Vertrauen aber ist nötig, um der Schlagfertigkeit und Geschlossenheit der ganzen Armee willen. Es unnötig erschüttern heisst die Disziplin der Bewegung und damit die Wurzel ihrer ganzen Kraft zerschneiden. Darum aber, weil dieses Vertrauen unsere ganze Stärke und Kraft ist, soll man nun auch über die Kehrseite dieser Tugend nicht gar zu unglücklich sein. Es ist doch nicht möglich, dass Tausende und Hunderttausende in einer Stadt Interesse an den Einzelfragen der Politik und der Wirtschaft behalten, wenn sie auf die Entscheidung dieser Einzelfragen keinen Einfluss mehr besitzen. Interesse an Erörterungen des Für und Wider hat man doch nur, wenn man an der Entschliessung teilnimmt, die aus dem Abwägen dieses Für und Wider kommt. Verliert das Individuum in der steigenden Masse die Möglichkeit am Gesamtwillen der Masse bewusst motivbildend mitzuwirken, so verliert es naturgemäss auch das Interesse über die Einzelheiten der einschlägigen Fragen sich ein Urteil zu bilden. Und damit hängt wieder zusammen, dass sich kein Interesse regt, um die Vorkenntnisse zu gewinnen, die zur Beurteilung dieser einzelnen Fragen nötig sind. Wirtschaftsgeschichtliche oder politisch-geschichtliche Kenntnisse sind meist doch nur ein toter und kalter Besitz, wenn sie nicht Beziehung auf bestimmte praktische Fragen der Gegenwart haben, die sie durch Verstehen der Vergangenheit besser beurteilen lehren. Geschichtliches Interesse oder gar Interesse an rein begrifflichen Definitionen ist nicht um seiner selbst willen da; es wächst aus den Fragen und Nöten der Gegenwart und aus der Not verworrener und sich widersprechender Anschauungen heraus. Wo die aktuellen Probleme in der Taktik des wirtschaftlichen oder politischen Kampfes noch nicht oder nicht mehr gefühlt werden, da werden die Fragen der Wirtschaftsgeschichte, der historischen Politik und der begrifflichen Gesellschaftslehre auch nicht auf Interesse rechnen dürfen.

Aber selbst die *indifferentesten* Massen haben ein ungeheuer starkes Interesse, eine wahre Glut, einen Heissunger für das, was ihnen in der staubigen und ärmlichen Misere des Alltags ihr Lebensgefühl, ihre Lebensfreude und damit

ihren Lebenswert erhöht. Sie fragen nicht nach Politik und noch weniger nach Mittelalter und Altertum. Aber sie fragen nach Liebe und Lust, nach Lachen und Laune, nach Frühling und Frohsinn. Oft kann man arbeitsame Parteigenossen und Gewerkschaftsbeamte finden, die den Leuten die Lust zum Lachen beinahe übelnehmen. Oft hört man es als Vorwurf aussprechen: Ja, wenn der Strelewitz kommt, dann kommen sie zu Tausenden gelaufen; aber wenn wir ein ernsthaft künstlerisches Konzert geben, oder wenn ein *wissenschaftlicher* Vortrag ist, so sind knapp Hundert oder Zweihundert zur Stelle. Seid nicht böse, dass die Leute lachen wollen! Nehmt lieber den Fingerzeig an, den dieses Stück empirischer Volkspsychologie euch gibt, und beginnt eure Arbeit an der Kulturerhöhung der Masse eben dort, wo das Interesse an höherem, freierm geistigen Leben, wenn auch in rohen Formen, sich tatsächlich zeigt. Sorgt dafür, dass die Masse für billiges Geld wirklich lachen kann, ohne über Zoten und Plattheiten lachen zu müssen. Schafft ihnen öfter Gelegenheit guten Humor zu hören und zu sehen; und ihr Geschmack stirbt von selbst für die unterste Stufe des Zotencoupletsängers ab. Mit dem Lachen packt man erfahrungsgemäss das Interesse der weitesten Kreise. Einen Abend zwerchfellerschütternd gelacht, das ist eine Kur gegen Alltagshysterie und Armutsdepressionen, die mindestens Tage vorhält. Öfter angewandt lockert sie den Boden auch für ernstere und problemreichere Kunst.

Aber ich denke durchaus nicht nur an Lachen bei der Massenerziehung. Die Menschen haben ein leidenschaftliches Interesse gesund zu sein. Welcher Arbeiter ist denn wirklich gesund? Wer fühlt sich nicht übermüdet, zer schlagen, gereizt, von eigentlichen Krankheiten noch gar nicht zu reden? Bietet ihnen Aufklärung über ihren Leib, über Reinlichkeit, Hygiene, Lebensfrische! Zeigt ihnen das unausdenkbare Wunderwerk der Biologie des Körpers! Lasst sie das ganze Ringen um Gesundheit und Kraft wirklich als einen Kampf erleben, der sich unbewusst in ihrem Körper abspielt, lehrt sie die weissen Blutkörperchen stärken in ihrem Kampf gegen Stoffwechselprodukte, Ermüdungsstoffe und Bazillen aller Art! Macht ihnen die Funktionen des Leibes zu einem dramatischen Schauspiel, und nicht nur zu einem Schauspiel, nein, zu einer Tat, an der das Bewusstsein helfen kann Gesundes zu stärken und Krankmachendes zu zerstören! Namentlich die Frauen, die zu Millionen von ihrem Körper noch gar keine Ahnung haben, denen alles Reden vom Leib nur ein heimliches Kichern und ein lüsternes Schmunzeln erweckt, würden zu Tausenden kommen, wenn wir die Möglichkeit hätten biologische und hygienische Aufklärung bis in das kleinste Fabrikdorf zu tragen. Und gerade die Frauen haben ein leidenschaftliches Interesse rationell und billig zu kochen und arbeitssparend zu waschen. Bietet ihnen Belehrung darüber, und ihr habt ihnen einen wirklichen Dienst getan! Unsere Frauenrednerinnen gehen herum und halten die selben Reden politischer Art wie die Männer den Männern. Tausend kommen um der Sensation willen, und neunhundert gehen unbefriedigt nach Haus, weil sie als Frauen gepackt sein wollten und nicht als politische Menschen. Hier könnte eine Verinnerlichung unserer Frauenagitation wahrhaftig nicht schaden. Das müsste eine elende Sozialistin sein, die nicht auch von der Waschmaschine, von der Kochkiste oder von der Schädlichkeit des Korsetts aus zu den Höhen einer sozialistischen Perspektive zu gelangen wüsste, von Fragen des ehelichen Lebens und der Kindererziehung noch ganz zu schweigen.

Und über dem allen, es ist dem Menschen eingeboren, dass er Phantasie hat und seine Phantasie beschäftigen will. Wir sollen nicht bloss nützliche und brauchbare Stoffe behandeln sondern auch solche, die ganz allgemein der Phantasie eine Nahrung geben und sie auch in Stunden trockenster, mechanischer Tätigkeit zur Beschäftigung anregen. Die Tätigkeit der Phantasie steigert das allgemeine Lebensgefühl und hebt damit die Lust und den Fröhlichkeit des Menschen. Kinder hören ums Leben gern Geschichten: ihre Phantasie schreit nach Nahrung, und sie nehmen am lieben Gott und den Engeln keinen Anstoss, wenn sie nur etwas für ihre Phantasie zu tun bekommen. Bei Erwachsenen ist wohl die Richtung der Phantasie eine andere geworden; aber ihre lebenerhöhende Funktion ist die selbe geblieben: alle Kunst ruht ja nur auf der Erfahrung von dieser Tatsache. Nun ist freilich die Phantasie der Menschen verschieden. Und es ist auch mehr Sache eines den einzelnen ganz individuell beschäftigenden Buches als einer Versammlung die Phantasie zu speisen. Um so wichtiger ist diese Sache für unsere Bibliotheken, namentlich an den kleineren Orten. Jede Gewerkschaft- oder Parteibibliothek müsste systematisch versuchen Lektüre auch für solche zu schaffen, die unsere Parteiliteratur noch längst nicht erreicht hat. Und da sind erfahrungsgemäss immer wieder die lockendsten Stücke der Roman, die Reisebeschreibung, das naturwissenschaftliche Buch, das die Entwicklung der Dinge lehrt, biologisch und nicht rein beschreibend. Hier kann auch das geschichtliche Buch nützlich sein, wenn es anschaulich Einzelmomente schildert, Biographien, Erzählungen aus der Vorzeit, Schilderungen dramatischer Konflikte wie die französische Revolution oder anderes. Aber neben und eventuell vor dem Buch muss der lebendige Vortrag die Anschauung und das Gefühl beleben. Es ist eine alte Erfahrung, dass zum Beispiel der naturwissenschaftliche Vortrag mit Lichtbildern unter Umständen Massen heranzieht, die sonst nie in einen *wissenschaftlichen* Vortrag kommen. Aber ohne Demonstrationen ist der naturwissenschaftliche Vortrag nichts; dann ist er reine Wortbildung und damit der Tod aller Phantasie. Anschauung ist hier alles. Das Reden von Zelle oder dergleichen, ohne dass die Menschen sie wirklich sehen, ist mehr gefährlich als nützlich. Es verbildet die Köpfe noch mehr als die unanschauliche Methode unserer Volksschulerziehung es heute leider ohnehin tut. Der geschichtliche Vortrag kann Hunderte fesseln, wenn er nicht Extrakt sondern Anschauung bringt. Wenn ich in 8 Abenden die ganze Wirtschaftsgeschichte erzähle, von der Volkswirtschaft bis zum Zukunftsstaat, so kann das — das hängt von der Art der Behandlung ab — für den, der schon etwas von diesen Dingen weiss, ein sehr brauchbarer Überblick sein, der das einzelne in einen grösseren Rahmen stellt. Es kann aber niemals für den Anfänger eine fruchtbare Einführung in die geschichtliche Arbeit bilden. Der geschichtliche Vortrag oder Vortragszyklus auf der Elementarstufe der Massenbildung muss eine einzelne Tatsachenreihe behandeln, eine Persönlichkeit, deren Leben ein Kämpfen und Ringen um neue Werte war, und zwar um Werte, die der Masse geläufig sind und von ihr als Werte gefühlt werden, oder eine einzelne dramatisch zugespitzte Entscheidung. Auch tragische Schicksale aus der Geschichte fesseln und wirken, wie ein Drama oder wie ein Roman. Aber immer, das Geschehene muss in seiner ganzen menschlich-persönlichen Wucht, in seiner Wärme und Anschaulichkeit als Kampf und Ringen erscheinen. Begriffe, die in sich blutleer sind, die dem Gefühl der Masse nichts sagen, sind

auf dieser Stufe der Tod jeder wirklichen Bildung und wirken nur abtösend und saalverörend. Der *Feudalismus*, der *Kapitalismus*, die *Bourgeoisie*, das *Feudalsystem* usw. sind für solche auf Massenerhebung berechneten Vorträge einfach einschläfernd und tödlich. In diesem Punkt sündigt nicht nur unsere wissenschaftliche sondern ebenso stark unsere alltägliche Parteipropaganda noch unzählige Male, weil die Redner niemals gelernt haben ihr Publikum genau und konkret zu taxieren.

Aber ist das nun alles eine sozialistische Erziehung? Soll dieses gut abgetönte Gemengsel aus Posse, Kochkiste, Seifenwasser und Heroenverehrung einer Organisation im Ernst zugemutet werden, die vom Marxismus durchtränkt ist und die unter Bildung und Volkserziehung im wesentlichen nur die Erziehung zum Klassenbewusstsein und zur Energie des Klassenkampfes versteht? Es soll. Es ist nämlich schon hier zu sagen, dass das ewige Reden vom Klassenbewusstsein in Wahrheit nicht einen Pfifferling wert ist, und dass es vielmehr darauf ankommt dieses Bewusstsein erleben zu lassen. Ein Gefühl, das zum innersten Besitztum des Menschen gehören soll, könnt ihr ihm nicht mit vagen Worten suggerieren. Wenn es nicht aus seinem eigenen Herzen emporschlägt, wenn es nicht wie ungerufen und ungewollt in ihm wach wird, ist es nicht sein eigenes Wesen, ist es nicht ein Fels, auf den ihr euch im Ernstfall verlassen könnt. Das Klassenbewusstsein des Proletariats entsteht nicht durch theoretische, begriffliche Unterweisung, durch Popularisierung der ersten 50 Seiten des *Kapitals*, nicht durch *Werttheorie* und *materialistische Geschichtsauffassung*, es entsteht nur daraus, dass der Arbeiter ein höheres und besseres Leben neben und über sich sieht, und dass er Sehnsucht nach diesem Leben spürt. Solange die Sehnsucht nach einem edlern Dasein in ihm nicht geweckt ist, nützen alle Handgriffe und Praktiken agitatorischer Routine rein nichts. Ist aber diese Sehnsucht und damit der Groll, die Wut und Empörung, meinethalben der Neid und der Hass erst einmal geweckt, dann springt der Gedanke einer organisierten Aktion zur Erreichung der goldenen Zukunft von selbst aus dem Herzen hervor. Versucht es einmal an die stumpfe Masse, die selbst den aufpeitschendsten Agitationsversammlungen fernbleibt, durch unpolitische Veredelung heranzukommen, lasst sie in Theater, Konzert, Bilderbetrachtung, Bücherlektüre, hygienischer, hauswirtschaftlicher, pädagogischer Schulung erst einmal ahnen, was ihr fehlt, und was sie schon heute haben könnte, wenn sie nur Geld hätte: Das Klassenbewusstsein, um das die *marxistischen* Katechismussprüche seit Jahren umsonst gerungen haben, wächst aus solcher Aussaat von selbst hervor. Der Klassenunterschied, die Sklavenenge, der ganze empörende Schmutz der Armut, ihr Ausgeschlossensein von allem, was das menschliche Leben erst wahrhaftig zum menschlichen Leben macht: das alles wird in solchen Stunden wirklich erlebt und nicht nur beredet. Das ganze Elend ist ja eben das, dass noch Millionen in der Masse herumlaufen, die gar keine Ahnung haben, wovon eigentlich der Fluch der Armut sie rettungslos abgeschnitten hat. Begehrlichkeit wecken: dieses gute alte Lassallesche Rezept muss das Motto für alle Erziehung sein, durch die man die Masse, im eigentlichen Sinn des Worts, erreichen will. Und dazu dient alles, was ihnen die Ahnung einer höhern Lebensführung übermittelt.

Auch die enrägiertesten *Marxisten* haben sich durch den Zwang der Tatsachen

genötigt gesehen dem Theater, dem Konzert, der künstlerischen Ausstellung einen breiten Raum in der Bildungsarbeit zu überweisen. Und alle *ökonomisch-historische* Unterweisung ist, als Massenbildung gedacht, ein Schlag ins Wasser geblieben. Energieen weckt man nicht durch Theorieen sondern durch Erlebnisse und von diesen angeregte Gefühle. Lasst die Menschen etwas Aussergewöhnliches erleben, lasst sie in einem Kunstgenuss erzittern, lasst sie an den gewaltigen Stürmen der Geschichte teilnehmen oder in die ewigschaffende Natur sich versenken, oder lasst sie ahnen, wie viel weniger Kinder ihnen zu sterben oder zu missraten brauchten, wenn sie nur Geld und Aufklärung hätten, um ihnen die richtige Behandlung zu gönnen: und dann lasst sie in die selbe Erbärmlichkeit zurückkehren, aus der sie kamen, und wartet, ob ihnen nicht von selbst die Augen darüber aufgehen, in was für einem Elend sie eigentlich bisher hingelebt haben. Sie wollen ein Buch lesen und sind in ihren traurigen vier Wänden niemals allein. Sie sind müde und werden durch Kinderlärm, Sorge, Unfreundlichkeit unter einander immer von neuem zermürbt. Sie brennen vor Verlangen nach einem geistigern Leben in Lektüre, Gesprächen, Naturbetrachtung, Stille und Ernst, und müssen 10 Stunden und länger an eine Arbeit gebannt sein, die keine Freude mehr hat und kein beglückendes Auskommen schafft und doch all ihr Denken beherrscht. Und jeden Tag gibt es ein qualvolles Wollen und ein müdes Zurücksinken. Jeden Tag stossen Lebensgefühl und Lebenssehnsucht auf eine Wirklichkeit, die keine Gnade kennt und rücksichtslos den Armen unter die Räder wirft. Die solches an sich selbst erleben, wissen nachher, was es heisst in einer kapitalistischen Welt leben, und wenn sie vom *Mehrwert* noch gar keine Ahnung haben. Und sie fühlen den Willen zur Zukunft ganz anders brennen als wenn sie nur mit Worten gelernt haben, dass aus der privatkapitalistischen Wirtschaft mit *Naturnotwendigkeit* die sozialistische Ordnung hervorgehen müsse.

Aber woher die Mittel und die persönlichen Kräfte nehmen, um in jedem Stadtbezirk und in jedem Dorf mit solchen Veranstaltungen und Büchern an die Masse wirklich heranzukommen? Es ist ja keine Frage, dass dazu zurzeit die Mittel aus der Arbeiterbewegung selbst nicht beschafft werden können; schon die pekuniären und noch mehr die persönlichen Kräfte reichen dazu nicht aus. Aber um sich klar zu machen, was eigentlich geschehen müsste, und wie unermesslich viel noch zu tun ist, ist es doch gut das Ideal zunächst ohne Rücksicht darauf zu formulieren, was nach dem augenblicklichen Stand der Kräfte möglich ist. Und dann ist es ja bei diesen Veranstaltungen durchaus nicht nötig, dass sie alle nur von uns ausgehen und mit unserm Gelde bezahlt werden. Es wäre vielmehr eine weise Sparsamkeit, wenn der betreffende Bildungsausschuss am einzelnen Ort diesen Teil der gesamten Erziehungsarbeit mehr durch andere Organisationen ausüben und bezahlen liesse und selbst nur eine Art stiller, vielleicht ganz unbemerkter Kontrolle übte. Man mag dabei in erster Linie an die Arbeitersänger und Arbeiterturner denken. Doch darüber hinaus könnten auch Volkskonzerte, Volkshochsulkurse, Volkstheaterabende und anderes mehr von uns benutzt und empfohlen werden, auch wenn sie nicht von der organisierten Arbeiterschaft ausgehen. An manchen Orten haben die Genossen ein wahres Grauen davor *bürgerliche* Vorträge oder Konzerte zu hören. Sie fordern von ihrem Bildungsausschuss, dass er ähnliche Veranstaltungen selbst arrangieren solle. Das ist unrichtig. Natürlich soll der Bildungsausschuss kontrollieren, was hier geboten wird. Aber zu mindestens zwei

Dritteln wird es sich dabei um unschuldige und politisch für uns unanstössige Dinge handeln. Wir haben selbst in mittelgrossen Orten gar nicht die pekuniäre Möglichkeit und erst recht nicht das fachmännische Urteil muster-gültige populäre Konzerte zu schaffen. Die Volkskonzerte, oder wie sie sonst heissen, beruhen vielfach auf Stiftungen, städtischen Unterstützungen oder hohen Mitgliederbeiträgen sogenannter *humaner Vereine*. Sie können pekuniär und ihrer fachmännischen Leitung wegen mehr bieten als wir. Benutzen wir sie, und sorgen wir durch die Zeitung und gelegentliche Versammlungshinweise dafür, dass sie auch wirklich belebend und im oben geschilderten Sinn aufreizend wirken. Das selbe gilt für das ganze Gebiet naturwissenschaftlicher und geographischer Bildung und selbst noch für einen grossen Teil geschichtlicher Vorträge und Literatur. Erste Pflicht eines tüchtigen Bildungsausschusses ist allerdings, dass er unterrichtet ist und einen vollständigen Überblick darüber hat, was in seinem Bezirk an solchen Veranstaltungen schon besteht. Auch für seine Bibliothek könnte er manches Zehnmarkstück sparen, wenn er systematisch die neutralen oder gar gegnerischen Bibliotheken in ihren auch für uns brauchbaren Bestandteilen benutzen liesse.

So viel wäre über die Ziele und Wege der Massenerziehung zu sagen. Die gewöhnliche gewerkschaftliche und politische Agitation, die ja natürlich ununterbrochen daneben weiterläuft, sorgt schon genug für die allerelementarste wirtschaftliche und politische Kenntnis. Die Aufgabe des Bildungsausschusses in der Massenerziehung ist dafür zu sorgen, dass von irgendwoher den Menschen Anregung zu höherem Leben, Frohsinn, Erkenntnis und Sehnsucht nach besseren Zuständen zugeführt werde. In ihren Einzelheiten ist diese Aufgabe viel zu umfassend, als dass eine einzelne Organisation sie lösen könnte. Aber das ist auch nicht nötig. Denn alle ihre Gebiete sind so allgemein-menschlich, dass es wirklich nicht allzu gefährlich ist, wenn wir hier auch *bürgerliche* Menschen für und mit uns arbeiten lassen. Und gerade wenn wir ihnen den Hauptstamm ihrer Benutzer stellen, werden diese Veranstaltungen auf die Dauer unserm Einfluss immer stärker unterworfen werden können.

Das eigentlich politische Gebiet, auf dem ja unüberbrückbare Gegensätze zwischen uns und den Leitern jener neutralen Organisationen bestehen, bleibt auf dieser Stufe allerdings noch gänzlich unberührt. Zweck und Ziel dieser Stufe ist vielmehr nur müden, verstaubten und abgearbeiteten Menschen eine Lunge voll frischerer, höherer Luft und eine Ahnung einer edlern Lebensweise zu geben. Das politische Gebiet beginnt erst auf der zweiten Stufe, auf der es sich um die Führer oder, wenn man lieber will, die Funktionäre und Wortführer der Arbeiterschaft handelt. An dieser Erziehung des Nachwuchses hängt die Zukunft der Partei und die Taktik, die sie befolgt. Über sie muss daher noch eingehender geredet werden.

MAX HOCHDORF · DER FURCHTBARE TOD



B nun Sokrates salbungsvoll das Eingehen zum Tode preist, ob sich Seneca lächelnd und schönredend die Pulsadern öffnet, ob Caesar stolz hingeht, ob die Märtyrer Christi mit Jubel aus dem Rauch des Scheiterhaufens ihren erhofften Heiland besingen, sie alle können den Tod nicht seines Entsetzens und seiner Grässlichkeit entkleiden. Vielleicht 7 Billionen Menschen sind seit den 6000 Jahren, die unserm ge-

schichtlichen Bewusstsein angehören, zum Leben geboren und vom Tode umarmt worden. Diese 7 Billionen hatten Entsetzen und Grauen vor dem Tode. Was bedeutet es denn, dass 1 Million, selbst 2 oder 3, entschlossen und fest dem Ende entgegengingen? Das einzige, was Wirklichkeit ist im Leben der Menschen, das ist ihr Schauer und ihre Furcht vor dem Tode. Unser Lebensglück, unsere Lebensver zweiflung, alles das sind bestreitbare Empfindungen. Aber das Todesgraun ist ein klares, nie misszuverstehendes Gefühl.

Der dänische Chirurgieprofessor Oscar Bloch, der schon tausendmal Sterbende sah, glaubt nicht an diese Wahrheit. Er hat ein dickes Werk *Vom Tode* geschrieben, das kürzlich auch deutsch herauskam, bei Axel Juncker in Berlin. Wenn man will, ist es ein Kampfbuch gegen die Todesfurcht, ein Loblied auf den Tod, dass er etwas sehr Mildes, sehr Stillendes und Erlösendes sei. Obwohl das Werk sehr gelehrt ist, obwohl es mehrere Tausende von Beispielen der Menschen bringt, denen der Tod gar eine Herrlichkeit gewesen sein soll, glaube ich nicht an den Arzt, halte ich seinen tausend angeblich zufriedenen Sterbenden die Billionen derer entgegen, die im Schreckenskampf der Seele, in der Höllenwirrnis des Gemüts ihren letzten Seufzer ausstießen. Und weiss denn Herr Professor Bloch, was die von ihm Genannten, die so gefasst waren, in den letzten Minuten empfanden, die den Sterbenden sich vielleicht zu Ewigkeiten dehnten?

Der Arzt versichert und wiederholt es: Mensch, deine letzten Stunden sind fast immer ohne Schmerzen. Wir sehen zum Tod Kranke im schweren Krampf und meinen, dass sie Grausames erleiden. Dem ist nicht so, sagt der Arzt; ihr Gefühl und ihre Gedanken werden nicht von alledem berührt. Aber vorher? fragen wir alle, die nicht von dem Glauben des Arztes sind. Die Zahl derer, die sich fürchten, ist viel grösser als die der Mutigen. Nur sind alle im Irrtum, wenn sie meinen, dass Furcht etwas Lasterhaftes, etwas Unmoralisches sei. Weil wir eben auf die Welt mit grossen Schwächen gekommen sind, weil wir tausend Dingen untertan sind, mächtiger als wir, müssen wir Furcht empfinden, wo uns die Dummheit nicht hinweghilft. Unser Leben ist ein ewiges Versteckenspielen mit den Mächten, die uns regieren. Wir wollen diesen Mächten, die uns schaden, entkommen und ihnen ent schlüpfen. Und vor der geschicktesten, zielsichersten Macht, vor dem Tod, flüchten wir so lange, bis er uns dennoch packt. Darum bleibt uns nichts andres übrig als furchtsam vor dem Tode zu sein. Aber wir müssen ihm auch, solange es geht, mit Schlaueit und Verschlagenheit begegnen. Denn er fällt uns ja hinterrücks an, unerwartet und geheimnisvoll. Er ist der unehrlichste unserer Feinde, und obgleich er uns spielend überwinden könnte, scheut er nicht die niedrigsten, niederträchtigsten Mittel des Kampfes. So also ist der Tod.

Und wie sind wir, seine Gegner, die Lebendigen? Der alte Buffon und der klassische Darwin und unser Zeitgenosse Maeterlinck erzählen, dass die Blumen und die Pflanzen mit Werkzeugen ausgestattet sind, die ihnen einen herrlichen, lange, lange siegreichen Kampf gegen das Sterben sichern. Wir erinnern uns, dass wir als Kinder ein grausames Spiel trieben, dass wir einen Regenwurm nahmen, dass wir ihn zertrennten und zertraten, und doch lebte jedes abgerissene Stücklein vom Wurm unter dem Schlag unserer benagelten Schuhsohle noch weiter. Es schlängelte sich, und es wand sich, und wir mussten ihm erst den Garaus mit einer Heftigkeit machen, die auch zum Töten


eines unendlich grössern Wesens, zum Beispiel eines Menschen, gereicht hätte. So viel Zähigkeit hatte der Wurm. Er war stark gegen den Tod und gewappnet. Wir Menschen sind nicht so begabt wie der Wurm. Hört nur den Dr. Bloch, den Arzt, der sich auf das Sterben der Menschen versteht! Der wird euch sagen, dass in einem einzigen Knoten des Nackens die ganze menschliche Lebenskraft aufgestapelt ist, dass es für einen bösartig fallenden Stein, für den Scharfrichter und den Henker ein leichtes ist den Menschen an diesem Lebensknoten zu treffen, damit er sofort verendet. So erbärmlich steht es also mit der Lebensfähigkeit des Menschen. Und da behauptet unser medizinischer Mentor noch immer, dass der Mensch sich vor dem Tod nicht ängstigen soll? Er ist gegen den Tod ohnmächtiger als jede andere Kreatur. Das ist bei genauerm Zusehen auch kein Wunder. Denn er wurde ja als das fehlerhafteste und schlechteste Wesen am letzten Tage der Schöpfung zur Welt gebracht. Nachdem der Schöpfer die Flüsse und die Berge gemacht hatte, die Vögel und die Würmer, die Fische und die Löwen, war er bedenklich müde, waren ihm die Phantasie und der Atem ausgegangen, und er machte zu guterletzt noch etwas, das ihm wenig Ehre einträgt. Eine Pfuscharbeit, um es gerade heraus zu sagen, das ist der Mensch.

Einen Tag vor dem Tode sollst du zum Sterben bereit sein. So steht es in den Sprüchen der Väter. Das ist nicht minder eine infame Einrichtung, dass wir niemals wissen, wann dieser Tag ist, dass wir blindlings in den Tod hineingerissen werden, dass er uns oft keine Zeit lässt unsern letzten Willen aufzuzeichnen, unsere Lieben zu besegnen, unseren Feinden ein Tüchtiges und Fühlbares auszuwischen. Der Tod hindert uns einfach alles das noch zu erfüllen, was wir dem Leben schuldig sind. Er bringt uns mit anderen Worten nicht nur um unsere Ruhe, unser artiges Glück, unsern guten Frieden, er raubt uns auch unsern ehrlichen Namen, er macht uns zu Schuften, denn er zwingt uns die Schulden an das Herrlichste und Beste, an das Leben, nicht zu bezahlen. Säumige Schuldner, die auf der Erde bleiben, können gepfändet, verprügelt oder ins Gefängnis gesteckt werden. Aber wer wird sich mit einem faulen Zahler einlassen, der zum Jenseits entrückt ist? Die Prozesse mit dem Jenseits endigen ja immer zum Schaden der Irdischen.

So, Herr Professor Bloch, nun sprechen sie weiter von der Milde des Todes. von seiner chevaleresken Natur! Er ist und bleibt ein niederträchtiger Menschenfeind, den alle bekämpfen wollen, die noch Mark in den Knochen haben. Alle Philosophen sprachen die Unwahrheit, die uns die Furcht vor dem Tod nehmen wollten. Auch alle Dichter, alle Gottesmänner, alle Eremiten und Wahnsinnigen, da sie lobend und lockend von dem Tod sprachen.

XX

ADOLF HEPNER · DAS ITALIENISCHE FRAUEN- UND KINDERSCHUTZGESETZ

 NTERM 10. November 1907 ist das italienische Frauen- und Kinderschutzgesetz vom 19. Juni 1902 amendiert, und unterm 14. Juni 1909 ist die Ausführungsverordnung hierzu erlassen worden. Amendiert ward nur der 1. Artikel, der nun lautet:

»Zur Arbeit in industriellen Betrieben, chemischen Fabriken, zu Bauten und nicht unterirdischen Arbeiten an Brüchen, Minen und Stollen werden Kinder

vor Vollendung des 12. Jahres nicht zugelassen. Zur unterirdischen Arbeit in Brüchen, Minen und Stollen ist Vollendung des 13. Lebensjahres erforderlich, wo mechanischer Kraftbetrieb vorhanden, sonst Vollendung des 14. Jahres. Weibliche Personen jeden Alters sind von dieser Arbeit ausgeschlossen. Abgesehen von Vorgedachtem werden Kinder vor vollendetem 15. Lebensjahr und weibliche Personen vor vollendetem 21. Lebensjahr nicht zu gefährlichen, allzu anstrengenden und ungesunden Arbeiten zugelassen. Doch können Kinder, die das 14. Lebensjahr vollendet, in den Schwefelgruben Siziliens zur Bedienung der Öfen zugelassen werden.◀

Unverändert blieben alle anderen Bestimmungen, so namentlich die, dass Kinder vor vollendetem 15. und weibliche Personen vor vollendetem 21. Lebensjahr, die sich um industrielle Beschäftigung bewerben, in ihrem Arbeitsbuch ein Attest der Sanitätsbehörde haben müssen.

Mitte August lief durch die Tagespresse der Partei eine Notiz folgenden Inhalts:

◊Jetzt erst wird die Ausführungsverordnung zum italienischen Frauen- und Kinderschutzgesetz bekannt gegeben; es geht daraus hervor, dass wenigstens die Kinderarbeit in den Schwefelgruben Siziliens verboten ist.◀

Richtig ist, dass die Ausführungsverordnung vom 14. Juni dieses Jahres jetzt erst bekannt gegeben wurde. Wie aus dem Text des Titels I hervorgeht, ist zwar die Arbeit von Kindern und minderjährigen weiblichen Personen in den Schwefelmahlwerken und -raffinerieen verboten. Dagegen gestattet der oben zitierte Artikel I des Hauptgesetzes im Schlusssatz die Verwendung von Kindern über 14 Jahre zur Bedienung der Schmelzöfen in den Schwefelgruben Siziliens.

Unverändert blieben ferner folgende Bestimmungen: Nachtarbeit ist allen weiblichen Personen (jeglichen Alters) und Knaben vor Vollendung des 15. Lebensjahres untersagt, ersteren jedoch ausnahmsweise gestattet, wenn sie Material in Händen haben, das dem Verderben ausgesetzt ist, falls es nicht sofort verarbeitet wird. Kinder von 12 bis 15 Jahren dürfen 11, Frauen 12 in 24 Stunden beschäftigt werden. Kinder und Frauen jeden Alters haben eine Ruhepause von mindestens 1 Stunde, wenn ihre Arbeitszeit 6 bis 8 Stunden beträgt; von 1½ Stunden, wenn die Arbeitszeit 8 bis 11 Stunden, von 2 Stunden, wenn die Arbeitszeit länger als 11 Stunden währt. Frauen jeden Alters und Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr müssen in jeder Woche einen vollen freien Tag (von 24 Stunden) haben. Wöchnerinnen dürfen einen Monat nach der Entbindung nicht zur Arbeit angenommen werden; auf grund ärztlichen Attestes kann die Arbeitsaufnahme nach 3 Wochen erfolgen.¹)

Zum vorletzten Satz des obgedachten Artikels I brachte Artikel 4 folgende Erläuterung:

◊Die gefährlichen, allzu anstrengenden und ungesunden Arbeiten, die Kindern vor vollendetem 15. und minderjährigen weiblichen Personen, das heisst vor vollendetem 21. Lebensjahr, zu verbieten oder unter gewissen Kautelen zu gestatten sind, werden durch königliche Erlasse bestimmt werden, nachdem der Oberste Gesundheitsrat, der Oberste Industrie- und Handelsrat und der Oberste Arbeitsrat darüber gehört worden.◀

Dies ist nun in der Ausführungsverordnung vom 14. Juni 1909 geschehen. Sie zerfällt in 2 Abteilungen, die ein Verbot gewisser Industrien und ein (teils unbedingtes teils bedingtes) Verbot gewisser Arbeiten für Kinder vor vollendetem 15. und Frauen vor vollendetem 21. Lebensjahr enthalten. Minder-

¹) Dieser Mutterschutzembryo rief eine Mutterschaftskassenbewegung hervor, die noch nicht abgeschlossen ist. Ich habe dieses spezielle Thema eingehend für die Gleichheit bearbeitet.

jährige Frauen (vor vollendetem 21.) und Kinder (vor vollendetem 15. Lebensjahr) zu beschäftigen ist in folgenden 28 ungesunden und gefährlichen Industrien absolut verboten:

1. Mahlen und Raffinieren von Schwefel;
2. Erzeugung von Schiesspulver, Dynamit und anderen Explosivstoffen;
3. Beschäftigung in pyrotechnischen Fabriken; Verfertigung von Zündschnur für Bergarbeiter, Kapseln für Feuerwaffen und Einrichtungen für Cartoucheladung;
4. Erzeugung von Leuchtgas;
5. Erzeugung von Karbid und dessen Abfallprodukten;
6. Erzeugung von Schwefelsäure, schwefliger Säure und Sulphiten, Nitrtsäure und Chloridsäure;
7. Erzeugung von komprimierten Gasen, wie Kohlensäure, Oxygen, Ammoniak;
8. Beschäftigung in Kohlenschwefelwerkstätten;
9. Arbeit mit Phosphor, Chlor, Chlorür, Schwefelchlorür und Hyperchloriden;
10. Arbeit mit Chlorsäure;
11. Arbeit mit Bleioxyd und Bleiweissoxyd, anderen Bleipräparaten und antimoni-schen Präparaten;
12. Arbeit mit Sodasalz nach der Art von Schwefelsäure;
13. Arbeit mit Ammoniak und Pottasche;
14. Arbeit mit Cyanverbindungen;
15. Arbeit mit Bariumsalzen, Oxalsäure und oxalsaurem Salz;
16. Arbeit mit Anilinfarben;
17. Arbeit mit Farben mit arsenischer Base und Arsenpräparaten;
18. Arbeit mit Kollodium und Zelluloid;
19. Arbeit mit Schwefel-, Äthyl-, Essig- und Propioläther, mit gewissen Essenzen und Essenzölen, wie Terpentin und Kampher;
20. Reinigung von Edelmetallen;
21. Vergoldung und Versilberung;
22. Arbeit an Spiegeln mit Verwendung von Quecksilber;
23. Bearbeitung von metallischem Blei, Lettern-guss, Herstellung von Legierungen, die Blei, Zink, Zinn, Arsenik, Antimon oder Quecksilber enthalten;
24. Präparierung von Zinkweiss;
25. Destillierung und Raffinerie von Petroleum;
26. Extrahieren des Öls aus Olivenschalen und anderen Ölen mittels Kohlenschwefel;
27. Behandlung animalischer Reste;
28. Verarbeitung von Abfällen.

Es folgt dann die Aufzählung der ungesunden und gefährlichen Arbeiten, mit denen Kinder und minderjährige Frauen nicht — oder nur unter gewissen Kautelen — beschäftigt werden dürfen. Verboten ist die Arbeit in:

1. Bergwerken: in der Grubenhöhle und bei Vernichtung der Minerale; bei Aufstellung von Gerüsten; zur Handhabung der Hämmer- und Drehapparate und der Wänden; zur Handhabung von Pumpen und Ventilatoren bei der unterirdischen Arbeit;
2. Steinbrüchen und Moorstichen: bei den vorerwähnten Arbeiten und zur Fortschaffung der Fels- und Feldstücke;
3. Werkstätten zur mechanischen Präparierung der Mineralien sowie der Produkte der Bergwerke und Brüche: bei der Pulverisierung und bei trockenem Sieben und Auf-rühren der Pulver;
4. metallurgischen und mineralogischen Werkstätten: bei Behandlung von silberhaltigem Blei, Zink, Arsenik, Antimonium oder Quecksilber mit Feuer; bei Bedienung der Schwefelverbrennungsöfen zur Flüssigmachung schwefelhaltender Minerale; beim Ausglühen schwefel-, arsen- und antimonhaltiger Metalle; bei den Arbeiten des Glättens und Schleifens von Laminienz etc.;
5. Anlagen zur Erzeugung, Übertragung und Verteilung von Elektrizität: bei Handhabung, Reinigung und Instandhaltung der Verteilungsstelle; bei den Operationen zum Instandhalten der Akkumulatorenbatterien sowie bei allen Operationen, die sich auf das Ein- und Ausschalten des Stroms und auf alle dem Strom dienenden Apparate beziehen;
6. Streichholzfabriken: in den Räumen, in denen die phosphorische Paste zubereitet

- wird, die Streichhölzer in die Masse eingetaucht und getrocknet werden; auch in den mit den gedachten Lokalitäten in Verbindung stehenden Räumen, oder wo sonst phosphorische Ausdünstungen sich verbreiten;
7. Teerdestillationen zur Erzeugung von Benzin, Paraffin, mineralischen Öls usw.: in den Räumen, in denen die Destillation betrieben wird;
8. Tabakfabriken: beim Öffnen der Ballen, beim Auslesen gefeuchteter Blätter; im Gärungsraum, im geschlossenen Trockenraum; beim Mahlen und Sieben; bei Erzeugung von Extrakten; beim Tabakschneiden;
9. Fabriken von Chininsulphat: in den Räumen, in denen man die Chinrinde pulverisiert und das Sulphat reinigt;
10. Glas- und Kristallfabriken, besonders für feine Glasarten (Musselglas) und Email: in den Räumen, in denen man den Stoff pulverisiert und die Proben macht; bei der Glasbläserei; bei Reinigung und Löschung der Öfen; beim Dunkeln und beim Einschneiden, beim Glätten und Schleifen des Glases;
11. Fabriken von Kautschuk und Guttapercha: in den Räumen, in denen man mit Kohlenschwefel und Schwefelchlorür vulkanisiert, Kautschuklösungen in Essenzölen präpariert und die Lösungen dem Stoff appliziert, um ihn undurchdringlich zu machen;
12. Amiant- oder Asbestwebereien: wo die rasche Beseitigung des Staubes nicht gesichert ist;
13. Gerbereien: in den Räumen, in denen der Gerbstoff gemahlen wird; bei der Behandlung der Häute mit Kalkerde; in den Gerbgruben oder wo sonst sich Staub entwickelt, oder bei den Operationen zum Reinigen der Häute mittels entzündlicher Stoffe, wie Petroleum, Äther etc.;
14. Filzindustrie: bei Bearbeitung des Filzes mittels präparierten Quecksilbers;
15. Bearbeitung von Haaren: beim Abreiben mit Bimstein, Bürsten etc., vorausgesetzt, dass kein wirksames Mittel gegen Staubeinatmen vorhanden ist;
16. Fabriken von künstlichem Dünger: in den Räumen, in denen durch Mahlen Staub entsteht und sich durch chemische Reaktion Dämpfe und Gase entwickeln;
17. Leimfabriken: beim Auslesen von Knochen und hornartigen Substanzen und beim Hantieren damit;
18. Beinknopffabriken: wie unter 17;
19. Papierfabriken und Lumpenmagazinen: beim Auslesen und Zerkleinern von Lumpen und Lumpenpapier, vorausgesetzt, dass keine Sicherheitsmassregel gegen Staubeinatmen getroffen ist; ferner beim Färben des Papiers mit giftigen Präparaten;
20. Buchdruckereien: beim Reinigen der Lettern;
21. Werkstätten für Bearbeitung von Kalkstein, Gips, Zement, vulkanischem Sand, Amiant oder Asbest, Talkstein oder Bittererde, Graphit, Marmor und Baryt: wenn für wirksame Verhinderung der Staubverbreitung nicht gesorgt ist;
22. Fabriken zum Ausklopfen, Kämmen, Reinigen etc. von Wolle, Baumwolle, Flachs, Hanf, Jute, Fasern, Federn, Haaren und für Seidenappretur: in den Räumen, in denen diese Arbeit geschieht, wenn keine Vorrichtung zur Beseitigung des Staubes vorhanden ist;
23. keramischen Fabriken: in den Räumen, in denen der Grundstoff gemahlen und präpariert, und in denen Blei verwendet wird;
24. Färbereien: in den Räumen, in denen giftige Farben verwendet werden;
25. dem Hafendienst: bei Verballastung von Segel- oder Dampfschiffen; beim Ein- und Ausladen von Kohlen oder schwerer Kollis vom Dock auf den Dampfer oder umgekehrt, ausgenommen bei Operationen mit leeren Kisten oder bei deren Wiederfüllen; ferner bei Arbeiten auf dem Dock und bei den Anstreicherarbeiten auf den Schiffen.

Erlaubt ist die Arbeit von Kindern und minderjährigen weiblichen Personen in:

ad 4. metallurgischen und mineralogischen Werkstätten: bei Verzinkung, Verzinnung und Plombierung metallischer Gegenstände;

ad 6. Streichholzfabriken: in Lokalitäten, die mit denjenigen, in denen die Streichhölzer fabriziert werden, in Verbindung stehen; wenn die Ausdehnung phosphorischer Ausdünstungen dorthin wirksam verhindert ist. Die dort beschäftigten minderjährigen weiblichen Personen und Kinder müssen laut einer in ihrem Arbeitsbuch befindlichen sanitätsbehördlichen Bescheinigung von Zahnfäule frei sein; alle Jahr muss die ärztliche Untersuchung wiederholt werden. Die Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht übersteigen;

ad 10. Glas- und Kristallfabriken: in den Räumen, in denen die Glasbläserei (mit Ausnahme der Musselgläser) stattfindet, und zwar, wenn die Betreffenden die Gläser von der Bläserbank zum Temperierofen im selben Raum zu tragen haben, und wenn sowohl für Ventilation wie auch für Verhinderung der Ofenhitzeausstrahlung hinreichend gesorgt ist;

ad 12. Amiant: siehe dort die Ausnahme;

ad 15. Haarbearbeitung: siehe dort die Ausnahme;

ad 19. Papierfabrikation: siehe dort die Ausnahme;

ad 21. Werkstätten für Steinbearbeitung: siehe dort die Ausnahme;

ad 22. Fabriken zum Ausklopfen etc.: siehe dort die Ausnahme;

ad 25. Arbeiten im Hafen: beim Handhaben leerer Kisten und bei deren Wiederfüllen.

Die Ausführungsverordnung bestimmt ferner unter anderem:

1. Zu der im Artikel 2 des Gesetzes für Kinder und minderjährige weibliche Personen vorgeschriebenen sanitätsbehördlichen Untersuchung vor Erlangung des Arbeitsbuchs: Die ärztliche Untersuchung der minderjährigen weiblichen Personen hat in Gegenwart einer ihrer Angehörigen und einer zweiten weiblichen Vertrauensperson stattzufinden.

2. Kinder und minderjährige weibliche Personen dürfen nicht zum Reinigen von Motoren oder deren Transmissionsriemen verwendet werden, solange die Maschine im Gang ist.

3. Die mit Überwachung der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Beamten haben zu bestimmen, ob nach Lage der Dinge die Kinder und minderjährigen weiblichen Personen während der Ruhepause im Arbeitslokal bleiben dürfen oder nicht.

4. Die Räumlichkeiten, in die sich Mütter zur Stillung ihres Kindes zurückziehen, müssen hygienisch diesem Zweck entsprechen. Den Müttern ist hierzu eine besondere Ruhepause von mindestens einer halben Stunde (und, wenn sie ausser der Fabrik ihr Kind stillt, von mindestens einer Stunde) zu bewilligen.

5. Der Sanitätsbeamte hat den Arbeitsstätten periodische Besuche abzustatten, um sich zu überzeugen, ob die Kinder und minderjährigen weiblichen Personen die ihnen übertragene Arbeit auszuhalten im stande sind, und ob sie an ansteckenden Krankheiten leiden. Der Besuch des Sanitätsbeamten ist namentlich dann zu wiederholen, wenn er benachrichtigt wird, dass die seinem Schutze Anvertrauten zu anderen Arbeiten als denen, auf die ihr Attest lautet, verwendet werden, und wenn der Regierungsarbeitsinspektor sonst die Mitteilung macht, dass die Gesundheit der Schützlinge des Gesetzes unter der Arbeit leidet.

6. Der Aufsicht im Sinn dieses Gesetzes unterstehen 1) alle Betriebe mit mechanischer Kraft, ohne Rücksicht auf die Grösse des Arbeitspersonals, 2) alle Betriebe ohne mechanische Kraft, die mehr als 5 Arbeiter beschäftigen, 3) alle Wohltätigkeits-, Erziehungs- und Unterrichtsinstitute, in denen Kinder zum Zweck gewerblicher Spekulation oder im Interesse der Arbeitsleitung gewerblich beschäftigt werden, oder in denen die Handarbeit mehr Zeit in Anspruch nimmt als der Unterricht, 4) alle Bau- und Erdarbeiten, mit Ausnahme der rein landwirtschaftlichen.

Die Bestimmung unter 3) des letzten Absatzes richtet sich vornehmlich gegen die klösterlichen Erziehungs- und Kinderausbeutungsinstitute.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Max Maurenbrecher

England: Bud-Der Kampf, der 5 Monate hindurch die Nation bewegte; nähert sich seiner Endphase. Das liberale, bodenreformistische Budget ist im Unterhaus Anfang Oktober angenommen worden. In der

Presse toben nun die Konservativen und suchen das Oberhaus festzumachen dieses *revolutionäre* Budget abzulehnen. Ein Vermittlungsversuch König Eduards ist missglückt. Die Frage kommt in der nächsten Woche zur Entscheidung. Die Regierung ist in eine grosszügige Agitation eingetreten. Die Rede, die der Finanzminister Lloyd George am 9. Okto-

ber im Bergarbeiterdistrikt in Newcastle hielt, war eine Fanfare gegen das Oberhaus. Es scheint, als ob die Regierung darauf hinarbeite die Peers zur Ablehnung zu provozieren und dann die Verfassungsfrage mit der Budgetfrage zugleich zur Wahlparole zu machen. Das Oberhaus ist das Hindernis jeder ernsthaften sozialen Reform. Gelingt es der liberalen Regierung den Konflikt bis zu der Siedehitze zu steigern, die für Verfassungsänderungen nötig ist, so ist die Folge eine dauernde Verminderung der politischen Macht der Peers. Und dann hat die Arbeiterbewegung in England wenigstens einen Fuss fest im Sattel. Der zusehauende Beobachter aber sieht aus diesem Beispiel, wie heute in zivilisierten Staaten Revolutionen gemacht werden, oder besser, wie man auf parlamentarischem Wege auch politische Machtkämpfe zu führen vermag. Blicken unsere sogenannten Radikalen von Deutschland auf Russland, die Türkei, Persien, um von daher die Erschütterung des Kapitalismus zu erwarten, so ist es unsere Sache dahin zu sehen, wo man nicht mehr um Institutionen kämpft, die auch wir längst besitzen, sondern wo man parlamentarische Machtmittel erprobt, die wir noch lange nicht zu gebrauchen gelernt haben.

× **Hausmann und Bebel** Solange man die Mehrheit im Parlament noch nicht selber besitzt, läuft aller parlamentarische Kampf darauf hinaus Kooperationen mit anderen Parteien zu bilden, um entweder Ziele, die man mit ihnen gemeinsam hat, zu erringen oder Pläne anderer gemeinsam abzuwehren. Das ist, sie mögen wollen oder nicht, auch die Lage der deutschen Sozialdemokratie und des Liberalismus, das Wort in seiner weitesten Ausdehnung genommen. Aber es ist der denkbar ungeschickteste Weg den Weg zur Verständigung für zukünftige Aktionen dadurch zu suchen, dass man Rekriminationen über ein Menschenalter Vergangenheit anstellt. Der Volksparteiler Hausmann hat sicher die beste Absicht gehabt einer zukünftigen Kooperation beider Gruppen vorzuarbeiten, als er seinen offenen Brief an den Genossen Bebel im März veröffentlichte. Aber er hat genau das Gegenteil dessen erreicht, was er gewollt hat. Er hat sich hinreissen lassen über Klassenkampf, Privateigentum, Volkserziehung usw. zu schreiben und in jedem Punkt die Sinnlosigkeit der sozialdemokratischen Methoden nachzuweisen. Als ob eine prinzipiell-

theoretische Ausgleichung zwischen Liberalismus und Sozialismus in Frage stände! Es steht in Frage, wie weit und mit welcher Energie die Liberalen bereit sind an der Demokratisierung Deutschlands mitzuarbeiten; hier müssen aktuelle Probleme einzeln scharf umrissen behandelt werden, die Jeremiaden über Klassenkampf und Privateigentum haben damit gar nichts zu tun. Aber sie haben Bebel die Veranlassung gegeben nun seinerseits ebenfalls bis auf den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes zurückzugehen und den Liberalen ihre Sünden aus der Vergangenheit vorzuhalten. Dabei ist er insofern der bessere Politiker gewesen als er wenigstens am Schluss auch auf die Zukunft und die aktuellen Probleme zu sprechen kam. Freilich hat er dabei nicht mehr gesagt als was selbstverständliches Gemeingut jedes Sozialdemokraten ist, und was schon tausendfach gesagt wurde: Sobald ausserhalb des Proletariats demokratische Forderungen gestellt werden, wird das Proletariat sie ohne weiteres unterstützen. Aber er hat nicht gesagt, ob er bereit sein würde gegebenenfalls diese Unterstützung im Parlament auch bis zur einzig praktischen Konsequenz, bis zur Annahme von Gesetzen, Bewilligung von Steuern und Unterstützung eines liberalen Ministeriums, zu treiben. Das aber ist für die Arbeiterbewegung die politische Frage. Eine rein agitatorische Unterstützung, ein Erheben von Forderungen ist noch kein Kampf um die Verwirklichung dieser Forderungen. Es ist aber gut, dass man, ehe man den Gemeinplatz von der sozialdemokratischen Unterstützung liberaler Reformen nachspricht, sich die Konsequenzen und die Situationen klar macht, zu denen das im Ernstfall notwendig führen muss.

× **Kurze Chronik** Als Rache für den Aufstand in Barcelona hat die spanische Regierung Francisco Ferrer kriegsgerichtlich verurteilen und sofort erschossen lassen. Dieser Gewaltakt hat in allen romanischen Ländern stürmische Protestkundgebungen hervorgerufen. In Barcelona kam es zu einer Bombenexplosion. × Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Bruhn ist als Verleger eines Skandalblatts im Erpressungsprozess Dahsel schwer kompromittiert worden. × Der österreichische Unterrichtsminister hat das Kirchenrechtkolleg des Professors Wahrmond an der Prager Universität genehmigt. ×

Literatur

Unser früherer Parteigenosse, der Charlottenburger Arzt Dr. Georg Zepler, hat kürzlich ein neues Buch erscheinen lassen, nachdem er bereits kurz hinter seinem Austritt eine kleine Schrift *Sozialrevisionistische Demokratie* geschrieben hatte. Das neue, grössere Buch heisst *Neue Demokratie, Richtlinien für bürgerliche Politik* (Berlin, Walthers). Es ist eine Reihe von Aufsätzen, die im Lauf der letzten 1½ Jahre entstanden sind, mit Einleitung, Vorwort, dem Schlusskapitel *Umschau und Ausblick*, einem *Schluss*, einem *Postskriptum* und Anmerkungen, die offenbar noch während des Drucks hinzukamen. Schon das zeigt, dass es ein formloses Buch ist, aus dem lebendigen Miterleben der sich stets wandelnden Gegenwart, nicht aus einem straffen, systematischen Aufbau der Gedanken hervorgegangen. Zepler ist mit Gefühl und Herz Demokrat, und es drängt ihn diese Gesinnung auch anderen bürgerlichen Elementen zu übermitteln. Aus seiner sozialdemokratischen Zeit hat er vielerlei übernommen: die unbedingte Ablehnung des Freisinn, den er ob seines Mitmachens beim Block mit seinem ganzen Zorn überschüttet; das warme Verständnis für die Arbeiterbewegung und für die zu einer schrittweisen Durchführung des Sozialismus drängenden Tendenzen unseres allgemeinen sozialen Lebens; die antimonarchische und anti-imperialistische Grundlage seines Fühlens; und — unbewusst — die Verwechslung von propagandistischer Sekte und nach Majorität strebender politischer Partei. An der Sozialdemokratie stiessen ihn ab: der rein industrieproletarische Charakter der Partei und die Theorien eines intransigenten und zur toten Formel erstarrten *Marxismus*, also gerade das Sektenhafte, das er doch selbst, nur eben mehr gefühlsmässig und nach anderen Richtungen hin, reichlich besitzt. Aber den bürgerlichen Elementen, die er zu einem Zusammengehen mit der Arbeiterbewegung anlocken will, sucht er gerade die Ungefährlichkeit und das allmähliche Verschwinden dieser ihm unangenehmen Seiten der Sozialdemokratie deutlich zu machen. Man begreift nicht recht, warum er selbst dann diese ganz unerheblichen Dinge zum Anlass nahm sich von der Partei zu trennen. In Wahrheit wird auch hier seine Handlungsweise mehr vom Gefühl als vom Verstand bedingt gewesen sein. Er fühlt sich selbst nicht als Proletarier sondern als Mitglied

eines geistig oder körperlich arbeitenden *Bürgertums*, das ohne ausgeprägte eigene Interessen in der Produktion ist, im sozialen Gegensatz gegen die *Grossbesitzenden* steht, den Sozialismus daher nicht mehr als etwas Furchtbares ansieht, aber auf der andern Seite auch nicht mit der Glut seiner ganzen Seele danach verlangt, kurz, das mehr geistig-kulturelle als wirtschaftliche Interessen kennt. Es ist ganz die geistige Disposition, in der viele Intellektuelle in Deutschland heute stehen. Und es ist daher durchaus verständlich, wenn Zepler den ehrlichen Versuch machen will auf dieser Basis eine sozialreformfreundliche, aber nicht proletarische Demokratie zu sammeln. Freilich, die geistige Kost, die er bietet, ist wenig geeignet dem, der ihn noch nicht hat, Geschmack für demokratische Kultur beizubringen. Das ganze Buch ist eine Predigt, im guten wie im üblen Sinn des Wortes; das heisst, es ist ein Appell an Fühlen und Wollen, dem nur diejenigen beipflichten können, die die Grundvoraussetzungen schon teilen, der aber seiner Absicht nach an alle gerichtet ist. Es ist nicht ganz leicht Zepler gerecht zu werden. Der ehrliche Trieb zur Demokratisierung Deutschlands beizutragen ist offensichtlich und verdient Achtung und Sympathie. Doch bringen seine Ausführungen zu wenig Neues, was reizen könnte, daneben manche Absonderlichkeiten — zum Beispiel, dass gerade dieser Mann den verheirateten Frauen das Streben nach eigenem Beruf ausreden will —, und darum wird kaum ein breiter Widerhall dieses Buches in bürgerlichen Kreisen zu erwarten sein. Die Tendenz im Bürgertum geht heute auf Ausbildung grösserer Parteikörper oder Parteikombinationen. Wie in der Sozialdemokratie alle möglichen wissenschaftlichen, ethischen und auch taktischen Auffassungen neben einander laufen, ohne die Einheitlichkeit der Organisation zu gefährden, wie im Zentrum seit einem Menschenalter demokratische und aristokratische Elemente immer wieder zusammengehalten werden — freilich auf Kosten der demokratischen —, so regt sich auch im protestantischen Bürgertum der Trieb grössere Körper zu schaffen, um Macht zu gewinnen. Dieser politische Gesichtspunkt der Machtgewinnung fehlt bei Zepler vollständig; und darum lässt diese *Richtlinie für bürgerliche Politik* so unbefriedigt. Zepler stellt immer wieder den Satz auf, dass es besser sei, die demokratische Idee werde lieber von wenigen

pietätvoll gepflegt als dass sie eine Masse halber, lauer oder gar betrügerischer Anhänger habe. Er will seine neue Partei lieber klein, aber rein. Der Geschichtskundige weiss, dass das gerade der Weg war, auf dem Eugen Richter den Liberalismus zur Bedeutungslosigkeit heruntergebracht hat. Und in der Arbeiterbewegung, wo wahrhaftig viele Triebe nach dieser Seite drängen könnten (Volkschulbildung!) steigt von Jahr zu Jahr die Einsicht, dass solcher Sektenfanatismus der Tod jedes Wachstums an Macht ist. Entweder man will Propaganda für einen Gedanken, eine Weltanschauung, eine wissenschaftliche oder praktische Idee; oder man will Massen sammeln, um für ein bestimmtes aktuelles Ziel Verwirklichung zu erzwingen. Man kann aber nicht beides zugleich wollen. Massen lernen eben nicht über einen Leisten denken. In den Motiven, in der wissenschaftlichen Begründung lassen sich nicht alle vereinheitlichen; genug, wenn sie im Willen nach Macht und nach den nächsten Schritten dazu einheitlich sind. Sehr charakteristisch ist, wie Zepler sich zu der *Demokratischen Vereinigung* stellt, die während der Abfassungszeit seines Buches gegründet wurde. Er begrüsst sie natürlich mit Freuden, beklagt dann sofort ihre Programmlosigkeit, sticht aus einer Berliner Resolution das Wort von den »unüberbrückbaren Gegensätzen zur Sozialdemokratie« auf und schlägt alles Ernstes vor, er und die, die seine besonderen Gedanken teilten, sollten innerhalb der *Demokratischen Vereinigung* sich zu einer *Sozialrevisionistisch-demokratischen Vereinigung* zusammenschliessen. Und das soll Politik sein! Es ist keine Frage, dass es für die Arbeiterbewegung eine Lebensfrage ist, dass auch ausserhalb ihrer demokratischer Wille entsteht. Insofern ist jeder Versuch solchen Willen zu schaffen vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus sympathisch zu begrüssen; und von diesem Gesichtspunkt aus soll uns auch Zepler, trotz aller gedanklichen und methodischen Unterschiede, ein gern begrüsstes Kampfgenosse bleiben: Wir wollen auch nicht zur alleinseligmachenden Sekte werden. Aber in Wahrheit kommt die ausserproletarische Demokratie nur dann, wenn die Bauern sie wollen. Hier liegt das entscheidende politische Problem, nicht bei den Intellektuellen. Und gerade hier versagt Zepler vollständig. Von den Bauern ist in seinem ganzen Buch überhaupt nicht die Rede. Er kennt nur Arbeiter, Mittelstand, In-

tellectuelle und Junker. Und doch beherrscht der Bauer bei der heutigen Einteilung der Wahlkreise mehr als ein Drittel absolut; und im zweiten Drittel ist er das Zünglein an der Wage. Mit Intellektuellen allein ist politische Macht nicht zu gewinnen. Das lehrt das Schicksal der Nationalsozialen.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

1908

In dieser Rundschau (1909, 2. Band, pag. 1052 ff.) habe ich bereits darauf hingewiesen, dass die Gewerkschaften infolge der Krise im vorigen Jahre an Mitgliederzahl verloren haben. Die jetzt in der statistischen Beilage des *Korrespondenzblatts* von der *Generalkommission* veröffentlichte Statistik ergibt eine Abnahme der Mitgliederzahl von 92 842 und eine Zunahme von 17 659: mithin bleibt ein Verlust von 75 183 Mitgliedern gegen den Jahresschluss 1907.

Es hatten am Jahresschluss 1908 die Asphaltreue 501 (gegen Ende 1907 + 17), Bäcker 18 786 (+ 1483), Bauhilfsarbeiter 57 675 (— 15 789), Bergarbeiter 112 513 (+ 1037), Bildhauer 3988 (— 372), Blumenarbeiter 521 (— 3), Böttcher 7587 (— 332), Brauereiarbeiter 33 279 (+ 102), Buchbinder 22 317 (+ 258), Buchdrucker 56 325 (+ 2796), Buchdruckereihilfsarbeiter 13 524 (— 689), Bureauangestellte 4782 (+ 3360), Dachdecker 5446 (— 721), Fabrikarbeiter 133 635 (— 3250), Fleischer 3037 (— 29), Friseur 1932 (— 339), Gärtner 4612 (— 118), Gastwirtsgehilfen 6796 (+ 94), Gemeindearbeiter 29 316 (+ 3109), Gasarbeiter 17 218 (+ 238), Glaser 4265 (— 406), Hafendarbeiter 26 333 (— 1648), Handlungsgehilfen 8804 (+ 610), Handschuhmacher 3135 (— 399), Holzarbeiter 144 259 (— 3233), Hoteldiener 3032 (— 221), Hutmacher 7206 (+ 313), Isolierer und Steinholzfeger 850 (neu hinzugekommen), Kupfer- und Schmiede 4184 (+ 112), Kürschner 2811 (+ 478), Lagerhalter 2140 (+ 187), Lederarbeiter 7634 (— 240), Lithographen, Formstecher, Photographen 16 769 (+ 492), Maler 36 319 (+ 502), Maschinisten 18 436 (+ 42), Maurer 163 343 (— 17 449), Metallarbeiter 362 073 (— 131), Mühlenarbeiter 4341 (— 243), Notenstecher 416 (+ 1), Portefeuille 3542 (— 353), Porzellanarbeiter 11 240 (— 3638), Sattler 6664 (— 346), Schiffszimmerer 3897 (+ 159), Schirmmacher 214 (— 236), Schmiede 14 493 (— 4250), Schneider 38 417 (— 1854), Schuhmacher 36 184 (— 1974), Seeleute 7445 (+ 910),

Steinarbeiter 16 257 (— 2192), Steinsetzer 10 070 (— 243), Stukkateure 6685 (— 713), Tabakarbeiter 28 817 (— 1105), Tapezierer 7844 (— 635), Textilarbeiter 103 120 (— 23 320), Töpfer 10 305 (— 984), Transportarbeiter 87 746 (— 1215), Xylographen 502 (+ 4), Zigarrensortierer 2990 (+ 89), Zimmerer 49 100 (— 4172), Zivilmusiker 1799 (+ 416). Das ergibt eine Mitgliederzahl von insgesamt 1 797 963, während der Jahresdurchschnitt 1 831 731 beträgt. Von diesen waren in 35 Verbänden 138 443 weibliche Mitglieder gegen 136 929 im Jahre 1907, die sich auf 34 Verbände verteilten. In 15 Verbänden ist ein Verlust an weiblichen Mitgliedern von insgesamt 5079 eingetreten, dem gegenüber haben 20 Verbände insgesamt 6593 weibliche Mitglieder gewonnen.

Von den weiblichen Mitgliedern gehören zum Verband der Textilarbeiter 42 655, Metallarbeiter 15 167, Fabrikarbeiter 14 829, Tabakarbeiter 12 910, Buchbinder 9256, Buchdruckereihilfsarbeiter 7460, Schneider 7419, Schuhmacher 5563, Handlungsgelhilfen 4892, Transportarbeiter 3979, Holzarbeiter 3163, Hutmacher 2231, Porzellanarbeiter 1563, Bäcker und Konditoren 1388, Zigarrensortierer 785, Brauereiarbeiter 776, Kürschner 601, Gastwirtschaftshilfen 594, Gemeindefarbeiter 556, Portefeullier 528, Glasarbeiter 474, Handschuhmacher 466, Sattler 250, Blumenarbeiter 183, Hafnarbeiter 150, Schirmmacher 113, Bureauangestellte 111, Lederarbeiter 99, Lagerhalter 86, Tapezierer 85, Maler 52, Gärtner 42, Fleischer 10, Photographen 5, Glaser und Steinsetzer je 1.

Die Einnahmen und Ausgaben der Verbände sind im letzten Jahr etwas zurückgegangen. Dagegen stieg der Vermögensbestand von 33 242 545 M. im Jahre 1907 auf 40 839 791 M. im Jahre 1908. Die Gesamteinnahmen verringerten sich von 51 396 784 M. im Jahre 1907 auf 48 544 396 M. in 1908, die Ausgaben von 43 122 519 auf 42 057 516 M. Pro Kopf der Mitglieder berechnet fiel die Einnahme von 27,55 M. auf 26,50 M., die Ausgabe von 23,12 M. auf 22,96 M., während der Vermögensbestand von 17,82 auf 22,30 M. stieg.

Die Verringerung der Ausgaben ist nur bei den Streiks zu verzeichnen. Hierfür wurden im Jahre 1907 12 994 821 M., im Jahre 1908 aber nur 4 750 347 M. ausgeben, wogegen die Ausgabe für Ar-

beitslosenunterstützung von 4 375 012 M. auf 8 134 388 M. und die für Arbeitsunfähigen-(Kranken-)unterstützung von 5 635 387 M. auf 8 473 853 M. gestiegen ist. Die Reiseunterstützung stieg von 869 148 M. auf 1 187 353 M. Diese Zahlen bestätigen die von mir schon früher hervorgehobene Tatsache, dass die Wirkungen der Krise auf die Finanzen einzelner Gewerkschaften sehr nachteilig gewesen sind. Das Erfreuliche ist jedoch, dass mancher Arbeiter und manche Arbeiterin in der Bedrängnis aber auch an der Gewerkschaft eine Stütze gefunden haben, die sie hoffentlich um so fester an den Verband ketten wird. In den letzten 18 Jahren verausgabten die Zentralverbände für

Streikunterstützung	6 484 217 M.
Arbeitsunfähigen-(Kranken-)unterstützung	27 108 347 M.
Reiseunterstützung	25 518 957 M.
Umzugskosten und Beihilfe in Not- und Sterbefällen	9 267 612 M.
Gemassregeltenunterstützung	6 886 514 M.
Invalidenunterstützung	5 563 428 M.
Rechtsschutz	2 550 539 M.
	<u>2 144 784 M.</u>
insgesamt	143 924 398 M.,

die den Mitgliedern von ihren Beiträgen, die sie von ihrem geringen Verdienst leisten, wieder zu gute gekommen sind. Daraus ist aber auch am besten zu ersehen, was vereinte Kraft, selbst bei kleinem Einkommen, zu leisten vermag.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben 1908 einen Mitgliederverlust von 3256 zu verzeichnen; ihre Mitgliederzahl ging von 108 889 (1907) auf 105 633 zurück, obgleich die Gartner mit 70, Eisenbahner mit 120 und Gemeindefarbeiter mit 1189 Mitgliedern erst im Jahre 1908 dem Gewerkverein beigetreten sind respektive 1907 nicht mitgezählt waren. An Einnahmen verzeichnen die Gewerkvereine einschliesslich der mit ihnen in Verbindung stehenden freien Hilfskassen 2 694 893 M., an Ausgaben 2 350 727 M. An Vermögensbestand verbleiben 4 210 413 M., davon in den Gewerkvereinshauptkassen 1 620 273 M., in den Krankenkassen 1 206 513 M. und in den Begräbniskassen 1 214 200 M. Es ist das erstmal, dass die Gewerkvereine ihre Jahresabrechnung so aufstellen, was schon deshalb irreführend ist, weil die Mitglieder doch nicht alle den Gewerkvereinen und den Krankenkassen angehören, und ferner die Krankenkassen ihr Kassenwesen vollständig getrennt von den Gewerkvereinen zu führen gesetzlich verpflichtet sind.

Die christlichen Gewerkschaften haben einen Rückgang von 9804 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt 1908 gegen 1907 zu verzeichnen. Der Mitgliederstand betrug im Jahresdurchschnitt 1907 274 323, 1908 264 519. Die Einnahmen betragen 4 394 745 M., die Ausgaben 3 556 224 M., der Kassenbestand 4 513 409 M. In der Statistik der christlichen Verbände werden noch immer 6 Verbände geführt, die dem *Gesamtverband* nicht angeschlossen sind und auch keinen Bericht eingesandt haben; so dass in der Statistik die Zahlen von 1907 angegeben sind. Diese Vereinigungen hatten 1907 insgesamt 80 437 Mitglieder. Zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der drei Organisationen folge nachstehend eine, dem *Korrespondenzblatt der Generalkommission* entnommene Aufstellung. Danach verausgabten für

	Rechtsschutz und Unterstützungen insgesamt:	Organisationskosten	Mitgliederzahl	M.	pro Kopf
Zentralverbände	60	1 831 731	20 004 767	1092	
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	20	105 033	406 318	3,85	
Christliche Gewerkschaften	22	264 519	976 393	3,69	
Streiks und Aussperrungen:					
Zentralverbände	60	1 831 731	6 259 662	3,42	
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	20	105 033	130 340	1,23	
Christliche Gewerkschaften	22	264 519	444 992	1,61	
Arbeitslosen- und Reiseunterstützung:					
Zentralverbände	57	1 797 100	9 318 741	5,19	
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	15	101 687	306 309	3,01	
Christliche Gewerkschaften	14	192 443	134 453	0,70	
Arbeitslosenunterstützung:					
Zentralverbände	43	1 314 243	8 134 388	6,19	
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	15	101 867	288 068	2,83	
Christliche Gewerkschaften	14	192 443	134 453	0,70	

Dabei ist zu beachten, dass die Gewerkvereine jahrzehntelang mit ihren Unterstützungs-einrichtungen agitiert haben und den der *Generalkommission* angeschlossen Gewerkschaften den Vorwurf machten, dass sie nur Kampforganisationen seien.

internationale Organisation Die 6. internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen hat vom 30. August bis zum 1. September in Paris stattgefunden. Dem internationalen Sekretariat gehören bis jetzt an die Landeszentralen von England, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Österreich, Ungarn, Kroatien, Serbien, Bulgarien, der Schweiz, Italien und Spanien. In dem *Internationalen Bericht* des Sekretärs Legien an die Konferenz wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, dass die Teilnahme der amerikanischen Gewerkschaften durch ihren Präsidenten Gompers zu deren Anschluss an das internationale Sekretariat führen werde. Die angeschlossenen Landeszentralen zählen insgesamt 4 246 000 Gewerkschaftsmitglieder. Mit Ausnahme von Schweden, Finnland und Serbien hatten sämtliche Landeszentralen je 1 oder 2 Delegierte entsandt. Eine längere Aussprache erfolgte über die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften zur internationalen Gewerkschaftsbewegung sowie über die Freizügigkeit der Gewerkschaftsmitglieder in den verschiedenen Ländern. Den Engländern wurde der Vorwurf gemacht, sie hätten zur Durchführung der hierauf bezüglichen Beschlüsse der letzten Konferenzen nicht genügend getan, während diese erklärten, dass sie zwar im Sinne des Freizügigkeitsprinzips tätig gewesen seien, doch wären bisher immer noch die hohen Unterstützungssätze der englischen Gewerkschaften, mit denen die Einrichtungen der kontinentalen Organisationen noch meist in keinem Vergleich stehen, hinderlich. Bei dem Antrag der französischen C. G. T. auf Abhaltung internationaler Gewerkschaftskongresse kam es zu einer gründlichen Aussprache über die sogenannten *deutschen* und *französischen* Gewerkschaftsmethoden wie über die Stellung der Gewerkschaftsbewegung zur politischen Arbeiterpartei. Der Antrag wurde zurückgezogen. Die Frage des Legitimationskartenzwangs für ausländische Arbeiter in Preussen war ebenfalls Gegenstand der Beratung. Auf Vorschlag der Engländer wurde eine Resolution beschlossen, die alle Landeszentralen auffordert mit allen Mitteln für die Abschaffung des Legitimationskartenzwangs tätig zu sein. Eine Resolution der Amerikaner, die sich gegen die Einfuhr von Arbeitskräften vor oder während grösserer Lohnkämpfe wendet, wurde nach mündlicher Begründung bis

zur nächsten Konferenz zurückgestellt. Angenommen wurde eine Resolution der Engländer, in der die Handlungsweise der Streikbrecher auf das entschiedenste verurteilt wird. Auf Antrag der Dänen wurde ein Antrag angenommen, der es als wünschenswert bezeichnet das grösste Gewicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu legen. Es wurde angeregt der Frage der Heimarbeit eine ganz besondere Beachtung zu schenken und beschlossen überall auf deren gesetzliche Regelung zu dringen. Ferner fand noch eine von Rumänien vorgeschlagene Protestresolution gegen die arbeiterfeindlichen Massnahmen der türkischen Regierung einstimmige Annahme. Als internationaler Sekretär wurde Genosse Legien einstimmig wiedergewählt, und es wurde beschlossen die nächste internationale Konferenz 1911 in Budapest abzuhalten.

Am Abend des letzten Konferenztages fand eine von etwa 4000 Personen besuchte Demonstration für den Frieden statt, bei der die Vertreter von England, Deutschland, Italien, Spanien, den Vereinigten Staaten und Frankreich Ansprachen hielten.

× ×
Christliche Gewerkschaften

Der 7. christliche Gewerkschaftskongress fand vom 18. bis zum 21. Juli in Köln statt. Die christlichen Gewerkschaften blicken auf den Zeitraum eines zehnjährigen Bestehens zurück. Über ihre Mitgliederzahl, Einnahmen und Ausgaben ist bereits an anderer Stelle berichtet. Jedenfalls ist der Erfolg nicht eingetreten, den sie früher von ihrem Auftreten erhofft haben. Nicht um den Kampf gegen die Unternehmer zu führen sondern lediglich als Konkurrenzorganisationen gegen unsere Gewerkschaften wurde die christliche Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen, und diesem Zweck dient sie auch heute noch. Ausser 148 Delegierten und 12 Vertretern des *Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften* waren als Gäste Vertreter des Reichsamts des Innern, des Kölner Regierungspräsidenten und der Stadt Köln erschienen. Den Bericht des Ausschusses des *Gesamtverbandes* erstattete Stegerwald-Köln. Besonders interessant waren die Ausführungen des Redners über das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten zu den christlichen Gewerkschaften. Die ganze Rede klang darin aus, dass diese Abgeordneten in den bürgerlichen Parteien dem Fraktionszwang unterliegen und deshalb im Parlament nichts für die Arbeiter

tun können, da sie in der Fraktion stets in der Minderheit sind. Die sich daran schliessende Diskussion endete mit der Überweisung einiger Anträge an den Ausschuss des *Gesamtverbandes*. Den Hauptberatungspunkt bildete die gesetzliche Sozialreform in Deutschland. Hierzu waren 3 Referate vorgesehen, von denen das erste den Arbeiterschutz, die beiden anderen die Arbeiterversicherung und die neue Reichsversicherungsordnung behandelten. Bei dem letztern Punkt griff der als Gast anwesende Geheimrat Dr. Düttmann ein, um den Standpunkt der Regierung nicht gegen den Referenten, wohl aber gegen die Diskussionsredner zu verteidigen, was jedoch wenig Gegenliebe fand. An dritter Stelle erörterte der Kongress das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung. 2 Referate der Abgeordneten Behrens-Essen und Giesberts-M.-Gladbach leiteten die Aussprache darüber ein. Aus den Ausführungen der beiden Referenten wie auch eines der nachfolgenden Diskussionsredner ging hervor, dass zum Teil in den evangelischen Arbeitervereinen, namentlich in Württemberg, für den Beitritt zu den Gewerkvereinen Hirsch-Dunckerscher Richtung agitiert wird. Man gab den Hirsch-Dunckerschen auch den Rat ihre Gewerkvereine aufzulösen und sich den christlichen Gewerkschaften anzuschliessen, was jedoch andererseits für unmöglich erklärt wurde, weil die ganze Geschichte und Vergangenheit der Gewerkvereine dagegen spreche. Verurteilt wurde die Fachabteilungsbewegung, hinter der nicht nur eine antigewerkschaftliche, sondern auch eine politisch reaktionäre Richtung stecke, der die katholischen Arbeiter als Bollwerk dienen sollen. Beschlüsse wurden zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht gefasst. Die Vorschläge, die die Kommission zur Beratung der Leitsätze über die Reichsversicherungsordnung machte, wurden *en bloc* angenommen.

× ×
Holland

In den Niederlanden haben im Jahre 1908 108 Streiks stattgefunden. Daran waren reichlich 5600 Streikende beteiligt. Von den gestellten Forderungen betreffen 55,84 % den Lohn, 5 % die Arbeitsdauer, 9,74 % die Wiedereinstellung von Entlassenen. Keiner dieser Streiks dauerte länger als 6 Monate, 5 hatten eine Dauer von 3 bis 6 Monaten. Am längsten dauer-

ten die Konflikte in der Zigarren- und Tabakfabrikation, am kürzesten waren sie dagegen in den Baubetrieben. Vollen und teilweisen Erfolg hatten 52,52 % aller Streiks. Die Zahl der Aussperrungen betrug 27, woran 1500 Arbeiter beteiligt waren. Eine der Aussperrungen war eine Solidaritätsaussperrung. 4 Aussperrungen endeten zum Nachteil der Arbeitgeber, 6 zu ihren Gunsten, während der Ausgang von 2 Aussperrungen unentschieden blieb.

× ×

Kurze Chronik Die Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter veröffentlichten den Statutenentwurf zu einem gemeinsamen Verband, der den Namen *Deutscher Bauarbeiterverband* führen soll. Beide Verbände halten zu gleicher Zeit zahlreiche Versammlungen ab, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben zu dem Entwurf Stellung zu nehmen. Im Frühjahr 1910 werden beide Verbände am gleichen Ort ihre Verbandstage abhalten, um erneut zu der Verschmelzung Stellung zu nehmen. Als Termin für den Zusammenschluss ist der 1. Januar 1911 in Aussicht genommen. × Aus Anlass des 20jährigen Jubiläums des Verbandes der Friseurgehilfen hat die *Friseurgehilfenzeitung* eine Festnummer erscheinen lassen. Der Verband hat nicht nur im Anfang mit grossen Schwierigkeiten zu rechnen gehabt, sondern diese sind infolge des eigenartigen Berufs auch heute noch nicht überwunden, obwohl vieles durch die 20jährige Arbeit besser geworden ist. × Der Verband der Portefeuller hatte am 1. Juli, dem Tag des Übertritts zum Verband der Sattler, 3363 Mitglieder, darunter 401 weibliche. Das Verbandsvermögen betrug 161 059,11 M., die dem gemeinsamen Verband der Sattler und Portefeuller zugeführt wurden. In den Lokalkassen befanden sich am Tag des Übertritts Bestände von zirka 19 000 M.

× ×

Literatur Eine Anzahl von Verbänden, darunter namentlich die grösseren, sind dazu übergegangen Jahrbücher über die Tätigkeit ihrer Organisation herauszugeben. Für das Jahr 1908 liegen mir die Jahrbücher der Verbände der Bäcker, Maurer, Metallarbeiter, Transportarbeiter, Tabakarbeiter, Buchbinder und Lederarbeiter vor. Sie sind sämtlich im Selbstverlag der in Frage kommenden Verbände respektive Ver-

bandsvorstände erschienen. Das Jahrbuch des Bäcker- und Konditorenverbandes umfasst 455 Seiten. Darin werden die beruflichen Verhältnisse im allgemeinen sehr eingehend geschildert und durch tabellarische Übersichten, denen in der Regel statistische Erhebungen zu grunde gelegt sind, ergänzt. Ausserdem ist alles, was den Verband angeht, und was er selbst geleistet hat, darin enthalten. In dem Jahrbuch des Maurerverbands, das 247 Seiten stark ist, wird gleichfalls über alle Vorgänge, die mit dem Verband und dem Bauwesen überhaupt zusammenhängen, berichtet; über die Krise und ihre Wirkung auf die Organisation, über Lohnbewegungen, Stellungnahme zu künftigen Tarifabschlüssen, Tarifstatistik, Verbandstage und Konferenzen, Agitation, Mitgliederbewegung, Finanzen usw. Das Jahrbuch des Metallarbeiterverbands hat einen Umfang von 343 Seiten und ausserdem noch einen 139 Seiten langen Anhang, in dem die Berichte aus den Agitationsbezirken enthalten sind. In ähnlicher Weise wie in den bereits erwähnten Jahrbüchern ist auch in diesem, ausser einer allgemeinen Einleitung, alles enthalten, was die Metallindustrie und den Verband betrifft. Die grösseren Streiks und Aussperrungen, darunter die Bewegungen der Nieter in Stettin und der Streik im *Strebelwerk* in Mannheim, sind in einem besonderen Abschnitt behandelt. Ein Buch von 292 Seiten ist das Jahrbuch des Transportarbeiterverbands, in dem ebenfalls alle Verbandsangelegenheiten, Agitation, Konferenzen und Kongresse, Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Lohnbewegungen, Finanzgebarung usw. dargestellt sind. Ausserdem enthält es einen Abschnitt über Arbeiterrecht und Sozialpolitik. Der Jahresbericht des Tabakarbeiterverbands ist nicht so umfangreich. Auf den 95 Seiten, die er umfasst, ist hauptsächlich der Geschäftsbericht wiedergegeben, in dem jedoch auch alles, was für den Verband Bedeutung hat, niedergelegt ist. Der Bericht des Buchbinderverbands enthält Mitteilungen über die Mitgliederbewegung, die Lohnbewegungen und deren Resultate, ferner den Kassenbericht und die Jahresrapporte der Bezirksleiter. Ausser dem geschäftlichen Teil ist ein Abschnitt über Sozialpolitik und ein Anhang über die internationalen Beziehungen vorhanden. Die Lederarbeiter haben ihren Jahresbericht zum erstenmal als Broschüre erscheinen lassen, die 60 Seiten Umfang

hat und ausser dem Geschäftsbericht, den Lohnbewegungen usw. einen Abschnitt über die Frage der Verschmelzung zu einem Lederindustriearbeiterverband enthält. Bekanntlich hat die Diskussion und Abstimmung über diese Frage bereits den Anschluss der Handschuhmacher zur Folge gehabt. X Der Gastwirtsgehilfenverband hat seinen Leitfaden für die Ortsverwaltungen, Vorstände, Funktionäre usw. in 2. Auflage erscheinen lassen. Ausser den Anweisungen über die Handhabung der Verwaltungsgeschäfte enthält er auch einige der wichtigsten im Verband eingeführten Formulare. Jedenfalls wird durch die Herausgabe solcher Leitfäden, vorausgesetzt, dass sie von denen, für die sie bestimmt sind, auch gelesen werden, mancher Irrtum in der Geschäftsführung der Ortsverwaltungen vermieden und manche Korrespondenz mit dem Hauptvorstand überflüssig.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Leipzig-Plagwitzer Konsumverein — Unser bedeutendster deutscher Konsumverein, der Leipzig-Plagwitzer, darf in diesem Jahre auf eine ein Vierteljahrhundert umspannende Entwicklung zurückblicken. Er wurde nach einer Reihe teils von bürgerlicher Seite teils von Hirschdünckerschen Arbeitern unternommenen misslungenen Konsumvereinsgründungen in Leipzig, die bis in das Jahr 1867 zurückdatieren, am 3. Februar 1884 auf Anregung zweier Arbeiter, des Tischlers Kalisch und des Schlossers Zuckscherdt, gegründet. An seiner Konstituierung waren 96, meist dem Arbeiterstand angehörende Personen beteiligt. Trotz der ihr gleich von Anbeginn an reichlich zu teil werdenden Anfeindungen aus Kleinhändler- und sogar auch aus Arbeiterkreisen — die bekannte Befürchtung, dass die genossenschaftliche Betätigung die Arbeiter von der Partei- und Gewerkschaftsbewegung abziehen könne, spielte auch damals bereits eine Rolle — konnte die Plagwitzer Genossenschaft schon am 1. August des selben Jahres ihren ersten Laden eröffnen und die Zahl ihrer Mitglieder bis zum Schluss des 1. Geschäftsjahres auf 121 vermehren. Der Umsatz in diesem 1. Jahr betrug 21 198 M. Bis zum Schluss des 4. Geschäftsjahres war die Mitgliederzahl auf 549 angewachsen, und auch der Umsatz hatte eine solche Vermehrung erfahren, dass die Besorgung aller Verwaltungsarbeiten im Nebenamt zur Unmöglichkeit wurde. Es

wurden daher im Jahre 1888 der seitherige Kassierer Franz Koch und im nächsten Jahre der Geschäftsführer Georg Fell fest angestellt. Fell, ein früherer Metallarbeiter, war es, unter dessen geradezu genialer Leitung der Leipzig-Plagwitzer Verein seine ausserordentlich glänzende Entwicklung genommen hat.

Es ging nun schnell aufwärts. Das 6. Geschäftsjahr brachte dem Verein eine eigene Bäckerei und ein eigenes Heim in der Jahnstrasse in Plagwitz. Am Schluss des 10. Geschäftsjahres verfügte die Genossenschaft über 13 Warenabgabestellen und ein Spezialgeschäft für Manufaktur-, Textil- und Schmittwaren. Der Umsatz war auf 5491650 M. gestiegen, die Mitgliederzahl betrug 5495. 1895 wurde sodann ein neues Lagerhaus in der Jahnstrasse gebaut und die Bäckerei vergrößert. Ferner wurde die Gundorfer Mühle erworben, um das in der Bäckerei zu verbrauchende Mehl selbst zu mahlen, eine Kaffeerösterei eingerichtet, das Formen der Butter und das Abfüllen von Flaschenbier in die Hand genommen. 1896 erwarb die Genossenschaft ein neues Grundstück, auf dem sie eine eigene Dampfmühle und eine neue grössere und in jeder Beziehung mustergültig eingerichtete Bäckerei errichtete. In den nächsten Jahren wurde dann der Grundstücksbesitz der Genossenschaft beständig erweitert und neben den schon erwähnten Eigenbetrieben eine Tischlerei, Schlosserei und Klempnerei, eine Seilerswasser- und Limonadenfabrik und eine Käserei in Betrieb genommen. 1900 wurde das erste Warenhaus der Genossenschaft in Leipzig-Lindenau eröffnet. Im gleichen Jahr legte Georg Fell die Leitung des Unternehmens nieder, um in die Geschäftsführung der G. E. G. einzutreten, ein Amt, das er leider bald gegen das eines Geschäftsführers in einer Margarinefabrik vertauschte. An seiner Stelle wurde Karl Arnold als erster und Georg Johannes als zweiter Geschäftsführer gewählt. In den letzten Jahren hat die Weiterentwicklung der Genossenschaft hauptsächlich in der Übernahme einer Anzahl kleinerer Vereine aus der Umgebung Leipzigs bestanden. Diese Entwicklung ist heute abgeschlossen: Der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein ist die einzige konsumgenossenschaftliche Organisation Gross Leipzigs. Einer dieser aufgenommenen Vereine, der von Leipzig-Connewitz, brachte der Genossenschaft eine mit allen modernen technischen Errungenschaften

ausgestattete Schlächtereier und Wurstfabrik, die dem kleinern Verein zum Unsegen geworden war, in den Händen der grössern Genossenschaft aber sich zu einem der wichtigsten und rentabelsten Betriebszweige des Unternehmens entwickelte.

Fassen wir den heutigen Stand des Leipzig-Plagwitzer Konsumvereins ins Auge, so sehen wir, dass sich nicht weniger als 40 665 Familien, die also eine Bevölkerung von rund 200 000 Seelen repräsentieren, bis zum Schluss des am 31. Juli beendeten 25. Geschäftsjahrs dem Unternehmen angeschlossen hatten. Der Warenumsatz betrug im letzten Jahre 16 703 056 M., der Reinüberschuss 1 618 893 M. Es wurde davon eine 10prozentige Dividende verteilt. Die angesammelten Geschäftsanteile hatten die Höhe von 1 315 990 M. erreicht, die Reserven die von 712 154 M., eigentlich ein etwas magerer Betrag für den Umfang der Vereinsgeschäfte. Die Genossenschaft besitzt 90 Verkaufsstellen, darunter 10 für Fleischwaren und 3 Warenhäuser. Sie beschäftigt ein Personal von 1100 Köpfen, dem im letzten Jahr eine Lohn- und Gehaltssumme von 1 304 134 M. ausbezahlt wurde. Bemerkenswert ist der grosse Umfang der Eigenproduktion. Etwa der dritte Teil der von der Genossenschaft abgesetzten Waren, nämlich für $5\frac{1}{2}$ Mill. M., wurde in eigenen Betrieben hergestellt oder verändert. So hat der Leipzig-Plagwitzer Konsumverein bewiesen, dass eine leistungsfähige Genossenschaft nicht nur den Konsum ihrer Mitglieder organisieren sondern in weitgehendem Mass auch die Produktion der von ihr abgesetzten Waren in die Hand nehmen und damit ein grosses Stück Sozialisierungsarbeit auf friedlichem Wege leisten kann.

×
Jubiläen

Drei weitere Jubilare haben wir unter unseren Konsumvereinen zu begrüssen. Freilich keine 25 jährigen. Es ist jetzt etwa ein Jahrzehnt her, dass weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft unter dem Einfluss eines Bernstein, eines Conrad Schmidt, eines von Elm, eines Kampfmeier und anderer für die *Gegenwartsarbeit* des Proletariats eintretender Sozialdemokraten sich dem Genossenschaftsgedanken mit grosser Intensität zuwandten und in einer Reihe von grösseren und kleineren Städten von zielbewusstem Wollen getragene Konsumvereine entstehen liessen. Kürzlich hat der Pionier

dieser Bewegung, die Hamburger *Produktion* ihr 10 jähriges Jubiläum begehen dürfen; jetzt sind Berlin, Barmen und Elberfeld daran.

In den beiden letztgenannten Städten handelt es sich um ausserordentlich günstigen Boden für eine Konsumvereinsentwicklung. Eine dichtgedrängte Industrie- Arbeiterschaft, in der der Gedanke der Organisation bereits festen Fuss gefasst hatte. Nachdem am 18. Dezember 1898 das Barmen-Elberfelder Gewerkschaftskartell den Beschluss der Gründung einer Konsumgenossenschaft gefasst hatte, erfolgte am 14. Mai 1899 die Konstituierung des *Vorwärts*-Barmen und am 29. August des selben Jahres die der *Befreiung*-Elberfeld. An der Gründung der ersten Genossenschaft nahmen 57, der zweiten 47 Personen teil. In friedlichem Wettbewerb haben sich beide Vereine bis heute ungefähr zur gleichen Höhe entwickelt. Der *Vorwärts* zählte am Schluss des letzten (10.) Geschäftsjahrs 14 137 Mitglieder; er erzielte in diesem Jahre einen Umsatz von 4 136 764 M. und einen Reinüberschuss von 310 442 M. Er besitzt ein grosses eigenes Grundstück mit Verwaltungsgebäude, Zentrallager und Bäckerei mit 5 Doppelausziehbacköfen. Seine Fonds haben die Höhe von 76 000 M. erreicht. Die *Befreiung* hat es auf 8082 Mitglieder, einen Umsatz von 2 778 121 M. gebracht. Auch sie hat eigenen Grundbesitz, Zentrallager und grosse Bäckerei.

Die Geschichte der Berliner Genossenschaftsbewegung ist den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* bekannt. Nicht unter der eifrigen Förderung der leitenden Partei- und Gewerkschaftskreise, wie in den beiden anderen Städten, sondern verlacht und, soweit dies bei ihrer Kleinheit überhaupt möglich war, angefeindet, musste sich hier die Genossenschaftsbewegung ihre Bahn kämpfen. Aus 4 kleineren Vereinen, deren ältester am 28. Juni 1899 konstituiert wurde, wurde hier im Jahre 1902 die *Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend* gebildet, die zur Zeit dieser Verschmelzung 2199 Mitglieder zählte. Bis Ende des Geschäftsjahrs 1906-1907 hatte sich die Zahl der Mitglieder trotz aller eifrigen Propaganda erst auf 5790 vermehrt. Dann endlich schien das Eis gebrochen. Das nächste Jahr brachte eine Verdoppelung der Mitgliederzahl, und das übernächste wieder eine solche, die allerdings in erster Linie dem Anschluss des *Berliner Konsumvereins* zu verdanken war.

Am 30. Juni 1909 zählte die Genossenschaft 19 172 Mitglieder; ihr Umsatz in dem letzten Geschäftsjahr in 42 Verkaufsstellen betrug 2 805 513 M. und der erzielte Reinüberschuss 157 275 M. An Intensität steht also die Berliner Konsumvereinsbewegung trotz der grösseren Mitgliederzahl der beiden anderen Städte noch bedeutend nach. Doch wird dies hoffentlich bald anders werden, besonders wenn erst auf den jüngst erworbenen Grundstücken in Lichtenberg bei Berlin sich der Lagerbau, die grosse Bäckerei und die eigenen Wohngebäude der Genossenschaft erheben werden.

England: Genossenschaftstag 1909

An dem in Newcastle-on-Tyne in der Pfingstwoche abgehaltenen Kongress des britischen Genossenschaftsbundes waren diesmal 1760 Delegierte und eine grosse Zahl in- und ausländischer Gäste beteiligt. Als Präsident fungierte W. R. Rea aus Sunderland, der in seiner Inauguraladresse hauptsächlich für die genossenschaftliche Erziehung der Jugend und für den Internationalismus der Genossenschaftsbewegung eintrat. Aus dem vom Generalsekretär Gray vorgetragenen Geschäftsbericht sind die wichtigsten Zahlen und Daten bereits in der vorigen Rundschau (1909, 2. Band, pag. 987 ff.) mitgeteilt. Im Anschluss daran wurde die alljährlich angenommene Protestresolution gegen die Einfuhr von lebendem kanadischen Vieh wiederholt. Ebenso wurde eine weitere Protestresolution gegen den Beschluss des Glasgower Stadtrats angenommen, der den Schlächtern das Recht einräumt an die Genossenschafter kein geschlachtetes Vieh zu verkaufen. Die bereits dem vorigen Kongress vorgelegte Skala von Minimallöhnen für Genossenschaftsangestellte wurde definitiv angenommen. Damit wurde der Lohn für erwachsene Arbeiter auf 24 s, für Arbeiterinnen auf 21 s, für jugendliche Arbeiter auf 6 bis 21 s und für ebensolche Arbeiterinnen auf 5 bis 17 s wöchentlich festgesetzt. Auch die Frage des *Overlappings*, der Konkurrenz der Konsumvereine unter einander, wurde wieder einmal erörtert und den Genossenschaften vorgeschlagen bei vorkommenden Streitfragen den Genossenschaftsverband respektive dessen Funktionäre als Schiedsrichter anzuerkennen. Endlich wurde noch beschlossen eine Konferenz zwischen den Vertretern der beiden Grosseinkaufsgesellschaften und des landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes einzube-

rufen, die die Basis für gesunde geschäftliche Beziehungen zwischen Konsumvereinen und landwirtschaftlichen Genossenschaften schaffen soll. Den Schluss der erfolgreichen Verhandlungen des Genossenschaftstages bildete ein Referat über die Genossenschaft als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. In der angenommenen Resolution würd den Genossenschaften empfohlen zur Milderung der Arbeitslosigkeit sich Landbesitz zu sichern, um darauf einen wachsenden Teil ihres Verbrauchs an Lebensmitteln durch einheimische Arbeitskräfte herstellen zu lassen.

Kurze Chronik

Die G. E. G. erzielte im I. Halbjahr 1909 einen Warenumsatz von 31 625 109 M., das ist 2 699 869 M. oder 9% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Auch die Grosseinkaufsgesellschaften der anderen Länder haben ihren Umsatz mehr oder weniger vermehrt, mit Ausnahme der schottischen C. W. S., die, wie schon im Vorjahr, ihren Umsatz verminderte, und zwar um 4½ Mill. M. = 6,3%. Am 4. September wurde die neue umfangreiche Fabrikanlage der Nordhäuser *Kautabakarbeitergenossenschaft* eingeweiht. Im Anschluss an den Pariser Poststreik hat eine Anzahl gemassregelter Postbeamten unter dem Namen *Laborius* eine Produktivgenossenschaft gegründet, die alle vom Staate nicht monopolisierten Zweige des Postbetriebs, also die Bestellung von Drucksachen, Geld- und Paketsendungen, Geschäftsreklamen etc. besorgen wird. Die Genossenschaft, deren Leitung in den Händen des jungen Genossen Louis Simonet liegt, will alle ihr anvertrauten Geschäfte schneller als die Staatspost besorgen und denkt dieser damit eine empfindliche Konkurrenz zu bereiten. Am 1. August wurde die von dem Konsortium der Genossenschaften der Provinz Reggio-Emilia erbaute Eisenbahnlinie Reggio-Ciano in Betrieb genommen. Das Konsortium erhielt den Bau und Betrieb der 30 km langen Bahnlinie vom Provinzialrat in Submission für den Preis von 3 600 000 l übertragen. Sie hat bis jetzt die Hauptlinie in Länge von 20 km vollendet, ein Werk, bei dem der Bau dreier eiserner Brücken, dreier Brücken aus Mauerwerk, zweier Unterführungen, eines Viadukts von 118 m Länge und eines Bogens von 15 m Höhe zu bewältigen war. Der Basler A. C. V. hat eine neue grosse

Molkereianlage eröffnet, über die in dieser Rundschau nach ausführlicher berichtet werden wird.

WISSENSCHAFT

Hygiene / Heinrich Grün

Säuglingsfürsorge In Deutschland umfasst die Säuglingssterblichkeit nahezu ein Drittel aller Todesfälle. In anderen Staaten schwankt wohl der Prozentsatz, aber viel besser ist es, nach den allerdings ungenauen Statistiken zu schliessen, auch dort nicht. Nicht bloss für den Arzt, auch für den Sozialpolitiker ist daher die Frage einer richtigen Säuglingsfürsorge und der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit akut geworden; denn die Säuglingssterblichkeit ist eine Vernichtung volkswirtschaftlicher Werte. Die Säuglingssterblichkeit schwächt die Nation in ihrem Nachwuchs. Die meisten Autoren heben mit Recht die verminderte Zahl der Geburten und die hohe Zahl der Säuglingssterbefälle hervor. Sie verlangen durchweg, dass der Staat die Fürsorgemassnahmen zum Schutz der Säuglinge in die Hand nehmen soll. In der Tat muss der unglaublichen Zersplitterung auf dem Gebiet des Kinderschutzes durch den Staat ein Ziel gesetzt werden. Private Ambition spielt leider da eine grosse Rolle. Es braucht nicht jeder Spezialist für Kinderkrankheiten, jeder schrifstellerisch veranlagte Arzt seinen Stolz darin zu setzen, dass man gerade seine Vorschläge als die besten anerkennt; bei dieser Fülle von Vorschlägen, wo jeder *sein System* lospreist, kommt man zu keinem Schluss. Alle wissenschaftlichen und sozialen Kräfte sollen vielmehr vorerst darin wetteifern gewisse Prämissen zu klären, dann käme man viel leichter als jetzt zu allgemein gültigen Grundsätzen. Die einzelnen können ja nachher immer noch ihrer Methode zum Sieg zu verhelfen streben.

Soweit man aus den Arbeiten der bedeutendsten Autoren einen Schluss ziehen darf, muss man sagen, dass die derzeitigen Statistiken absolut auch nicht den primitivsten Anforderungen entsprechen. Mit Recht hoben Praussnitz-Graz und Silbergleit-Berlin auf dem Berliner Kongress für Hygiene und Demographie hervor, dass das *Urmaterial* bisher mangelhaft und zu wenig verarbeitet wäre. Die Hauptaufgabe der Säuglingssterblichkeitsstatistik besteht in der Feststellung 1. aller Sterbefälle im 1. Lebensjahr, 2. der

Krankheiten oder der pathologischen Zustände, die den vorzeitigen Tod herbeiführt, und 3. der Momente, die das Entstehen jener pathologischen Zustände verursacht oder begünstigt haben. Aber dieses *Urmaterial* ist nicht immer leicht zu beschaffen, weil zahlreiche Säuglinge sterben, ohne dass man ärztliche Hilfe in Anspruch nahm, oder weil die Säuglinge noch vor Stellung einer Diagnose sterben und der nachträglich gerufene Totenbeschauer eine Diagnose nicht mehr stellen kann. Jedenfalls befürworteten die oben Genannten genaue Recherchen selbst dann, wenn der Säugling schon gestorben ist, und zwar über die Krankheitserscheinungen, den Verlauf der Erkrankung, den Gesundheitszustand der Eltern und Geschwister, die Art der Ernährung usw. Auch Dietrich-Berlin glaubt, dass erst dann eine zielbewusste Verhütung der Säuglingssterblichkeit in Angriff genommen werden könne, wenn die Daseinsbedingungen der Kinder sorgfältig untersucht sind. Darunter versteht er insbesondere die Feststellung der Jahreszeit, der Ernährung, Pflege und ärztlichen Versorgung, des Klimas, der Örtlichkeit, der Familienverhältnisse der Eltern (ob das Kind ehelich oder unehelich geboren), ihrer Beschäftigung, der Beschaffenheit der Wohnung, der Bevölkerungsdichtigkeit und Geburtenhäufigkeit in dem betreffenden Staat und Bezirk usw.

Alle Autoren sind darüber einig, dass bei der Säuglingsfürsorge Ärzte, Unternehmer, Arbeiter, Staat und Behörden, Lehrer, Sozialpolitiker aller Berufe und *last not least* die Hebammen mitwirken müssen. Vor allem muss für Belehrung gesorgt werden: durch Vorträge, öffentliche unentgeltliche Kurse, Merkblätter und Broschüren. Als oberstes Prinzip muss entgegen dem Interesse der vielen Molkereien und Meiereien, Kindermehlfabriken etc. das Selbststillen der Mutter aufgestellt werden. Engel-Düsseldorf behauptet direkt, dass die einzige Bürgschaft für die normale Entwicklung an Körper und Geist die Ernährung des Kindes mit Muttermilch ist. Der selbe Autor gibt an, dass von 100 gestorbenen Säuglingen nur 10 an der Mutterbrust waren. Er drückt sich vielleicht drastisch, aber vom rassenhygienischen Standpunkt nicht ganz unberechtigt dahin aus, dass die Kuhmilch für die natürliche Entwicklung eines Kalbes zum Ochsen oder zur Kuh, nicht aber für die eines Kindes zum erwachsenen Menschen bestimmt sei; deshalb müsse die

Kuhmilch, die mehr Eiweiss und Salze, dafür aber weniger Fett und Zucker als die Muttermilch enthält, erst umgewandelt werden, um auch nur annähernd die Wirkung der Muttermilch auszuüben. Bei der Belehrung der Mütter wird deren natürliche Eitelkeit und Faulheit meist zu wenig berücksichtigt. Man sollte gerade auch die ästhetischen Gründe, die für das Selbststillen sprechen, mehr hervorheben. Man sollte die Mütter von dem Vorurteil befreien, als ob das Stillen der Kinder die Formen der Brust verunstalten und zu gross machen müsse. Gerade das Gegenteil ist nach der Ansicht genauer Beobachter der Fall. Wird nicht gestillt, dann fällt, wie Engel auf grund reicher Erfahrungen in den Säuglingsheimen Dresdens und Düsseldorf's nachweist, die bis zur Geburt ausserordentlich angewachsene Brust plötzlich zusammen, sie wird schlaff, sinkt herab und wird zur unästhetischen Hängebrust. Dazu kommen die gesundheitlichen Schäden für die Mutter selbst. Ihre Unterleibsorgane werden sich nicht so schnell und kräftig zurückbilden, wenn das Kind nicht an der Brust trinkt. Dadurch bleibt die Gebärmutter grösser als beim Stillen und nimmt nicht selten, wie die Kasuistik lehrt, eine anormale Lage ein (Senkung, Rückwärtsdrehung etc.). Auch lehrt die Literatur, dass das Stillen das beste Mittel ist, um zu häufig erfolgende Geburten zu beschränken. Wenn es auch weitere Konzeptionen nicht immer verhütet, so beschränkt es doch deren Zahl. In den Belehrungen muss des weitern ausdrücklich erwähnt werden, dass das Stillen der Mutter bedeutend billiger ist als die künstliche Ernährung des Kindes. Es wird die Rechnung aufgestellt, dass 1 l guter Milch etwa 26 bis 32 Pf. kostet, die Flaschen, die Saugapparate und dergleichen nicht gerechnet. Das fällt zusammen pekuniär schon sehr ins Gewicht. Ziegen speck-München verlangt einen gesetzlichen Stillzwang, das heisst eine empfindliche Geldstrafe für Mütter, die stillen können und nicht wollen. Besser noch wären diejenigen zu bestrafen, die vom Stillen abhalten oder das Nichtstillen durch Gefälligkeit begünstigen (ärztliche Zeugnisse).

Dietrich und eine Reihe anderer Autoren wie Escherich-Wien, S. Weiss-Wien, Engel-Düsseldorf, Schlossmann-Düsseldorf, Effler etc. treten für eine ordentliche und systematisch durchgeführte Geburts- und Wochenbetthygiene und eine allgemeine Wiedereinführung des Still-

geschäfts ein. Insbesondere die Hebammen müssen dazu erzogen werden die Mutter als die beste Ernährerin des Kindes zu bezeichnen. Ausserdem ist ein gesetzlicher Schutz der schwangern Frau und der Wöchnerin in Hinblick auf ihre Arbeitsfähigkeit zu schaffen. Ferner müssen für Mütter Auskunftsstellen eingerichtet werden, wo sie sich noch einige Zeit nach der Entbindung über alle Fragen der Ernährung des Kindes Rat holen können. In Frankreich existieren bereits die *Consultations de nourissons*, und auch in Deutschland sind in einigen Städten Anläufe dazu zu verzeichnen; so hat der Magistrat von Bayreuth eine Mutterberatungsstelle, eine Milchküche und Einführung von Stillprämiern beschlossen, in Eberswalde ist eine Milchküche eröffnet, in Erfurt sind Stillprämiern von 600 M. bewilligt worden. Am 16. Juni 1908 haben die preussischen Minister des Innern und der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten einen Erlass, der eigentlich schon bestand, von neuem herausgegeben, in dem die Einführung von Säuglingsfürsorgestellen gelobt und die Regierungspräsidenten zur Betätigung der Säuglingsfürsorge aufgefordert werden. Auch die Einführung von Stillstuben, die in der Literatur vielfach angeregt war, ist in einigen Betrieben Deutschlands und in 6 Betrieben Österreichs zur Tat geworden. Dadurch kommen die Kinder vieler Arbeiterinnen zu ihrer natürlichen Nahrung. Wo es aber durchaus nicht angeht die Kinder mit Muttermilch zu ernähren — und es gibt leider eine grosse Anzahl sozialer, wirtschaftlicher und gesundheitlicher Momente, die ein Selbststillen unmöglich machen —, muss sich die Haupt-sorge der Sozialhygieniker auf die Ermittlung der besten und unschädlichsten Art der künstlichen Ernährung richten. Vor allem muss die Milchgewinnung schärfer beaufsichtigt, die Meiereien und Molkereien müssen streng überwacht werden, dergleichen müssen hygienisch vorgebildete Tierärzte und Beamte die Milch auf ihre Reinheit und Keimfreiheit beständig untersuchen. Es müssen ferner Milchabestellen errichtet werden, in denen Säuglingsmilch billig oder unentgeltlich zu haben ist. Auch der richtige Gebrauch ist in den Fürsorgestellen zu kontrollieren. Für die elternlosen und unehelichen Kinder muss durch eine gesetzliche Regelung des Vormundschafswesens gesorgt werden.

Nur durch sehr weitgreifende und energische Massnahmen ist es möglich die grosse Säuglingssterblichkeit, die jetzt in Deutschland die Zahl von 400 000 Fällen im Jahr, in Österreich bei geringerer Geburtenzahl die von 300 000 erreicht, bis zu einem Grad einzudämmen.

× **Bevölkerungs- In Italien sind im Jahre**
bewegung 1906 1 070 978 Kinder (13 540
weniger als im Jahre 1905)

geboren, also auf 1000 Einwohner 31,95. Totgeborenen wurden 48 153. Von den Lebendgeborenen waren 12 938 Zwillinge, 147 Drillinge. Die Sterbeziffer ist von 1905 auf 1906 von 21,89 ‰ auf 20,78 ‰ gesunken. Von den 666 875 Gestorbenen waren 172 273 im 1. Lebensjahr, was einer Säuglingssterblichkeit von 160,9 auf je 1000 Lebendgeborene entspricht.

Die Gesamtbevölkerung Japans umfasste Ende 1905 47 888 567 Seelen. Auf 1 km kamen 125 Einwohner (Bevölkerungsdichte des Elsass). Ende 1904 war die Bevölkerungszahl 47 255 320, mithin 633 247 weniger als 1905. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 1904 1 440 371 (Geburtenziffer 30,48 ‰), die der Sterbefälle 955 400 (20,22 ‰ der Bevölkerung), die der Totgeburten 147 058 (!), das heisst auf 100 Normalgeburten kamen 10,21 Totgeburten. Im 1. Lebensjahr starben 1904 218 756 Kinder, was einer Säuglingssterblichkeit von 152 auf je 5000 Lebendgeborene entspricht; von den Säuglingen starben 4359 an Syphilis, 29 375 an Meningitis, 1656 an Beriberi, 91 167 an angeborener Lebensschwäche.

× **Kurze Chronik** Das Sohiedsgericht der mährischen Arbeiterunfallversicherung hat Magenkrebs als Ursache eines Betriebsunfalles erklärt und dem Betroffenen eine Rente zugesprochen. × In Paris werden Sanitätshäuserregister eingeführt, um alle Krankheiten der Bewohner eines Hauses genau zu registrieren. × Für die Zwecke der Lupusbekämpfung hat Fürst Henckel von Donnersmarck 30 000 M., Frau Speyer-Frankfurt a. M. 15 000 M. und Professor Darmstädter-Berlin 5000 M. dem *Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose* gestiftet. × Der *Deutsche Verein für Kinderasyle* hat in Halensee ein Säuglingsheim in dem dort eingerichteten Kinderasyl geschaffen, wo nur Mütter und Ammen mit ihren Kindern aufgenommen werden. Auch in Wilmersdorf ist von einem Frauenverein eine

Mutterberatungs- und Säuglingsfürsorge-stelle errichtet worden. × Aus den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamts geht eine stetig sinkende Tuberkulosesterblichkeit im Deutschen Reich hervor; sie betrug 1905 222,6 ‰, 1906 202,7 ‰, 1907 197,7 ‰, 1908 192,15 ‰.

× **Literatur**

Ist die Fürsorge für Mutter und Kind in das Programm der Arbeiterschaft aufzunehmen? lautet der Titel eines vom Arbeiterssekretär Czieslik-Duisburg gehaltenen Vortrags, der kürzlich in der *Zeitschrift für soziale Medizin* erschienen ist. Er kann nicht viel Neues bringen, da Säuglingsfürsorge und Jugendfürsorge, Wohnungshygiene, Schwangeren-, Wöchnerinnen- und Familienunterstützung zum eisernen Bestand sozialer und insbesondere sozialdemokratischer Forderungen gehört. Doch enthält er eine ganze Reihe von interessanten Einzelheiten, die für ein nicht geschultes Publikum die Grundlage zu weiterer Lektüre bilden können. × *Bau und Lebens-tätigkeit des menschlichen Körpers* von Dr. Paul Christeller /Berlin, Buchhandlung *Vorwärts!* ist ein billiges Schriftchen, das einen kurzen, vielleicht allzu populären Überblick über die wichtigsten Kapitel der Anatomie und Physiologie gibt. × Die Schrift *Über die Organisation des Vereins für Säuglingsfürsorge im Regierungsbezirk Düsseldorf* von Dr. Arthur Schlossmann, Professor in Düsseldorf, /Berlin, C. Heymann/ ist eigentlich ein Tätigkeitsbericht eines der hervorragendsten Fachmänner für Kinderheilkunde und, was noch mehr bedeutet, eines der verdienstvollsten Männer auf dem Gebiet der Säuglingsfürsorge. Schlossmann gibt darin eine Geschichte einer einheitlichen Organisation der Säuglingsfürsorge in seinem Regierungsbezirk. Er berichtet über alle Vorarbeiten, Aufrufe an die Bevölkerung, Geldsammlungen und die endliche Sicherung der Durchführung des grossen sozialen Programms, das er entworfen hatte, und er schliesst mit der Hoffnung, dass sich die Zukunft des Volkes durch das Zusammenarbeiten aller sozialen Kräfte glücklich gestalten möge. Eine Art Fortsetzung dieses Büchleins ist der *Bericht über das 2. Geschäftsjahr des Vereins für Säuglingsfürsorge im Regierungsbezirk Düsseldorf 1908-1909*, der allen, die sich mit diesem Fragenkomplex beschäftigen, bestens zu empfehlen ist. ×

Gleichberechtigung der Feuer- und Erdbestattung von Dr. jur. Hermann Ortloff /Leipzig, Dietrich/ heisst eine Streitschrift gegen die Gegner der Feuerbestattung jeder Art. Es werden zwar keine neuen Momente gebracht, aber immerhin werden die Gegenargumente volkswirtschaftlicher Natur, die hygienischen Einwände, die sittlichen und religiösen Bedenken der Klerikalen aller Religionen ziemlich gut *ad absurdum* geführt.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Simplicissimuskünstler Gurlitt stellte eine Reihe Zeichnungen zweier kürzlich Verstorbenen aus: Wilke und Reznicek, die in dem grossen Saal einander gegenüber hingen wie die zwei Gegenpole des *Simplicissimus*. Wilke ist mir von allen Karrikaturenzeichnern des Blattes der sympathischste. Wenn er auch lange nicht so geistreich ist wie Gulbransson und Heine und nicht so beweglich wie Thöny, so klingt doch aus seinen Sachen weit mehr Liebenswürdigkeit und Beschaulichkeit heraus. Besonders seine Gauner und Lumpen haben eine ganz besondere Art erhabener Heiterkeit an sich und eine so drollige Gelassenheit gegen das Schicksal. Diese Blätter sind auch wohl künstlerisch seine besten und eigenartigsten: meist auf gelbem Papier, manchmal ein kaltes Blau im Himmel und allenfalls etwas Deckweis, dazu eine Menge richtungslose Striche, die alle zusammen erst die Kontur erraten lassen, so unbestimmt wie diese Lumpazis selbst sind, die mit ihren abfallenden Schultern dasitzen und ihre Weltweisheit treiben. Auch unter seinen anderen Sachen, wenn sie auch lange nicht so eigenartig sind, ist Ausgezeichnetes, und die Lächerlichkeit ist kaum je kalt oder scharf gesehen; zum Beispiel der Kunstgeschichtler, der aufgereckt in Begeisterung zwischen seinen griechischen Architekturschemen sitzt, oder auch der alberne neckische Sere-nissimus mit den Ammergauern: alles schliesslich harmlose Kumpane. Gegenüber nun hängt Reznicek. Man soll von Toten nichts schlechtes sagen; aber hier fällt es doch schwer. Gerade wenn seine Sachen in Masse zusammenhängen, machen sie mit wenig Ausnahmen (wie etwa die *Einladung zum Künstler-sängerfest*) einen arg plumpen Eindruck. Nicht etwa plump, was seine Damen betrifft, die allerdings Grazie und Schönheit genug haben; aber plump in seiner gan-

zen gegenständlichen Art, so gegenständlich etwa wie die Figuren aus dem Modeblatt und so tadellos. Besonders trifft das auf seine Herren zu, die er allerdings selbst wohl nur als unliebsame Beigaben empfindet.

Ausserdem sind einige Aquarelle von Lambert ausgestellt, der aus Zeichnungen im *Simplicissimus* bekannt ist, die aber seine eigentliche Stärke nicht zeigen. In einigen Blättern versucht er eine grosse, sündhaft sein sollende Erotik zu geben. Sie scheinen durchaus missglückt, da ihm dieser grosse Ton nicht liegt, die Symbolik wirkt ausgeklügelt, Technik, Komposition, Bedeutung scheinen auseinander zu fallen. Anders liegt es mit den zwei oder drei Bildern, die keinen andern Sinn haben als eine spielerische, etwas phantastische Frivolität. Man mag sie mögen oder nicht: rein künstlerisch technisch angesehen, etwa wie man Bijouterieen ansieht, finde ich sie ausgezeichnet gut. Sie sind Guaschs mit ganz feinem Pinsel gemalt und in Farbe und Linie stark verliebt. Ein Blatt *Carmen*: Vor einem grossen dunkeln Schloss steht ein Dämchen, halb phantastisch, halb rokokohaft angezogen. Sie und das Schloss und der Fussboden, alles in dunkeln, kühlen Farben, durchgehend durchzogen wie feine Stickerei; besonders die dunkelweissen Strümpfe wirken in diesem Sinn. Und dagegen über dem Schloss klar und durchsichtig gelb der Abendhimmel. Schön sind nur daran die Farben, besonders aber die (allerdings sehr verliebte) Ausmalung und Belebung bis in die letzten kleinsten Details. Ein anderes Blatt, *Die schöne Nacht* betitelt, zeigt durchs Fenster Mondgewitterhimmel, und davor auf dem Diwan sitzt wieder eine Rokokodame, die den Glanz ihrer Krinoline weit um sich gebreitet hat, und in einem Eckchen, in einer der Volants ihres Kleides eingewickelt, sitzt ein winziges Herrlein mit ziemlich hilflosem Gesicht.

×
Greco In den kürzlich erschienenen Blättern *Aus einem spanischen Tagebuch* in der *Neuen Rundschau* geht Meier-Graefe zum Entsetzen aller Kunstingesessenen gegen Velazquez vor. Er tadelt seine Komposition wie seine Auffassung, kurzum, er zweifelt an seiner Berufenheit und spielt dagegen Greco aus, einen Namen, den man bestenfalls nur als Namen kannte. Natürlich sucht man sich im Kupferstichkabinett auf, was es dort von Reproduk-

tionen gibt. Aber gleich auf dem ersten Blick muss man sich sagen, dass diese Sachen nur ganz kümmerliche Interpretationen der Bilder selbst sein können, und dass sie nur wenig von seiner Person zu geben vermögen, die sich in erster Reihe wohl durch Farben ausdrückte und durch die Art, wie er die Farben auftrug: alles Dinge, deren Reiz aus diesen Reproduktionen nur vorlugt wie hinter einem Schleier. Auf dem ersten Blick sieht man das Barocke, das Spanische mit seinem schönen Gesichtstyp und dem noblen Gebaren. Seine Leute haben so Kopfängen und wohl noch mehr, und die Hände sind lang und weich, als wenn sie aus dem Ärmel herausflössen. Und zu diesem noblen Drum und Dran kommt eine ganz seltsame Phantasie; er scheint darin typisch für das barocke Christentum. Die Phantasie übergross, dass alles, Weltliches und Überweltliches, durcheinanderflutet; nicht etwa, dass das Übersinnliche eine sinnlich feste Gestalt bekäme, sondern im Gegenteil, das Gegenständliche ringsumher, Menschen und Bäume, sind hinübergezogen in die Wolken, in denen auch die Engel mit den schwülstigsten Verkürzungen umherfliegen: alles wie in eine etwas aufgelöste übersinnliche Sinnlichkeit getaucht. So wirken auch seine kompositorischen Einfälle. Bei einem Begräbnis eines Feldherrn, das wohl am eindruckvollsten ist, kommen aus kompakten Wolkenmassen, in denen auch wieder Engel fliegen, einige ganz dürr verrenkte Füsse vor, von denen ich nicht absehen kann, was sie bedeuten; sie muten an wie eine etwas grausame Kaprice. Dafür ist der ganze untere Teil der Bilder mit diesen schwarzen Granden ausgefüllt, mit blassen Gesichtern und schwarzen Haaren, die den Toten in die Grube legen, und über ihn beugt sich ein Geistlicher in reichem Ornat; seltsam ist sein gestickter Ärmel, fast als wenn in diesem Fließenden, etwas Gestaltlosen die Juwelen des Priesters drimsitzen wie das einzige Reale, blinkend und fest.

✕ **Kirchenkunst** In der *Deutschen Kunst und Dekoration* ist ein eingehender Bericht und eine Anzahl Abbildungen von der Ausstellung für christliche Kunst in Düsseldorf enthalten. Der Zweck der Ausstellung war in erster Reihe die Hebung der Kirchenkunst, die in den verflorenen Jahrzehnten sich fast ausschließlich auf Reproduktionen oder auf Arbeiten ganz minderwertiger Künstler beschränkt sah. Es lag das

zum Teil an der Kirche, die sich naturgemäss scheut Künstlern Aufträge zu erteilen, deren Wege völlig abseits von denen der Kirche liegen, und zum andern Teil an den Künstlern selbst. Der Versuch einer neuen Verbindung soll nun in Kunst und Kunstgewerbe und Architektur gemacht werden, und die Beteiligung ist eine ausserordentlich rege. Was in Zukunft erreicht werden wird, ist nicht abzusehen. Das jetzt Ausgestellte war meist entsetzlich, und der geringe persönliche Zusammenhang zwischen dem Gemalten und dem Maler selbst war hier fühlbarer als irgend sonst: Einmal Madonnen, angesehen mit diesem dekorativen Blick, der aus einem Menschen eine Art geschmackvolles Ornament macht. Dann, aber noch schlimmer als diese, die Bilder mit dem grossen mystischen Pathos. Bei ihnen ist nicht die wirkliche Legende gemeint oder die Personen, um die der Kult sich dreht, sondern hinter ihnen irgend welche, vielleicht musikalisch sein sollende Stimmung, die die sinnlichen Bilder verwässert. Als solche gläsernen Symbole ziehen sie einher, und hinter ihnen wandelt der Geist vorüber, wie zum Beispiel auf einem Bild Toorops *Die drei Bräute und der christliche Glaube*, alles verbunden mit symbolischen Linien, die der Seele offenbar den Weg weisen sollen. An dieser blut- und seelenlosen Allegorik sind England, Holland, Frankreich, alle gleich beteiligt.

Aber zwischen all dieser Künstelei ist ein Blatt, ein Holzschnitt von George Minne, der mit solcher Kraft und Festigkeit spricht, dass das Bild schwer einen wieder verlässt. Es ist die Taufe Christi in einfacher alter Holzschnitttechnik: Johannes und Christus ganz eng zusammen, so dass sich die Haare der Zwei in eines mischen. Dieses Bild trifft so gänzlich anders als alle anderen. Was macht die Kluft zwischen ihnen? Es ist, als sei es mit einem andern Organ erfasst. Dort Phantasie und künstlerischer Einfall, hier nichts als ein Ausdruck vom Wesen, von der Person selbst, der ohne alle Absicht, ruhig und fest sich geformt hat. Und wie eigenartig ist die Person, die sich hier wohl noch voller ausprägt als in seinen Plastiken: Es ist, als wenn er durch alles Fleisch hindurch die Knochen und Gelenke sähe, nicht in irgend welchem Strukturinteresse, sondern als seien sie ihm das konzentrierte Ausdrucksorgan der Seele wie die Träger ihrer Energie. Die Richtung der Gelenke ist so scharf geprägt, dass sie zu schiessen scheinen, wie

das Zickzack des Blitzes. So geht hier aus den Händen Johannis das Wasser in die Hände Christi in scharf gebrochener Richtung. Alles in dem Blatt scheint sich in dieser Kraft zusammenzuziehen. Mit diesem Holzschnitt ist keines der anderen Bilder an Grösse und Strenge zu vergleichen, obschon auch einiges sehr Gute da ist. Besonders denke ich an die zwei Fresken von Skovgaard, der die Legenden sinnlich und kindlich deutlich gibt.

× **Kurze Chronik** In Paris kommt jetzt eine Ausstellung *Marées* seiner Bilder zu stande. Die Berliner *Nationalgalerie* hat auf einen Beschluss des Kultusministeriums es abgelehnt zwei Bilder aus ihrem Besitz herzuliehen. × In *Venedig* wurden kostbare Bilder aufgefunden: Tintoretts und Entwürfe Alienses zu den Mosaiken der Markuskirche. × Das Berliner Kupferstichkabinett erwarb 4 seltene Radierungen Rembrandts.

KULTUR

Kolonisation / Gerhard Hildebrand

Genossenschaftliche Kolonisation In Frankreich hat sich vor etwa 19 Jahren unter dem Namen *Kolonisation française* eine Genossenschaft gebildet, deren Gründer, ein Pariser Typograph namens Dugas, die Absicht verfolgte 1. die Arbeiterklasse an der Kolonisation zu beteiligen, 2. mittellosen Kolonisten die Ansiedelung in den Kolonien zu ermöglichen, 3. dem Teilhabern eine Zufluchtsstätte zu verschaffen, 4. ihnen die Möglichkeit zu bieten sich unter Ausschaltung des Zwischenhandels mit Kolonialprodukten zu versorgen. Die Mitglieder bezahlen einen Beitrag von 1 fr. monatlich und erhalten nach 10jähriger Mitgliedschaft eine Rente von 20 fr. Nicht viel im Vergleich zur Lebensnotdurft, aber viel, wenn man berücksichtigt, dass es die Remuneration für eine Einzahlung von nur 120 fr. ist, meint der *Temps*, dem diese Angaben entstammen. Die Genossenschaft hat mit 60 Mitgliedern begonnen und besitzt heute 227 Sektionen mit 36 000 Mitgliedern. Die Beitrittserklärungen wachsen alljährlich, 1908 waren es 6422. Dank dieser Zahl besass die Genossenschaft am 31. Mai ein Kapital von 1 254 692 fr. Sie hat zwei Güter in der Provinz Oran in Nordwestalgerien und zwei weitere in Tunesien gekauft.

Auf diesen werden jährlich 20- bis 25 000 hl Wein gewonnen, den die Mitglieder selbst trinken. Im Juli erliess die Genossenschaft einen Aufruf an die französischen Landleute, um 20 Familien zu veranlassen das Genossenschaftsdorf Tirman in Algier zu besiedeln. Dieses Dorf ist dem speziellen Zweck gewidmet mittellose Kolonisten aufzunehmen. Die Genossenschaft gibt ihnen alles Notwendige auf Vorschuss: Land, Wohnung, Pachtvieh, Werkzeuge und selbst die Lebensmittel bis zu dem Augenblick, wo sie von dem Ertrag ihrer Arbeit existieren können. Die Ausreise soll gemeinsam erfolgen, um die Reisekosten möglichst zu verringern, und man gewährt ihnen eine Frist von 25 Jahren, um sich frei zu machen. Von den Erträgen des Dorfs sollen vier Fünftel den Kolonisten, ein Fünftel der Genossenschaft gehören. Die Kolonialverwaltung hat für die Gründung des Genossenschaftsdorfes eine Domäne von 1006 ha zum Pachtpreis von 1 fr. pro ha zur Verfügung gestellt. Wenn der Versuch gelingt, soll die Gesellschaft in 19 Jahren das Kaufrecht zu einem im voraus vereinbarten Pauschalpreis haben.

× **Missions-tätigkeit** Einem Vertreter des historischen Materialismus wird es nahe liegen zu unterstellen, dass die ausserordentlich starke Entwicklung der christlichen Missionstätigkeit in den letzten Jahrzehnten eine natürliche Begleiterscheinung der Kolonialpolitik ist, und dass sie im wesentlichen den Zweck verfolgt die koloniale Eroberung und Ausbeutung zu erleichtern. So einfach sind indessen die Zusammenhänge nicht. Die Hauptträger der christlichen Missionsidee sind nicht in den Reihen der Kolonialpolitiker zu suchen, und man kann eher sagen, dass sich die Mission schliesslich wohl oder übel mit der ihr oft recht unbequemen Kolonialpolitik abgefunden hat, als dass sie sie herbeigewünscht und sich von Anfang an bewusst in ihren Dienst gestellt hätte. Die Motive besonders der protestantischen Missionstätigkeit — die katholische Kirche hat allerdings einen stark diesseitigen Reichgottesbegriff, und es liegt ihr von Natur näher sich des weltlichen Arms zu bedienen — beruhen vielmehr in einer sehr lebendigen und innerlichen Auffassung des evangelischen Missionsbefehls *Geht hin in alle Welt und lehret alle Heiden!*, und ihre Träger

sind nicht nur heute noch zu einem grossen Teil die Stillen im Lande, die Sektierer, Dissenter usw., sondern sie haben sich vielfach ursprünglich sogar gegen die offizielle Kirche erst durchsetzen, deren Gleichgültigkeit und selbst Abneigung überwinden müssen. Die Mission bedeutet demzufolge einen Beweis für die ausserordentliche Lebensfähigkeit des Christentums, und ihre Geschichte im 19. Jahrhundert wohl die grösste Massenleistung von Selbstverleugnung und Weltentsagung, die die Menschheit kennt. Heute sind allerdings durch die staatliche Kolonialpolitik die meisten Missionsfelder in ein Entwicklungsstadium getreten, in dem die Missionsarbeiter — wenn sie auch vielfach mehr mit den Eingeborenen als mit den kolonisierenden und beamteten Rassen genossen zusammenleben und nicht selten mit diesen karambolieren — doch kaum mehr so sehr und so lange ausser Zusammenhang mit der europäischen Kultur leben und nicht mehr so grossen Gefahren an Gesundheit, Leben und Vereinsamung ausgesetzt sind wie es ehemals vielfach der Fall war. Auch die Aufgaben der Mission haben sich unter diesem Wechsel bis zu einem gewissen Grade geändert. Galt es früher unter den gegebenen, weitabgeschiedenen Existenzbedingungen, besonders in Afrika, aber auch in Indien und in der Südsee, zum Teil selbst in China, mit dem christlichen Glauben auch christliche Sitten zu verbreiten, bestimmte Laster, gegenseitige Fehden, Raub und Diebstahl, Mord und Totschlag, Sklaverei und Vielweiberei, Kindermord und Zauberei zu unterdrücken — und zwar immer ausschliesslich durch das Mittel der Überredung —, so gibt es heute weite Missionsgebiete, in denen durch die Einbeziehung in europäische Verwaltung und in den Weltverkehr die Existenzgrundlagen der Eingeborenen eine vollständige Umwandlung erfahren. Oft ist es auch schon das schnellere Anwachsen der Bevölkerung infolge Aufhörens der gegenseitigen Fehden, Abschaffung des Kindermordes und sonstiger volksverwüstender Greuel und Unsitten, das den Nahrungsspielraum einengt und eine planmässiger, intensivere Wirtschaftstätigkeit erfordert. Schliesslich kommt dazu das Bedürfnis der Missionen angesichts der immer grösseren Ausdehnung der Arbeitsgebiete möglichst viele ältere Stationen wirtschaftlich auf eigene Füsse zu stellen

sowie im Interesse grösseren Erfolges die Freizügigkeit der Eingeborenen einzuschränken. Alles das zwingt die Missionsgesellschaften dazu auch die wirtschaftliche Sicherung ihrer Klientel mehr und mehr in ihr Arbeitsprogramm einzubeziehen, den Schulunterricht auszubauen, landwirtschaftliches und handwerkliches Können zu verbreiten, kurzum die einseitige Beschränkung auf *Heilspredigt* und Sittenlehre fallen zu lassen. Hier ist die katholische Mission ihrem eingangs gekennzeichneten Wesen nach schneller bei der Hand gewesen als die protestantische, so dass sie sich auch aus diesem Grunde bei den Kolonialpolitikern zeitweilig grösserer Anerkennung versehen konnte als diese. Will die Mission schliesslich den Selbständigkeitsbewegungen der Eingeborenen gegenüber nicht das Heft aus den Händen verlieren, die Früchte jahrzehntelanger Mühen preisgeben, so wird sie in Zukunft immer mehr dazu gedrängt werden Schwalterin der Eingeboreneninteressen auch politischer Art zu werden. Schon bisher hat sie der wirtschaftlichen Ausbeutung der Eingeborenen durch die weissen Kolonisatoren häufig entgegentreten müssen. Die Aufdeckung der Kongogreuel ist hauptsächlich der Mission zu danken, und unser belgischer Genosse Vandervelde hat kürzlich mit Erfolg eine neue Reise nach dem Kongostaat unternommen, um die Vertretung amerikanischer Missionare in einem Beleidigungsprozess der *Kasai Co.*, einer der berüchtigtesten Ausbeutergesellschaften, zu übernehmen. Zuweilen sind allerdings die Missionsgesellschaften geneigt sich mit zweifelhaften Kompromissen zu begnügen. So hat die *Rheinische Missionsgesellschaft* leider darauf verzichtet den Anspruch ihres Hereroveteranen, des Missionars Irle, auf ausreichenden Landbesitz für die Reste der südafrikanischen Eingeborenenbevölkerung konsequent zu verfolgen, nachdem die Kolonialverwaltung ihr selbst zum Zweck der Eingeborenenversorgung gewisse Farmrechte überwiesen hat. Aber die Mission riskiert bei solchen Halbheiten auf die Dauer, dass die Eingeborenen entweder, wie in Südafrika, den Versuch einer von missionarischer Leitung unabhängigen Volkskirche machen, oder, wie in Indien, sich in grösserer Zahl vom Christentum wieder abwenden und die alten Volksreligionen zu neuem Aufleben bringen: Beides Auswege von revolutionärer Be-

deutung, deren Folge letzten Endes nur der immer erneute und immer stärkere Versuch zu vollständiger politischer Unabhängigkeit sein kann. Im Interesse einer friedlichen Auseinandersetzung zwischen Eingeborenen und Kolonialmächten kann man nur wünschen, dass die Mission so viel politischen Weitblick gewinnt, dass sie die doch nicht aufzuhaltende wirtschaftliche und geistige Mündigkeit ihrer Anhänger mit aller Kraft und Zähigkeit befördert, dann aber auch dem wachsenden Selbstbewusstsein entschlossen die entsprechende Selbständigkeit erkämpfen hilft. Sie möge sich stets vor Augen halten, dass die evangelische Kirche in Deutschland den Boden in breiten Volksschichten verloren hat, weil sie als Staatskirche die deutsche Arbeiterbewegung nicht rechtzeitig zu würdigen verstand, während die englischen Sektenkirchen auch unter den Mitgliedern der englischen Arbeiterpartei zahlreiche überzeugte Anhänger zählen, weil sie in den sozialen Kämpfen nicht so völlig versagen. Ob freilich die deutsche evangelische Missionskirche sich heute noch von der preussischen Staatskirche so unabhängig erhalten kann, dass sie die Fehler, die diese in der Heimat begangen hat, auf den Missionsfeldern zu vermeiden weiss, das ist eine Frage, die erst durch die weitere Entwicklung beantwortet werden kann.

×
Missions-
statistik

× Die Zahl der selbständig aussendenden Missionsgesellschaften wird gegenwärtig nicht viel unter 200 betragen, von denen 22 deutsch-evangelisch sind. Nach einer Zusammenstellung der amerikanischen *Missionary Review of the world* gab es am 31. Dezember 1907 5905 ordinierte Missionare im Dienst evangelischer Gesellschaften, 2956 Lehrer, Ärzte und Handwerker, 4397 Missionsschwwestern und 6408 verheiratete Frauen des Missionspersonals. Die Zahl der eingeborenen Helfer betrug 98 955, darunter 4999 ordinierte Geistliche. Auf 41 563 Stationen wurden 4 285 199 Christen gezählt, in 28 164 Schulen 1 290 582 Schüler. Die Einnahmen aller evangelischen Missionen betragen in der Heimat 95 726 688 M., davon kamen rund 40 Mill. M. auf Nordamerika und ebensoviel auf England. Auf den Missionsfeldern wurden 20 295 580 M. aufgebracht. Die Gesamteinnahmen der deutschen

evangelischen Missionen betragen nach der *Allgemeinen evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung* im Jahre 1906 6 914 547 M. gegen 3¼ Mill. im Jahre 1896. Für das Jahr 1908 stehen mir die Berichte der drei grössten deutsch-evangelischen Missionsgesellschaften zur Verfügung, die in Basel, Barmen und Berlin ihr Domizil haben. Die Baseler Gesellschaft hatte in der Heimat eine Einnahme von 2 085 399 fr., wozu noch in den Missionsgebieten 377 089 fr. kamen. Von dem heimischen Einnahmen wurden für die indische Mission 613 458, für die chinesische (mit Borneo) 324 699, für die Goldküste 332 798, für Kamerun 447 078 fr. verausgabt. Die *Rheinische Missionsgesellschaft* (Barmen) verzeichnete in der Heimat 1 060 155 M., verbrauchte 1 162 041 M., hatte ein Defizit von 101 886 M. Von den Ausgaben kamen — abgesehen von der Deckung eines vorjährigen Defizits in Höhe von 163 562 M. — auf Deutsch Südwestafrika und Portugiesisch Owamboland 149 387 M., auf Niederländisch Indien 299 308, auf China 88 246 und auf Neuguinea 47 288 M. Die Berliner Gesellschaft nahm 1 127 305 M. ein, darunter auf den Missionsgebieten selbst 402 448 M. Von den Ausgaben entfielen 701 261 M. auf Britisch Südafrika, 115 224 auf Deutsch Ostafrika, 121 142 auf Südchina und 66 702 auf Kiautschu. Man sieht, dass diese, wie die meisten grossen Missionsgesellschaften, keineswegs die Kolonien des Heimatstaates bevorzugen sondern durchaus international arbeiten, schon deswegen, weil die Missionsgebiete häufig viel älter sind als die Kolonialgebiete. Natürlich verschlingen die heimische Verwaltung und Propaganda, die Ausbildung, Ausrüstung und Aussendung der Missionare, ihre aus gesundheitlichen Gründen notwendigen Urlaubsreisen, Alters-, Witwen- und Waisenersorgung des Missionspersonals, erhebliche Summen, so dass auch die Millioneneinnahmen immer wieder zu knapp werden. Um so bewundernswerter, dass dennoch die Opferwilligkeit immer wächst, die Arbeitsfelder immer weiter gesteckt werden. Wenn auch der ziffernmässige Erfolg an *Bekehrten* im Verhältnis zu allen Aufwendungen und Mühen klein erscheinen mag, so stehen doch diejenigen, die Mission betreiben, viel zu sehr unter dem Gebot einer für sie zwingenden Pflicht als dass sie sich dadurch entmutigen liessen. Und auch wer persönlich das

Christentum von sich abgestreift hat, muss der Aufopferungsfähigkeit der Missionsarbeiter Anerkennung zollen und darüber hinaus zugeben, dass die Missionstätigkeit, in Bausch und Bogen genommen, zum mindesten ein nützlich geistiges Gärungsmittel in weite Gebiete kultureller Abgeschlossenheit und Stagnation hineinträgt.

× **Kurze Chronik** ×
 Angesichts der schrecklichen Verwüstungen, die die Schlafkrankheit am Victoriasee und neuerdings auch am Tanganjika anrichtet, sollte auch in Deutsch Ostafrika, dem Beispiel British Ugandas folgend, auf eine Abwanderung der Eingeborenen aus der Gefahrenzone, dem Verbreitungsgebiet der Tsetsefliege an den grossen Seen hingewirkt werden. In Uganda sind früher jährlich 20- bis 30 000 Neger der Krankheit erlegen, 1908, im ersten Jahre der Auswanderung aus den Gebieten des Seeklimas, nur noch 2000. × Eine deutsch-schweizerisch-französische Gesellschaft will den Versuch machen die Seidenraupenzucht in Bukoba am deutschen Westufer des Victoriasees als Eingeborenenkultur grossen Stils zu organisieren. Die ostafrikanische Seide lässt sich nicht abhaspeln sondern muss versponnen werden, wie sonst die Seidenabfälle. Man rechnet aber bereits mit einer grossen Ausdehnung dieser Industrie, mit Herstellung eines billigen Schappegarns und Verdrängung der Kunstseide. × In den mittleren kanadischen Provinzen, hauptsächlich den Weizendistrikten Manitoba, Saskatschewan und Alberta, macht die Besiedelung reissende Fortschritte. Vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1909 wanderten 19 000 Nordamerikaner, fast durchweg gutsituierte Farmer, allein nach Manitoba. Für das laufende Jahr schätzt der Inspektor der kanadischen Einwanderungsagenturen in den Vereinigten Staaten den Zustrom nordamerikanischer Farmer in Westkanada auf 75 000 Köpfe, und während man den *Daily News* vom Einwanderungsamt mitteilt, dass sofort 35 000 Erntearbeiter in Kanada gebraucht werden können, wird den *Times* berichtet, dass deutsche Kapitalisten in Saskatschewan und Alberta Ländereien für 20 000 deutsche Ansiedler belegt haben, die diesen nebst den nötigen Vorschüssen zwecks Kolonisation auf Abzahlung zur Verfügung gestellt werden sollen. × In

Westusambara suchen die deutschen Ansiedler jetzt den indischen Händlern das Kleingeschäft für die Eingeborenen zu entreissen, indem sie eigene Verkaufsläden eröffnen. Angeblich sind die Neger mit dieser Änderung sehr zufrieden.

× **Literatur** ×
 Der Sinn für die Entstehung kolonialer Konjunktoren ist für die Stellung zu den praktischen Aufgaben der Kolonialpolitik und Kolonialwirtschaft so wesentlich, dass wir um so nachdrücklicher auf seine Bedeutung hinweisen und ihn zu entwickeln suchen müssen, je unterschiedsloser selbst hervorragende Kolonialpolitiker wie beispielsweise Dr. Paul Rohrbach allein die objektive Kulturfähigkeit der von ihnen durchforschten Kolonialgebiete untersuchen, ohne den aktuellen Möglichkeiten ihrer Ausnutzung gerade innerhalb bestimmter weltwirtschaftlicher Konstellationen gerecht zu werden. So unzweifelhaft man aus Werken wie Samassa *Die Besiedelung Deutsch Ostafrikas* / Leipzig, Verlag *Deutsche Zukunft* / oder Rohrbach *Südwestafrika* / Berlin, Verlag der *Hilfe* / vieles über die Verhältnisse in den behandelten Gebieten lernen kann, so tragen sie doch die Mängel ihrer Vorzüge Spezialwerke zu sein zu stark an sich, um allein für die politisch-wirtschaftliche Beurteilung der aktuellen Kolonisationsmöglichkeiten massgebend sein zu können. Aus einem so vollständig abseits der beabsichtigten Kolonialbelehrung stehenden Buch wie *Hinter Pflug und Schraubstock, Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs* von Max Eyth, / Stuttgart, *Deutsche Verlagsanstalt* / kann man in dieser Hinsicht viel lebhaftere Anregungen schöpfen: Die Schilderung Eyths von seinen Erfahrungen mit den grossen Fowler'schen Dampfpflügen in Jahrzehnten praktischer Arbeit ist von geradezu hervorragendem kolonialwissenschaftlichen Wert. Die Erprobung dieser Pflüge im harten Nilschlamm, die günstige Situation für ihre Einführung und damit die Ausdehnung des ägyptischen Baumwollensbaus während des amerikanischen Bürgerkrieges, die Notwendigkeit europäisch-technischer Leitung in Gebieten unentwickelter Eingeborenearbeit, die Bedeutung der Irrigationmöglichkeiten und aller ihre lokale Ausnutzung bedingenden, hemmenden oder fördernden Verhältnisse: das alles ist prachtvoll dargestellt und gibt, ohne bestimmte Tendenz, erhebliche Belehrung.